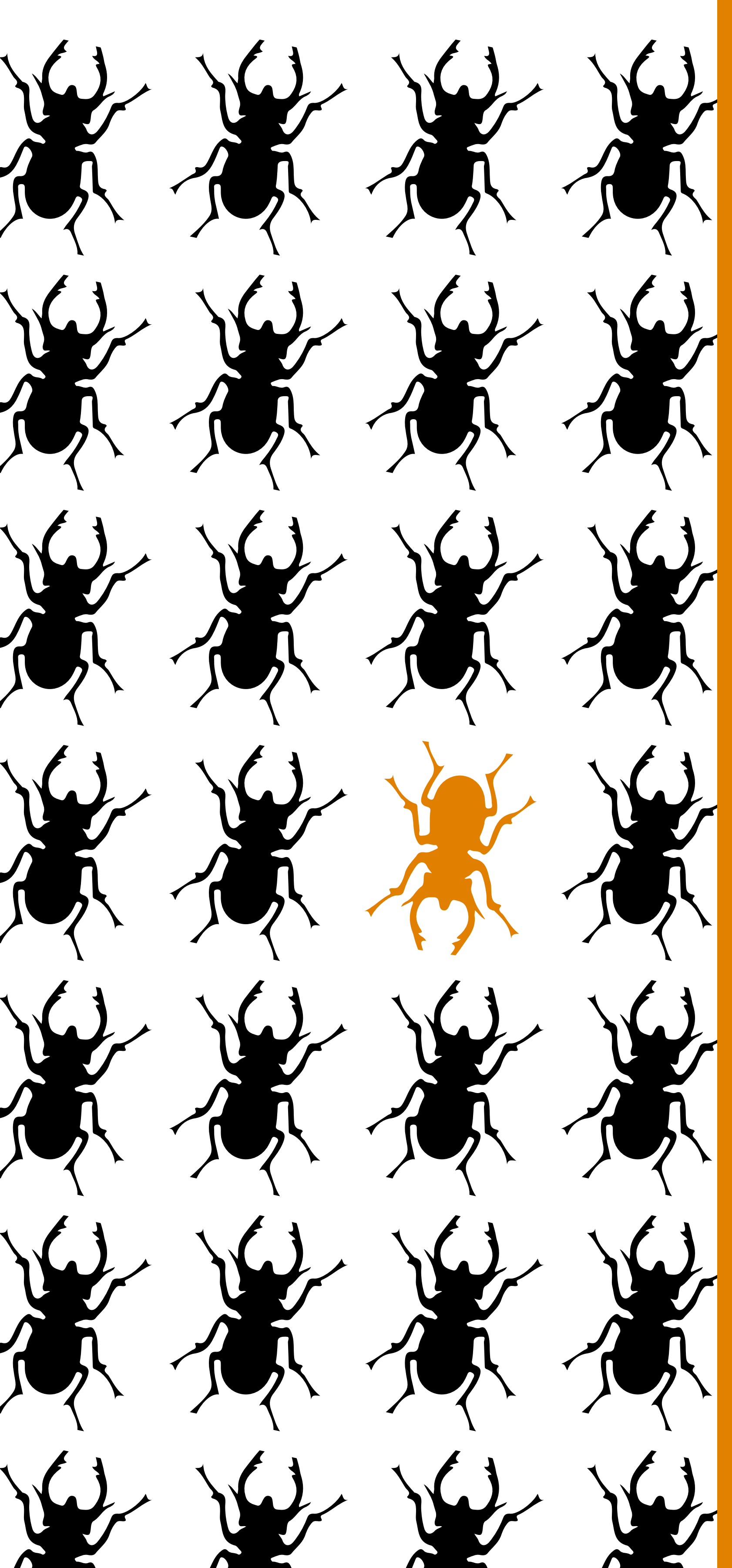
Sezession



Autorenporträt
Robert Hepp

Stefan Scheil
Offensive 18

Konrad Weiß
Österreich 38

Lothar Fritze
Wissenschaftsfreiheit

Interview mit
Camille Paglia

83

April 2017
11 EURO
ISSN 1611-5910
www.sezession.de

Sezession

Herausgegeben vom
Verein für Staatspolitik e.V.
Rittergut Schnellroda
06268 Steigra
E-Mail: redaktion@sezession.de

Vertreten durch Andreas Lichert und
Dr. Erik Lehnert (Vorsitzende)

Eingetragen im Vereinsregister
am Amtsgericht Stendal,
Registernummer: 46786

Unter Mitarbeit von Wolfgang
Dvorak-Stocker, Ellen Kositza,
Götz Kubitschek (V.i.S.d.P.) und
Erik Lehnert

16. Jahrgang, Heft 83,
April 2018

Sezession erscheint im Februar, April, Juni, August, Oktober und Dezember. Der Preis für das Einzelheft beträgt 11 € zzgl. Versandkosten.
Wer *Sezession* für mehr als lesenswert hält, kann ein Förderabonnement (75 €/sechs Hefte) zeichnen. Das normale Jahresabonnement (sechs Hefte) kostet 50 €, ermäßigt 35 € (junge Leser in Ausbildung), jeweils inkl. Versand. Auslandsabonnenten bezahlen zusätzlich 10 € Porto im Jahr.
Wird das Abonnement nicht bis zum 30. November gekündigt, verlängert es sich um ein weiteres Jahr.

 Manuskripte sind übrigens stets willkommen und sollten als Kurzbeitrag 9 000 und als Grundlagenbeitrag 15 500 Zeichen (inkl. Leerzeichen) umfassen.

Satz & Layout:
satz@sezession.de

Sezession
Rittergut Schnellroda
06268 Steigra
Tel: (03 46 32) 90 43 99
Fax: (03 46 32) 90 43 97

redaktion@sezession.de
vertrieb@sezession.de
www.sezession.de

ISSN 1611-5910

Editorial

Bild und Text

Grundlagen

Bildteil

Bücher

Die 21

von Götz Kubitschek

Was man kaum für möglich hielt – jeden Tag läßt es sich beobachten: Die Schere öffnet sich immer weiter zwischen denen, die das normale Leben kennen und leben, und solchen, die unbeirrt als schreckliche Kinder der Neuzeit ihre verrückte Agenda durchziehen. Wir erleben die Aufspreizung der »Gesellschaft« (hier ist dieses Unwort ausnahmsweise einmal am Platz) auf einen Abstand außerhalb der Rufweite. Die längst gestörte Verständigung ist abgebrochen, und es faseln die »Sprecher« der anderen, der noch regierenden Seite irgend etwas zusammen, um dem eigenen Treiben noch einen Hauch von Sattelfestigkeit, eine Ahnung von begrifflicher Faßbarkeit zu verleihen.

In Kandel stehen 5000 Teilnehmer des Marsches für die Sicherheit unserer Frauen, Schwestern, Töchter gegen ein »breites Bündnis«, das nur noch einen Bruchteil der empörten Masse aufzubieten in der Lage ist. Regierungsvertreter und selbsternannte Schmarotzer der »Zivilgesellschaft« begreifen eines nicht mehr: daß immer mehr Deutsche ihr Dorf, ihren Stadtteil, ihr Leben, ihre *homezone* an den Fuß des Vesuvs versetzt wähnen, nicht wissend, wann das »Verhängnis« glutheiß wie Vulkanasche auf uns herabregnen wird. Tag für Tag ins Geschirr sich stemmen für einen von Parteiapparaten erbeuteten Staat, der uns das einzige nicht mehr gewährt, wofür wir ihm gerne gehorchten: Sicherheit? Und nun weitere vier Jahre unter einem Regierungsbündnis aus Niederlage und Untergang ausharren, vier Jahre, in denen das große Experiment unter Einberechnung von Schäden, Zerstörungen, Verwerfungen und Leid weitergeführt wird – unter dem Zugeständnis selbst seiner Betreiber, daß ganz und gar nicht gewiß sei, ob am Ende ein feines Werkstück oder ein Kampf in Ruinen dabei herauskommt?

Selbst solche, die qua Amtes an Ruinen und Abbrüchen keinerlei Interesse haben können, beteiligen sich an der Zerstörung der Substanz. Es hält beispielsweise der Kölner Kardinal Woelki die Hand über seinen Kommunikationsdirektor, der in einem Anfall von pompadourschem Humor den Tschechen die Sachsen im Tausch gegen deren Atommüll anbot. Man möchte beide Herren ihrem eigenen Experiment zum Opfer fallen sehen, möchte ihrer Heimsuchung beiwohnen (oder wenigstens der Szene, in der sie aus einem der großen deutschen Bauten geprügelt werden: aus dem Kölner Dom die Treppen hinunter bis auf die berüchtigte Platte).

»Hilf Herr, wir verderben – da ist niemand, der uns schützt und dem wir trauen können, außer Dir allein«, heißt es abseits solcher (meiner) Haßbilder in einem »Gebet um Errettung des deutschen Volkes«, das von einer Mönchsgemeinschaft gesprochen wird. (Von diesen Männern wäre viel zu erzählen, ich bin gerne bereit dazu.) Es sind solche Orte, an denen der Schirm über der abendländischen Christenheit aufgespannt bleibt und ein Erbe verteidigt wird, das unverhandelbar ist.

Auch ein Buch, ein stiftendes Buch, kann ein solcher Ort sein. Dem Schriftsteller Martin Mosebach ist mit seiner Arbeit über die an der libyischen Küste enthaupteten koptischen Christen eine solche Stiftung gelungen: *Die 21* heißt sein Werk (jüngst erschienen bei Rowohlt, Hamburg), es ist eine Demütigung für den Westen im allgemeinen und für unseren Widerstand im besonderen. Denn man kann es als eine einzige, große Frage lesen: Während es für die 21 koptischen Männer (einfache Leute, unintellektuell tiefgläubig) keine Frage war, daß es nun für den Glauben und in der Nachfolge Christi das Martyrium zu durchleiden gelte, hätte wohl kaum ein Deutscher die (eher geringe) Chance ausgeschlagen, durch Konversion zum Islam (also: Glaubensverrat) das eigene Leben (das irdische Leben) zu verlängern (und das ewige damit wohl zu verspielen).

Bevor sich jemand (ich eingeschlossen) glaubenseifrig in die Brust wirft: Lippenbekenntnisse sind wohlfeil, gewogen wird in Lagen wie solchen am libyschen Strand. Aber dennoch: Auf welchen unerschütterbaren Säulen ruht denn unser Eigenes, Eigentliches? Auf dem säkularen Staat? Auf dem Mythos unseres Weges durch die Geschichte? Auf dem, was wir »daraus« gelernt haben? Wie auch immer: Diese Säule (ein vertikales Gebilde!) wäre das, was wir verteidigen müßten, ginge es uns tatsächlich um die »Errettung des deutschen Volkes«. Und zuvor müßten wir sie wieder aufrichten, diese Vertikale. ■

Kulturscheide

von Ellen Kositza

Der zeitgenössische Leser ist in den meisten Fällen eine Leserin. Das schlägt im Buchhandel deutlich, im Zeitschriftenverkauf überdeutlich durch. Man denke an all die Blätter und Blättchen, die *Brigitte, Laura, Emma* usw. heißen! Sie haben keine *Marco* oder *Benny* betitelten Pendants. Was uns das sagt? Sind die Männer das eigentlich »andere Geschlecht«? Gibt es da kein Gruppendenken, wollen die Herren nicht *up-to-date* und eingemeindet sein? Scheint so! Das uralte Mainstream-Schlachtschiff *Brigitte* jedenfalls hat derzeit eine Auflage von knapp 400000 Stück (zur Jahrtausendwende war es knapp eine Million), die kämpferische *Emma* läßt nicht mehr offiziell zählen, seit sie 2007 unter die 45000-Marke gerutscht ist.

Es erscheinen in Deutschland – Gemeindebriefe mal außen vor gelassen – regelmäßig Hunderte christliche Zeitungen und Zeitschriften. Darf man da von »Entchristlichung« reden? In der Summe sind es zig Millionen »christliche« Druckerzeugnisse, die jährlich an den Leser gehen. Darunter sind possierliche Spartenblätter wie *Christ und Sozialist* (Auflage: 500), *Teens erleben Christus* (1800) und Instanzen wie das *Deutsche Pfarrerblatt* (immerhin 20000).

Die christliche Frauenzeitschrift *frau und mutter* prunkt mit einer Auflage von 534000 Stück. Sie erscheint seit 1909. Zunächst hieß das Blatt *Die Mutter,* ab den dreißiger Jahren *Frau und Mutter.* In den achtziger Jahren verkleinerte man den mütterlichen Aspekt: *Frau und mutter* hieß es nun: »Damit sollte ein Akzent gesetzt werden in der Diskussion um die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen in Kirche und Gesellschaft.« Es konnte nicht ausbleiben, daß in der Folge auch die Frau zur *frau* verkleinert wurde. Das ökonomisch gestreßt wirkende *frau u. mutter*, siehe nebenan, Ausgabe 1998, Frau mit UV-Schutz-Hut und Ersatzkatze auf Plastikstuhl vor Plastiklamellen, pflegte man nur kurz.

Nun, worum handelt es sich bei diesem weitverbreiteten Druckerzeugnis, das dennoch unterhalb der Wahrnehmung des öffentlichen Radars segelt? *frau und mutter* ist die Mitgliederzeitschrift des kfd, ausgeschrieben: Katholische Frauengemeinschaft Deutschlands. Jedes einzelne Wort ist purer Anachronismus: Katholisch! Frauengemeinschaft! Deutschland! Das klingt nach einem Kampfbündnis, nach Ansage. Vielleicht war es das, annodazumal. Wie hieß es in der Ausgabe Januar 1913? »Und vor allem, christliche Mutter, vergiß doch nie, daß dir deine Kinder und dein eigenes Leben anvertraut sind für die Ewigkeit. Für die große Ewigkeit gilt es zu schaffen, zu arbeiten, zu streben, zu beten: für die große Ewigkeit deine Kinder zu erziehen, dort erst ist das Ziel unseres ganzen Seins.«

Betrachten wir das Titelbild der Zeitschrift (Magazin sagte man damals noch nicht – aus naheliegenden Gründen) vom März 1931. Das Editorial (sagte man damals auch nicht: »Magd des Herrn« als Überschrift mußte genügen) wird geprägt von einer spätmittelalterlichen Verkündigungsszene aus der hohen Kunst. Wir lesen: »Kürzlich sagte mir eine Sterbende: Sagen Sie den Frauen, so oft Sie nur können, es gibt kein größeres Frauenwort als dieses: ›Ich bin die Magd des Herrn‹, es gibt nichts Herrlicheres und Beglückenderes als – Magd des Herrn zu sein, d.h., sich selbst vergessen und dienen dürfen dort, wohin Gott sie stellt.« Das sei wichtig in einer Zeit, »wo Frauen so viel Gerede und Getue machen, wo alles auf äußere Wirkung berechnet ist und es steckt nur so wenig dahinter! […] Die Frauen, die in den ›Illustrierten‹ vorgestellt werden, sind nicht die wertvollsten. Im Gegenteil, die wertvollsten sind diejenigen, von denen man am wenigsten spricht.« 1939 – da zählte man knapp eine Million Leserinnen! – wurde die Zeitung von den Nationalsozialisten verboten, erst 1948 erschien sie wieder, offenkundig ungebrochen.

Der Titel der Februarausgabe 1949 bildet einen Holzschnitt ab: Eine dörfliche Landschaft, ein Pfad führt in eine strahlende Zukunft, und das Leuchten geht vom Wegkreuz – Maria mit dem Kinde – aus. Noch bis in die frühen sechziger Jahre wurden diese Bildsprache und der Fokus auf das geistige Leben beibehalten. Zur Mitte jenes Jahrzehnts, das grundstürzende Zweite Vatikanische Konzil war virulent, erfolgte dann ein Bruch in Stil und Inhalt, eine echte kulturelle Wegscheide: Die eigentümliche katholische Nachkriegsästhetik, die nun Altäre, Medaillons, Kruzifixe und Plakate prägen sollte, nahm hier ihren Anfang: Die Heiligen und ihre Umgebung werden in groteskem Expressionismus verzerrt, ausgedünnt; eine hagere, puritani-

sche Bildsprache entsteht. Christus und seinen Jüngern ist jeder ikonische Charakter verlorengegangen, sie sind nun zu verwechseln mit den fernsehbekannten Armen aus der Sahelzone. Und ohnehin findet sich fortan eher der Mensch, wie er leibt und lebt, oder ein weltliches Symbolbild (Frauen lieben Pflanzen!) auf dem Titel.

Für gewöhnlich dominieren heute solche Themen: »Neue Liebe im Alter«, Frauen in Männerberufen (wo sie, logo, »doppelt so gut wie Männer sein müssen«), Tanzprojekte zwecks Integration von Roma, eine tolle Künstlerin, die Seelen zeichnet und Eva keck mit Zigarette darstellt. Die neueste Ausgabe hat das


Die Mutter
Monatsschrift für katholische Frauen
4. Jahrgang — M.Gladbach — Januar — 1913 — Nr. 1

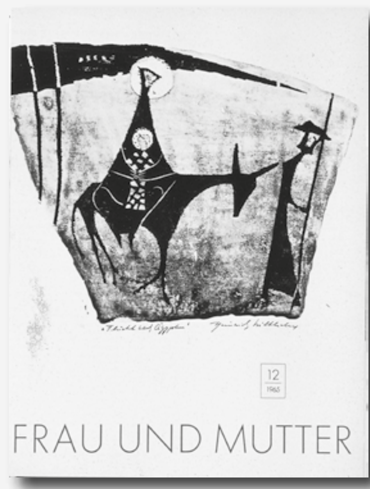
Zum neuen Jahre!

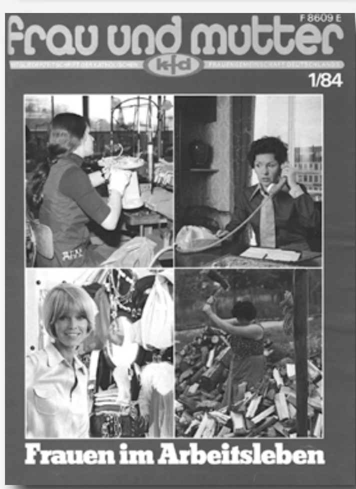
Der Rosenkranz und die christliche Mutter


Frau und Mutter
Zeitschrift des Verbandes der kath. Frauen- und Müttervereine Deutschlands
Sendbote des Gebetsapostolates

Die Magd des Herrn









Greifbare Kulturscheide – Titelansichten vom Januar 1913, März 1931, Februar 1949, Dezember 1965, Januar 1984, und Juni 1998.

Ausgabe 1/1984 zeigt vier Frauen bei der Selbstverwirklichung: In drei Fällen wirkt dieses neu proklamierte Frauenleben sehr anstrengend (mußten Frauen tatsächlich einmal solche Krawatten tragen?), allein die Blonde mit dem Bobschnitt in der Boutique hat gut lachen. Etwas später, so brüsten sich die Zeitungsmacher, kamen erstmals auch ostdeutsche Frauen in Berührung mit »einer freien Presse«. Das hieß zu diesem Wendezeitpunkt: Nun ging es nicht mehr wie Jahrzehnte zuvor darum, per christum »in eine halbe Million Mütterherzen Trost und Licht und Mut und Vertrauen« zu bringen; es ging nun: um feministische Theologie, frauengerechte Sprache und »Vielfalt der Lebensformen«. Der Untertitel lautet nicht mehr »Monatsschrift für die katholische Frau in Familie und Beruf«, sondern in nichtssagender Schickheit und schnödem Doppelsinn »Menschen Leben Vielfalt«.

Photo einer keimenden Pflanze als Titel. Das ist freilich mehrdeutig im Vergleich zur überkommenen »Magd des Herrn«. Man darf »es keimt« (was auch eklig sein kann) assoziieren, oder »Frühling – wie jedes Jahr« oder »so herrlich grün«, was zur politischen Ausrichtung des Blattes passen dürfte. Die Titelthemen lauten »#metoo« und »Wenn der Partner dement wird«. Ersteres dürfte zur angestrebten, letzteres zur tatsächlichen Leserschaft passen. Die kfd versteht sich heute als Verband, »in dem Frauen Vielfalt erleben, u.a. durch Kontakte und Begegnungen mit Frauen anderer Konfessionen und Kulturen«. Man engagiert sich ausweislich »für gewaltfreie und nachhaltige Lebens- und Arbeitsbedingungen in der Einen Welt«, zu Fragen des Klimaschutzes, des fairen Handels, der Flüchtlingsthematik und, Achtung, man »fördert das Miteinander der Website.« Was nicht Nichts ist! Ach *frau*. Himmel, hilf! ■

Lehrstühle für Demagogie

sind einzurichten. Das Volk will vergewaltigt sein. Der Souverän des Staates, Moskaus fünfte Schlafkolonne, räkelt sich in Nachkriegsdekadenz. - Berliner Funkturmball mitten in der Krise.

Wir fordern engagierte Wissenschaft. Die Wahrheit ist so stark, daß auch die Räsonniermaschine „reiner" Wissenschaft nur kleine, falsche Münzen prägt. Falschmünzerpädagogen, noch seid ihr getarnt!

Wie lange noch? Liberale Demokratie ist chemisch rein von Weltanschauung. Tabula rasa, bodenlos: ohne Theologie, die allein ein zerebrales Kompetenzschema mit Wert und Pneuma füllen könnte. Die Jakobinerphrasen enthüllen ihren Kern: „Gedankenfreiheit" lies „Gedankenlosigkeit" und „Gleichheit" sprich „Gleichgültigkeit". Die Volksgemeinschaft wird Interessentummelplatz für Egoisten und Verbände. „Süß ist's fürs Vaterland zu sterben." Und für einen Interessenhaufen?

Für einen **Glauben** lohnt es sich trotz skrofulöser Skeptizisten. Doch ihr zerredet alles, ihr tretet auch den Gang nach Moskau plaudernd an. Demokratie mit Christentum oder Bolschewistentum: das ist die Frage, die sich dem Langohrspießer, Kunstgenießer niemals stellt. Er wackelt unvergleichlich zwischen Defraudantentum und Beutelschneiderei des Alltags.

Bezeichnend ist die Demontage Gottes. Evangelische Brüder, Kampf euren Jesuanern, die Christi Gottheit leugnen. Der Spalt der Konfessionen geht durch eure Reihen.

Lieber bolschewistisch rot, als abendländisch ohne Gott.
Lieber tot als rot, ihr Protestanten!
Die Röte steht euch schaurig zu Gesicht.*)

KONSERVATIVE FRONT

*) Anm.: Vgl. den Vortrag von Prof. Diem „Verteidigungskrieg in theolog. Sicht".
zur Erklärung: Prof. Diem hat ein ketzerisches Gesicht.

Verantw.: Marcel Hepp, Tübingen, Metzgergasse 13

Der Verschärfung eine Gasse: Robert Hepp zum Achtzigsten

von Nils Wegner

Nachdem eine Aufsatzfolge von Autoren mit linkem Selbstverständnis in der westdeutschen Politik- und Kulturzeitschrift *Der Monat* Anfang der 1960er die Frage ausgelotet hatte, was zu jener Zeit eigentlich inhaltlich mit der Verortung »links« gemeint sei, eröffnete im Aprilheft Nr. 163 Armin Mohler mit dem Essay »Konservativ 1962« die anschließende publizistische Debatte zum Thema »Was ist heute eigentlich konservativ?«. An Mohlers Text schlossen sich in den Folgeheften Stellungnahmen verschiedener Vertreter eines sehr unterschiedlich ausgelegten Konservatismus aus Politik, Medien und Publizistik an, von Dietrich Schwarzkopf (Deutschlandfunk), Golo Mann und dem CDU-Bundesminister Hans-Joachim von Merkatz über Caspar von Schrenck-Notzing, Klaus Harpprecht (ZDF-Amerikakorrespondent) und den CDU-Bundestagspräsidenten Eugen Gerstenmaier bis hin zum liberal-demokratischen Schweizer Nationalrat Peter Dürrenmatt und dem ehemaligen inoffiziellen Anführer des konservativ-revolutionären *Tat*-Kreises, Hans Zehrer. Die Meinungen gingen dabei weit auseinander und reichten von einer Kritik an Moralpolitik (Mohler) über die Betonung des Primats der Freiheit (Schwarzkopf) bis hin zu einem geschichtlich tradierten Ethos des Dienens (Gerstenmaier).

In Ausgabe 168 wurden dann im September drei Leserbriefe zur Debatte abgedruckt, darunter – mit Abstand der längste Text – ein regelrechter eigenständiger Meinungsbeitrag, der nicht bei der begrifflichen Erörterung mittun wollte, sondern sie mit Blick auf eine junge, zweifelnd-widerständige »neue Rechte« der »skeptischen Generation« rundheraus für abgehoben und unsinnig erklärte: »Sehr geehrte Redaktion! Man kann nicht mit einem Wort herumhuren, ohne es zu schwächen. Je mehr man um den ›Konservatismus‹ herumdiskutiert, um so mehr nimmt er ab.«

Wenig kompromißbereite Worte – und in der Tat zeichnete den Verfasser, einen 24jährigen, kurz vor seinem Examen stehenden Studenten der Universität Erlangen namens Robert Hepp, der »noch schärfer formulierte als Mohler« (Karlheinz Weißmann), bereits damals ein Hang zur unbedingten Zuspitzung bei bemerkenswerter Unbekümmertheit um die Befindlichkeiten seiner Leser aus.

Geboren am 19. Februar 1938 im oberschwäbischen Langenenslingen, war Hepps junges Leben zur Zeit dieses Abdrucks bereits mehr als bewegt gewesen. Am 21. Juli 1944 war sein Vater wegen Äußerungen zum Stauffenberg-Attentat in Gestapohaft gekommen. Nach dem Abitur im März 1957 hatte Hepp sich an der Universität Tübingen zum Geschichts- und Philosophiestudium eingeschrieben. Das Wintersemester 1958/59 verbrachte er an der Pariser Sorbonne und fand dort Zugang zum damals als Frankreichkorrespondent der deutschen *ZEIT* und der Schweizer *Tat* ortsansässigen Armin Mohler, dessen 1950 erschienene *Konservative Revolution in Deutschland* Robert und sein älterer Bruder Marcel (vgl. *Sezession* 67) noch als Schüler gelesen hatten.

»Sie fluchen und schimpfen wie die Rohrspatzen […] auf die Demokratie und die Bundesrepublik. […] Deshalb meiden sie die Kreise, Runden, Kränzchen und *round tables*, weil sie fürchten, in einen *circulus vitiosus* zu geraten. Sie kennen die Frageverbote einer freiheitlichen Demokratie und ihre fast verfassungsmäßig verankerte Sprachregelung. Weil sie aber gleichzeitig ihre Schwächen durchschauen, halten sie sich von den vielen Diskussionen fern, die unser Staat zum Beweis der Freiheit so unermüdlich organisiert.«

Leserbrief zur Reihe »Was ist eigentlich konservativ?«; in: *Der Monat* 168/1962, S. 86–92.

Der umtriebige und – laut Hepp – vor allem an einer »Anregung der ›kreativen Phantasie‹ der Bundesrepublikaner« interessierte Mohler war es, der ihn im Rahmen langer Gespräche in seinem Häuschen in Bourg-la-Reine in »Kreis« und Werk des verfemten Carl Schmitt samt dessen realistischen Zugriffs auf die Lage sowie in »völkerpsychologische« Themen einführte. Diese Prägung sollte sich entscheidend auf den Lebensweg des jungen Robert Hepp auswirken: Nach eigenem sarkastischen Bekunden wäre er ansonsten »vermutlich Vikar in Savoyen geworden.«

Nach Semesterende wieder in die Bundesrepublik zurückgekehrt, machte Hepp gemeinsam mit seinem Bruder als Professorenschreck von sich reden. Sie gründeten 1959, inspiriert durch Mohlers Kontakte zur anarchischen französischen Künstlergruppe der Lettristen, die für westdeutsche Verhältnisse geradezu unverschämt aktionistische Studentengruppe »Katholische Front« (später: »Konservative Front«). *Sit-ins* und *Go-ins:* Die Heppsche »Front« machte vor, was viel später die APO nur noch übernehmen mußte – eine bis heute bittere und eifrig ausgeblendete Tatsache für sogenannte Experten, die der Rechten so gerne vorwerfen, offensive Aktionsformen lediglich vom antiautoritär-marxistischen 1968er-»Vorbild« abgeschaut zu haben.

»Da die Theologen der Demokratie ihre Religion als die demokratische und die Demokratie als ihre Religion propagierten, konnte es nicht ausbleiben, daß Gegner der Demokratie zu Gegnern ihrer Religion und Gegner ihrer Religion zu Gegnern der Demokratie wurden, sobald sie die These vom ›Zusammenhang der religiösen und der politischen Weltkrise‹ akzeptierten.«

Politische Theologie und theologische Politik. Studien zur Säkularisierung des Protestantismus im Weltkrieg und in der Weimarer Republik, Diss. Erlangen 1967, Teildruck o.O.

Der jüngere Hepp jedenfalls wurde aufgrund der provokanten »Front«-Aktionen unter anderem vom späteren Rektor der Universität Tübingen, Theodor Eschenburg, des Seminars verwiesen und wechselte Anfang der 1960er an die Universität Erlangen. Dort zog unter anderem der Politologe Waldemar Besson den Heppschen Hohn auf sich. Der Journalist und damalige Augenzeuge Günther Deschner erinnert sich an folgendes: »Die Hepps machten sich damals ein Vergnügen daraus, ihre wissenschaftliche und argumentative Überlegenheit […] exerziermäßig vorzuführen und den beiden typischen Repräsentanten der BRD-Politologie so lange und stets demonstrativ-peinlich den Teppich unter den Füßen wegzuziehen, bis sie von Besson in einer Art Notwehrakt aus dem Seminar geworfen wurden. Besson entblödete sich damals nicht, als letztes ›Argument‹ gegen die ›infernalischen Brüder‹ das Verdikt zu schleudern: ›Für Faschisten ist an dieser Universität kein Platz!‹«

Mit dieser Haltung hilfloser Ablehnung stand Besson jedoch allein, und Robert Hepp fand im Erlanger Ordinarius für Religions- und Geistesgeschichte Hans-Joachim Schoeps, einem nationalkonservativen »preußischen Juden« und ehemaligen Anhänger der Konservativen Revolution, einen wohlwollenden akademischen Lehrer, der seine an Carl Schmitts polemisch-analytischer Studie *Politische Theologie* orientierte Dissertation über den »Weltkrieg als Religionskrieg« vor dem Hintergrund der sogenannten »Ideen von 1914« und dem Kriegsende 1918 betreute (die, nebenbei bemerkt, denkwürdigerweise niemals offiziell publiziert wurde und auch archivalisch bis heute lediglich als Teilabdruck der beiden Kapitel des Hauptteils »mit Genehmigung der Fakultät« vorliegt). Die in den Anmerkungen zum Briefwechsel zwischen Carl Schmitt und Hans-Dietrich Sander – wie Hepp selbst ein von Schoeps promovierter »Haltungs-Schmittianer« (Dirk van Laak) – vom maßgeblichen Schmitt-Exegeten Günter Maschke kolportierte Anekdote, Hepp habe sich »schlagfertig und kaltschnäuzig« »im Rigorosum auf eine unangenehme Frage mit einem gerade erschienenen Buch herausgeredet, das er in diesem Moment erfand«, wird indes von Hepp selbst dementiert.

»Werden sozialanthropologisch aufgeklärte Historiker des ›Untergangs der deutschen Welt‹ später vielleicht einmal feststellen, daß wir nicht infolge der ›Energiekrise‹ oder der ›Umweltkatastrophen‹ und vielleicht nicht einmal als Opfer der Weltkriege oder der ›Charakterwäsche‹, sondern durch ›sozialen Aufstieg‹ – glücklich lächelnd – ins Nirwana der Geschichte eingegangen sind?«

»Die Neuen Deutschen. Zur Euthanasie eines Volkes«, in: *Criticón* 60–61/1980, S. 179–184.

In die Anfangszeit seines Dissertationsvorhabens fiel auch der erwähnte Leserbrief zur Konservatismusdebatte im *Monat*. Ausgehend von Mohlers zuvor geäußertem Standpunkt, die Diskussion lasse sich »nicht sinnvoll führen, wenn die ›sogenannten ‚Konservativen' ‹ das eigentliche Ziel verfehlten: die Deutschen wieder in einen ›politisch aktionsfähigen Körper‹ zu überführen«, ging Hepp noch weiter und spitzte zugunsten seiner Altersgenossen, der »neuen Rechten«, die Generalkritik an der Gegenwartssituation des Konservatismus auf die rhetorische Frage zu: »Gibt es eigentlich noch eine breitspurigere und ausrangiertere Kategorie als dieses Wörtchen ›konservativ‹?«

Bereits seit Jahresbeginn 1966 hatte Robert Hepp an der Universität des Saarlandes die Geschäfte eines wissenschaftlichen Assistenten in der Soziologie geführt. Nach seiner Promotion folgte er dem konservativ-revolutionär beeinflußten, ebenfalls mit Armin Mohler befreundeten und seit Studententagen mit dem Werk Othmar Spanns vertrauten Kul-



tursoziologen Mohammed Rassem von Saarbrücken an die Universität Salzburg und arbeitete von 1968 bis 1971 als dessen Assistent. Daß trotz dieses engen fachlichen Verhältnisses zweier streitbarer Bevölkerungswissenschaftler Hepp im *Criticón*-Nachruf auf Rassem mit keiner Silbe erwähnt wird, spricht Bände. Der ehemals rege und durch routiniert bissige Glossen wie »Wird die Junge Union rechtsradikal? Und wenn nein, warum nicht?« (Heft 18/1973) kontrovers hervortretende Autor war dieser Zeitschrift mittlerweile zu peinlich geworden, die damals bereits unter die verhängnisvolle Federführung des stolzen »lupenreinen Libertär-Konservativen« *(Focus)* Gunnar Sohn und seiner heute vor allem bei der *Jungen Freiheit* untergekommenen Gefolgschaft geraten war.

Von Salzburg kehrte Hepp bis 1977 im Rahmen einer Assistenzprofessur wiederum an die Universität des Saarlandes zurück. Seine *Selbstherrlichkeit und Selbstbedienung* übertitelte Studie zur »Dialektik der Emanzipation«, in der er den »befreiten« Unterschichten der modernen Wohlstandsgesellschaft auf hochironische Weise ihr Hineinrutschen in eine lediglich neue Modalität der Sklaverei unter die Nase rieb, erschien 1971 in der renommierten *Beck'schen schwarzen Reihe* u.a. neben Ernst Forsthoffs *Der Staat der Industriegesellschaft*. In jenen Jahren betrieb Hepp neben akademischer Polizeisoziologie in Vortrags- und Zeitschriftenbeiträgen vor allem eine scharfe Kritik des Sozialstaats, in dem er einen Versuch der Parteipolitik sah, die Gesellschaft ruhigzustellen und einem möglichen »Ernstfall« auszuweichen. Von 1977 bis 1994 lehrte er Soziologie mit den Arbeitsschwerpunkten Kultursoziologie, Politische Soziologie und Historische Demographie in Osnabrück, leitete zusätzlich die dortige Forschungsstelle für Phänomenologische Soziologie und Bevölkerungswissenschaft und war anschließend bis zu seiner Emeritierung 2006 an der Hochschule Vechta tätig. Daneben publizierte er fachliche Aufsätze, in denen er unter anderem 1978 in der *Zeitschrift für Politik* unter Rückgriff auf Carl Schmitts »Logik des konkreten Begriffs« den französischen Soziologen Raymond Aron dafür angriff, daß der in seinem Clausewitz-Buch dem Preußen die politischen Zähne ziehen wolle, was eine 25seitige Rechtfertigungsschrift Arons nach sich zog.

In letzterer Phase legte der stets zum Tabubruch neigende Soziologe seinen Studenten auch geschichtsrevisionistische Texte vor; ein privater Feldversuch, zu dem Hepp festhielt, daß die Reaktionen denen primitiver Völker auf Verstöße gegen ihre religiösen Dogmen exakt entsprochen hätten. Im Zusammenhang damit stand sein Beitrag »Richtigstellungen« zur medialen Rufmordkampagne gegen Hellmut Diwald (vgl. *Sezession*-Sonderheft »Sieferle lesen«) in der postumen Festschrift *Hellmut Diwald. Sein Vermächtnis für Deutschland, sein Mut zur Geschichte*, der aufgrund einer in lateinischer Sprache (!) verfaßten Fußnote das Amtsgericht Tübingen zur Anordnung der bundesweiten Beschlagnahmung des Buchs wegen Volksverhetzung und Vernichtung der Druckplatten animierte – in Archiven verbliebene Einzelexemplare des Buchs dürfen bis heute nur mit Sondergenehmigung und an speziellen Arbeitsplätzen eingesehen werden, obwohl das entsprechende Gerichtsverfahren eingestellt wurde. Ge-

»Solange freilich noch jedermann bereit ist, im Zuge der Selbstbedienung ›freiwillig‹ Arbeiten zu übernehmen, die er innerhalb eines konkreten Dienstverhältnisses als entwürdigend weit von sich weisen würde, nur um seine Selbstherrlichkeit zu retten, wird auch die Selbstbedienung blühen und gedeihen. ›Wären die Sklaven bereit gewesen, soviel zu arbeiten, wie heute die freien Menschen arbeiten‹, bemerkt der witzige Gabriel Laub, ›dann hätten wir immer noch Sklaverei.‹«

Selbstherrlichkeit und Selbstbedienung. Zur Dialektik der Emanzipation, München 1971.

»Nichts gegen die Demokratie, wenn sie ein Volk stark und einen Staat mächtig macht! Aber die Demokratie – was auch immer man sich darunter vorstellen mag – ist doch nur ein Vehikel der Politik, nicht ihr Ziel; sie ist Form, nicht Inhalt des Staates. Vielleicht ist sie sogar tatsächlich das beste Herrschaftsinstrument, denn die Demokraten können das Volk mit dem Stock des Volkes schlagen, wie Michail Bakunin so treffend bemerkt hat.«

»Staatsgeheimnisse der Unterwelt. Auszug aus einem Interview mit Machiavelli«; in: *Criticón* 100–101/1987, S. 95–98.

gen mit diesem Skandal einhergehende Anwürfe der Holocaustleugnung durch den *Stern* setzte Hepp sich vor Gericht erfolgreich zur Wehr.

Zu der ihm eigentümlichen polemisch-ironischen Herangehensweise gehörte auch das Stilmittel des »Höllentelefonats«, wobei sich Hepp gemäß dem in Schmitts Tagebüchern bereits im Dezember 1915 als bemerkenswert festgehaltenen Motto »Ich bin ein Deutscher und Gelehrter, und die *beobachten* auch in der Hölle« (Christian Dietrich Grabbe) einen verstorbenen Vordenker heranzog, um ihm die auszusprechenden Weisheiten in den Mund zu legen. Dieses Szenario nahm in der Jubiläumsausgabe von *Criticón* seinen Ausgang, und noch 1995 sollte Hepp zu Ehren Armin Mohlers ein ebensolches Zwiegespräch mit seinem bereits 1970 verstorbenen Bruder Marcel führen, um das Verhältnis beider zum Gelehrten Revue passieren zu lassen.

Noch während der Konzeption seiner Höllenkontakte hatte der seinerzeitige Osnabrücker Ordinarius jedoch ein Thema gefunden, das einer weitsichtigen und scharfen Behandlung harrte und ihn bis zum heutigen Tag zum Vordenker und Verfasser eines neurechten Schlüsselwerks machen sollte: die moribunde deutsche Ethnographie. Vorangegangen war bereits 1984 die zusammen mit dem Humangenetiker Heinrich Schade und dem Mineralogen Helmut Schröcke veröffentlichte Broschüre *Deutschland ohne Deutsche,* in der Hepp in Anknüpfung an seinen älteren ikonoklastischen Essay »Die Neuen Deutschen. Zur Euthanasie eines Volkes« unter der Überschrift »Das deutsche Volk in der Todesspirale« dem erwartbaren Bevölkerungsrückgang der autochthonen Deutschen den stetig zunehmenden Ausländerzuzug gegenübergestellt hatte. Darauf folgten zwei Jahre später die Studie »Der Aufstieg in die Dekadenz. Bevölkerungsrückgang als politisches Problem« im von Mohler herausgegebenen Vortragssammelband der Carl-Friedrich-von-Siemens-Stiftung *Wirklichkeit als Tabu. Anmerkungen zur Lage* sowie im Folgejahr schließlich der extensive Artikel im zweiten Band – *Nationale Verantwortung und liberale Gesellschaft* – von Bernard Willms' *Handbuch zur Deutschen Nation*, der bereits den Titel des endgültigen Paukenschlags vorwegnahm.

Hepps 1988 erschienene Brandrede gegen den sich abzeichnenden demo- wie ethnographischen Niedergang, gegen die sich alle heutigen identitären Thesen handzahm ausnehmen, trug den maximal provozierenden Titel *Die Endlösung der Deutschen Frage* und ließ alle Alarmglocken des konditionierten bundesrepublikanischen Bewältigungsbürgers schrillen; entsprechend sollten die Reaktionen bis hin zum Vorwurf eines »völkischen Nationalismus« (Peter Glotz) ausfallen. Dessenungeachtet kommt Hepp das Verdienst zu, als erster deutscher Sozialwissenschaftler die stetig abnehmenden Bevölkerungszahlen »mit erbarmungsloser Schärfe« (Mohler) zum zentralen Thema seiner Veröffentlichungen gemacht zu haben. Seine Vorschläge zur Gestaltung einer z.B. durch Privilegien für kinderreiche inländische Familien entgegensteuernden »politischen Demographie« sollten jedoch ungehört verhallen. Heute werden sie in Europa und selbst in den Vereinigten Staaten wieder aufgebracht, um der »Familienunlust« junger weißer Paare entgegenzuwirken.

In einem letzten Versuch, unmittelbar politischen Einfluß zu nehmen, betätigte er sich in den 1980ern zusammen mit anderen bundesrepublikanischen Akademikern im »Schutzbund für das deutsche Volk«. Ebenso gehörte er zusammen mit dem Historiker Hellmut Diwald, dem Politologen Hans-Joachim Arndt und dem Philosophen Bernard Willms als »vierblättriges Kleeblatt« der akademischen nationalen Renaissance der 1980er, die bedauerlicherweise keine eigene Schule zu begründen vermochte, zum von Mohler einberufenen »Deutschlandrat«, der den frühen Republikanern geistiges Rüstzeug verschaffen sollte.

Seit Beginn der 1990er Jahre hat sich Robert Hepp aus den aktiven politischen Debatten zurückgezogen; sein letzter öffentlicher Auftritt als Referent war der Festvortrag auf dem ersten Staatspolitischen Kongreß 2010 anläßlich des zehnjährigen Bestehens des Instituts für Staatspolitik. Am 19. Februar hat dieser streitbare *Grandseigneur* der deutschen Nachkriegsrechten sein 80. Lebensjahr vollendet. Es lohnt sich mehr denn je, Hepps teils entlegene Werke zur Hand zu nehmen – sie haben nichts von ihrer Aktualität eingebüßt, und der wache Geist und die Angriffslust ihres Verfassers weisen noch heute einen Weg fernab aller Kuschelkurse und der verbreiteten »kompakte[n] Feigheit des Denkens« (so Hepp selbst). ■

»Nicht weil nicht alle Menschen als Menschen gleich wären – was niemand bestreiten kann –, sondern weil sich aus dieser abstrakten Gleichheit keine konkrete Verbindlichkeit ableiten läßt, weil sie den Radius des verantwortlichen Handelns überdehnt und schließlich im Nihilismus allgemeiner Gleichgültigkeit endet, wo es ›nichts mehr zu verteidigen‹ gibt und also alle Politik aufhört, kommt die ›Menschlichkeit des Menschen‹ als Grundlage eines demokratischen Staates nicht in Betracht.«

Die Endlösung der Deutschen Frage. Grundlinien einer politischen Demographie der Bundesrepublik Deutschland mit einem Exkurs über Demokratie und Identität, Tübingen 1988.

Weitere Schriften (Auswahl):

»Die Versicherung des Ernstfalls: der Sozialstaat«; in: Anton Peisl u. Armin Mohler (Hrsg.): *Der Ernstfall,* Frankfurt a.M., Berlin u. Wien 1979, S. 142–168;

»Das Neue Deutschland. Deutsche Identität im Wechsel der Generationen und Eliten«; in: Anton Peisl u. Armin Mohler (Hrsg.): *Die deutsche Neurose. Über die beschädigte Identität der Deutschen,* Frankfurt a.M., Berlin u. Wien 1980, S. 132–171;

»Different but equal. Aristotelisches zur Demokratie im Übergang vom DNS zur MKG«; in: Volker Beismann u. Markus Josef Klein (Hrsg.): *Politische Lageanalyse. Festschrift für Hans-Joachim Arndt zum 70. Geburtstag am 15. Januar 1993,* Bruchsal 1993, S. 65–104;

»Mohler sub specie aeternitatis. Ein Höllentelefonat von Robert mit Marcel Hepp«; in: Ulrich Fröschle, Markus Josef Klein u. Michael Paulwitz (Hrsg.): *Der andere Mohler. Lesebuch für einen Selbstdenker,* Limburg a.d. Lahn 1995, S. 47–59.

Literaturhinweise:

Nils Wegner: *Die deutsche Geschichte geht weiter … Die Brüder Marcel und Robert Hepp und ihr politischer Weg in den 1950er und 1960er Jahren*, Berlin 2015.

Autoren dieses Heftes

Prof. Dr. Lothar Fritze, 1954, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in einem Institut für Totalitarismusforschung. Er lehrt als außerplanmäßiger Professor an der TU Chemnitz.
Kritik des moralischen Universalismus. Über das Recht auf Selbstbehauptung in der Flüchtlingskrise, Paderborn 2017

Konrad Gill, 1944, verbrachte einen großen Teil seines Arbeitslebens als Bergmann unter Tage. Im Ruhestand studierte er Rechtswissenschaften, Philosophie und Geschichte und lebt heute als freier Publizist in den Hochalpen.

Benedikt Kaiser, 1987, studierte Politikwissenschaft mit europaspezifischer Ausrichtung in Chemnitz. Er arbeitet beim Verlag Antaios.
Querfront, Schnellroda 2017

Marcel Kehlberg, 1980, studierte Luft- und Raumfahrttechnik. Er lebt und arbeitet im französischen Département Haute-Garonne.

Ellen Kositza, 1973, arbeitet als Redakteurin der *Sezession* und als freie Publizistin. Sie erhielt 2008 den Gerhard-Löwenthal-Preis für Journalisten.
Die Einzelfalle. Warum der Feminismus ständig die Straßenseite wechselt, Schnellroda 2016

Götz Kubitschek, 1970, gründete und führt den Verlag Antaios und ist verantwortlicher Redakteur der *Sezession.*
Die Spurbreite des schmalen Grats. 2000–2016, Schnellroda 2016

Peter Kuntze, 1941, ehemaliger Redakteur der *Süddeutschen Zeitung,* ist Autor mehrerer politischer Sachbücher, zahlreicher Kinderbücher sowie zweier Romane.
Chinas konservative Revolution oder Die Neuordnung der Welt, Schnellroda 2014

Dr. Erik Lehnert, 1975, ist promovierter Philosoph und arbeitet als Geschäftsführer des Instituts für Staatspolitik (IfS).
(Hrsg:) *Deutsche Daten,* Band 5 des *Staatspolitischen Handbuchs,* Schnellroda 2017

Dr. Dr. Sophie Liebnitz, 1964, Kulturwissenschaftlerin, Österreicherin, lebt in Deutschland.
tote weiße männer lieben, Schnellroda 2018

Dr. Michael Rieger, 1972, ist Literaturwissenschaftler und freier Publizist; er lehrt an der Universität Hamburg.
»Man reist ja nicht, um anzukommen …« – Schriftsteller auf Reisen, Darmstadt 2011

Dr. Stefan Scheil, 1963, Studium der Geschichte und Philosophie, promoviert als Historiker.
Weserübung gegen Operation Stratford, Schnellroda 2015

Roswitha Solonzo, 1969, Pianistin. Geboren in Jugoslawien, aufgewachsen in Spanien und Ungarn, heute in Rußland lebend.

Nils Wegner, 1987, studierte Geschichts- und Kulturwissenschaften in Gießen und Hamburg. Er arbeitet für den Verlag Antaios.
F. Roger Devlin: *Sex, Macht, Utopie,* Schnellroda 2017 (Übersetzung und Nachwort)

Konrad Markwart Weiß, 1977, in Wien wohnhaft, im Karolinger Verlag tätig und Vizekonsul Patagoniens; Autor und Übersetzer, selbstständiger Kommunikationsberater.
E.M. Cioran: *Notizen 1957–1972,* Wien 2015 (Übersetzung)

Wissenschaftsfreiheit in Gefahr

von Lothar Fritze

Die verfassungsrechtliche Garantie der Wissenschaftsfreiheit als eigenständiges Individualgrundrecht ist eine zivilisatorische Errungenschaft ersten Ranges. Seit ihrer erstmaligen Kodifizierung im § 152 RV von 1849 hat sie weltweit in zahlreiche Verfassungen Einzug gehalten. Sie schützt den Wissenschaftler und die »Idee der Wissenschaft« vor staatlicher und seinerzeit auch vor kirchlicher Bevormundung.

1

Art. 5 Abs. 3 GG enthält eine Wertentscheidung zugunsten von Wissenschaft und Lehre. Zudem hat sich der Staat eine »Gewährleistungsverantwortung für das Florieren der Wissenschaft« auferlegt (Peter M. Huber). Diese bindet auch jene Amtsträger, die die Nutzung staatlicher Mittel im Bereich der Wissenschaft zu organisieren haben. Von ihnen ist nicht nur zu erwarten, daß sie den Mitteleinsatz im Dienste der Wissenschaft effektiv koordinieren, sondern vor allem, daß sie mit ihren Entscheidungen und Maßnahmen nicht selbst eine freie Wissenschaftsausübung behindern.

Zur Wissenschaft selbst gehört allerdings nicht nur die Suche nach Erkenntnissen und ihre Deutung, sondern auch die Weitergabe von Erkenntnissen. Sieht man von der Lehre, deren Freiheit nicht von der Treue zur Verfassung entbindet (Art. 5 Abs. 3 Satz 2 GG), ab, gilt: Der Staat sowie Wissenschaftsorganisatoren, die den Einsatz staatlicher Forschungsmittel verwalten, haben sicherzustellen, daß das individuelle Grundrecht auf freie wissenschaftliche Betätigung insgesamt unangetastet bleibt. Beschränkungen der Wissenschaftsfreiheit sind nur zum Schutz anderer verfassungsrechtlich garantierter Grundrechte zulässig.

Welche Konsequenzen können sich daraus im Einzelnen ergeben? Um ein Beispiel aufzugreifen: Das Interesse eines Wissenschaftlers, auf einer Veranstaltung einer bestimmten Einrichtung aufzutreten, ist durch Art. 5 Abs. 3 GG selbstverständlich nicht geschützt. Wie steht es aber, wenn der Direktor eines wissenschaftlichen Forschungsinstituts einem wissenschaftlichen Mitarbeiter, wie kürzlich geschehen, die *dienstliche* Teilnahme an einer Veranstaltung einer sich wissenschaftlichen Zwecken widmenden gemeinnützigen Einrichtung mit der Begründung untersagt, jene Einrichtung gehöre dem »rechtsradikalen intellektuellen Spektrum« an und ein Auftreten dort liege »unabhängig vom Inhalt« nicht im Interesse des Instituts?

Dies sollte hellhörig machen. Denn die öffentliche Bekanntmachung von Ergebnissen ist üblicherweise ein Bestandteil zumindest der staatlich finanzierten Wissenschaft und im vorliegenden Fall auch Satzungsauftrag des betreffenden Forschungsinstituts. Die Freiheit, Forschungsergebnisse im Rahmen seiner Tätigkeit als Wissenschaftler öffentlich zu

»Der Staat, die Politik, will sie erfolgreich sein, hat […] ein genuines Interesse an einer florierenden Wissenschaft. Sie ermöglicht Wohlstand und sichert damit mittelbar auch die Akzeptanz staatlicher Herrschaft. […] Der moderne Verfassungsstaat hat sich diese Einsicht in der Tat zu Eigen gemacht und sich […] eine Gewährleistungsverantwortung für das Florieren der Wissenschaft auferlegt.«

Peter M. Huber: *Staat und Wissenschaft*, Paderborn 2008, S. 27f.

machen, kann deshalb – zumal dann, wenn keine Kosten anfallen – nicht nach Gutdünken eingeschränkt werden. Eine solche Einschränkung ist vielmehr zu begründen. Nicht in Betracht kommen dabei Begründungen, die bestimmten politischen Meinungen entspringen und deren Geltendmachung selbst als ein Moment des politischen Ideenkampfes innerhalb des demokratischen Spektrums aufzufassen ist. Daß eine Einrichtung der »Neuen Rechten« zugeordnet oder in bestimmten politischen Kreisen als »einschlägig bekannt« apostrophiert wird (wie sich das Direktorium vernehmen ließ), kann jedenfalls nicht als ein hinreichender Grund gelten, einem Wissenschaftler die Präsentation seiner Forschungsergebnisse im Rahmen seiner dienstlichen Tätigkeit auf einer wissenschaftlichen Veranstaltung dieser Einrichtung zu untersagen. Auch »rechtes Denken« ist, und es ist bedauerlich dies sagen zu müssen, nicht per se verfassungswidrig – ebensowenig wie »linkes«.

2

Politische Kämpfe in der Demokratie sind wesentlich Kämpfe um die geistige Hegemonie. Demokratien beziehen Legitimation aus der Zustimmung des Volkes. Die sich um Parlamentssitze und das Mandat zur Regierungsbildung bemühenden Parteien buhlen beim Wähler um Zustimmung zu ihren Vorstellungen vom Gemeinwohl. In diesem Prozeß werden Parteien und ihre medialen Unterstützer zu Akteuren der Zustimmungsgenerierung. Sie setzen Themen und plädieren für ihre Sichtweisen. Sie beschreiben Probleme und favorisieren bestimmte Lösungen. Sie bringen Argumente in die Diskussion und bekämpfen die Auffassungen ihrer politischen Gegner. Sie wecken Emotionen und erzeugen Stimmungen.

Zustimmung erlangt man durch Überzeugungsbildung. Aber Überzeugungsbildung ist niemals ein rein rationaler Prozeß. Unser Fragen nach Begründungen findet logisch kein Ende; im praktischen Leben muß es an einem einleuchtenden Punkt abgebrochen werden. Nur indem wir uns auf (vorläufige) Evidenzen zurückziehen, können wir überhaupt Überzeugungen ausbilden und letztlich Entscheidungen treffen. Zwar ist auch der Umgang mit Nichtwissen rationalen Erwägungen zugänglich, zugleich aber eröffnet die Unvermeidlichkeit, bestimmte Annahmen (vorläufig) als gültig zu akzeptieren, ein Einfallstor für Propaganda und »Gehirnwäsche«.

»Ungeachtet aller Interdependenzen und Weiterungen, die es im Verhältnis von Staat und Wissenschaft gibt, ungeachtet des funktionalen Charakters der Wissenschaftsfreiheit und ungeachtet oder gerade wegen der staatlichen Schutzpflichten für andere Rechtsgüter – für die Wissenschaft ist der Staat zuvörderst Leviathan, ein kontrollbedürftiges Freiheitsrisiko.«

Peter M. Huber: *Staat und Wissenschaft*, Paderborn 2008, S. 59.

Die politische Auseinandersetzung ist daher immer auch ein Kampf um Einflußnahme auf die individuelle Überzeugungsbildung potentieller Wähler. Und auch in Demokratien wird dieser Kampf – ebenso wie in Weltanschauungsdiktaturen – nicht nur mit Mitteln der rationalen Argumentation ausgetragen. Es ist deshalb nicht überraschend, wenn uns in der öffentlichen Kommunikation die gesamte Bandbreite propagandistischer Methoden – von der einlullenden Überredung, der verdeckten Unterstellung, dem haltlosen Schwadronieren, der emotionalen Vereinnahmung bis hin zur stigmatisierenden Verleumdung – begegnet. Nicht der politische Kampf um Einflußnahme auf die Überzeugungsbildung der Bürger ist demnach zu kritisieren; wohl aber kann die Art und Weise, in der die politischen und medialen Eliten diesen Kampf führen, zu Kritik herausfordern. Denn wenn liberale Demokratien ihre Überlegenheit auch dem Umstand verdanken, die Durchsetzung des besseren Arguments wenigstens längerfristig zu ermöglichen, dann sollte Methoden, die Formen der irrationalen Kommunikation Vorschub leisten, durch ihre Kenntlichmachung entgegengetreten werden. Mit einem durchschlagenden Erfolg ist dabei freilich nicht zu rechnen. Es bleibt deshalb auch in der Demokratie eine Daueraufgabe, das Rationalitätsniveau der öffentlichen Kommunikation positiv zu beeinflussen. Eine herausgehobene Bedeutung kommt in diesem Zusammenhang neben der Meinungs- vor allem der Wissenschaftsfreiheit zu.

3

Aus liberaler Sicht stellt der Staat für die Wissenschaft in erster Linie ein »kontrollbedürftiges Sicherheitsrisiko« (Peter M. Huber) dar. Die Aufgabe, sachfremde Einflußnahmen abzuwehren, stellt sich dabei nicht nur, aber doch insbesondere in den Gesellschafts- und Geisteswissenschaf-

ten. Diese nämlich behandeln zum Teil Themen, die auch im Bereich der Politik Relevanz haben oder gar Gegenstand politischer Auseinandersetzungen sind. Damit aber können Forscher und Institute mit ihrer wissenschaftlichen Arbeit selbst politische Relevanz entwickeln; sie haben mit Vereinnahmungsversuchen durch interessierte Dritte zu rechnen, stehen aber auch in der Gefahr, sich selbst politisch zu positionieren. Sie können zu politischen Akteuren mutieren.

Politische Kämpfe werden nicht selten mit harten Bandagen geführt. Gegner werden ins moralische Abseits gestellt, ihnen wird eine staatsgefährdende Gefährlichkeit attestiert oder gar Verfassungswidrigkeit nachgesagt. Der Wissenschaft steht es nicht zu, Beurteilungen dieser Art, die selbst ein Element des politischen Kampfes sind, unkritisch zu übernehmen; sie ist vielmehr gefordert, deren Haltbarkeit zu prüfen. Oberflächlichem Gerede begegnet sie mit Skepsis, leichtfertigen Verurteilungen mit Kritik. Gerade der Wissenschaft obliegt es, die Vagheit und Ambivalenz politischer Begrifflichkeit ins allgemeine Bewußtsein zu heben und damit einen Beitrag zur Rationalität der Kommunikation zu leisten.

Auf diesem Feld hat kritisches Denken zuvörderst die Aufgabe, Aufklärung zu betreiben. Dabei ist mit einem breiten Spektrum an Auffassungen, ja mit kontroversen Einschätzungen zu rechnen. Die wissenschaftliche Suche nach »der Wahrheit« ist selbst pluralistisch – und nie abgeschlossen. Im freiheitlichen Staat gibt es keine Instanz, die über die Richtigkeit oder Falschheit einer Meinung autoritativ entscheiden könnte. Forschungsergebnisse, und dies gilt selbstverständlich auch für die Totalitarismus- und die Extremismusforschung, haben sich der Kritik zu stellen.

In einem Institut, das sich der Erforschung der Entstehung, der Etablierung sowie der Vermeidung totalitärer Verhältnisse widmet, sollte man zudem wissen, daß auch der Kampf gegen vermeintliche oder auch tatsächliche totalitäre Bestrebungen immer ambivalent ist. Denn er ist mit Ausgrenzungen, Freiheitsbeschränkungen und möglicherweise Zwangsanwendung verbunden – mit Maßnahmen also, die, vor allem wenn sie unverhältnismäßig sind oder das falsche Objekt treffen, die freiheitliche Gesellschaft selbst verändern und unter Umständen auch beschädigen können. Totalitarismus kann nicht nur an den Rändern, sondern auch im politischen Zentrum des Staates und der Mitte der Gesellschaft entstehen. Die unablässig und »mit Wachsamkeit« betriebene Identifikation von Feinden des freiheitlichen und demokratischen Staates kann eine sich selbst verstärkende und grundlos gewordene Dynamik entfalten und ins Irrationale abgleiten. Nicht umsonst wird die Verfassungsfeindlichkeit von gesellschaftlichen Akteuren oder inhaltlichen Positionen rechtsstaatlich verbindlich nur von Gerichten festgestellt – und nicht von politischen Kontrahenten oder staatlich alimentierten Wissenschaftlern.

Gerade auf dem Gebiet der Politik und in Fragen des Gemeinwohls, in Bereichen also, in denen auch Wertvorstellungen um Anerkennung ringen, erweist sich die Wissenschaft als ein Unternehmen, das keineswegs zu definitiven Lösungen führen muß. Schon deshalb sollte ein wissenschaftliches Institut Anwalt des kritischen Geistes sein. Es hat Fragen, auf die es keine endgültigen Antworten gibt, in der Diskussion zu halten und eventuellen Zumutungen, sich in den Kämpfen um ideologische Hegemonie zu positionieren, zu widerstehen.

4

Daß Meinungsunterschiede auch in scharfen Kontroversen ausgetragen werden, gehört zur Essenz jeder funktionierenden Demokratie. Die Wissenschaft kann in diesen Kontroversen nicht in der Weise Partei ergreifen, daß sie die Artikulation einzelner (und zwar strafrechtlich unbedenklicher) Positionen für unzulässig erklärt, Vertreter dieser Positionen ausgrenzt oder gar diejenigen, die Gesprächskontakte mit derart Ausgegrenzten suchen oder aufrechterhalten, ebenfalls der Ausgrenzung ausliefert.

Ein wissenschaftliches Forschungsinstitut ist allein der Erkenntnissuche und der Wahrheit verpflichtet. Es unterliegt weder politischen For-

derungen noch folgt es einer politischen Ausrichtung, und es hat auch nicht die Aufgabe, politische Akteure oder andere Wissenschaftler als politische Gegner zu identifizieren. Kein Wissenschaftler ist zudem gezwungen, Kategorisierungen und begriffliche Zuschreibungen zu übernehmen, die in Teilen der Öffentlichkeit vor allem der Stigmatisierung und Ausgrenzung politisch Andersdenkender dienen. Auch kann einem Forschungsinstitut allein durch die Präsentation von im Institut erzielten Ergebnissen kein Schaden entstehen. Ein solcher Schaden läßt sich nur an der Erfüllbarkeit der Institutsaufgaben messen. Wenn die Institutsleitung sich in Mutmaßungen über eine mögliche Beschädigung des Rufes des Instituts und der Reputation seiner Mitarbeiter ergeht, so ist darauf zu antworten, daß denkbare Reputationseinbußen in bestimmten interessierten Kreisen, welchen politischen Spektrums auch immer, hinzunehmen sind. Die Wissenschaft ist nicht auf Beifall von Politikern oder Propagandisten angewiesen. Und wenn sich die direktoriale Besorgnis, wie im vorliegenden Fall behauptet, sogar auf eine Beeinträchtigung der Arbeitsmarktchancen insbesondere jüngerer Mitarbeiter richtet, liegt dieser offenbar ein Bild der bundesdeutschen Gesellschaft zugrunde, das nicht zu vorauseilendem Gehorsam, sondern einem ganz anderen Verhalten Anlaß geben sollte. Das mutmaßliche Eintreten solcher Folgen kann jedenfalls das grundrechtlich geschützte Interesse an der Freiheit von Forschung und Lehre nicht aus dem Feld schlagen.

5

Man mag die Nichtgenehmigung eines Dienstreiseantrags mit einer unhaltbaren und wissenschaftsfremden Begründung für eine Kleinigkeit halten. Doch unzulässige Beschränkungen der Meinungs- und Wissenschaftsfreiheit beginnen mit solchen Kleinigkeiten. Auch vermeintlich unbedeutende Eingriffe in die Wissenschaftsfreiheit können das geistige Klima verändern; scheinbar nichtige Vorgänge, die man mit Schweigen übergehen könnte, haben tendenziell weitreichende Wirkungen.

Der Vorstand einer wissenschaftlichen Einrichtung hat an der Verwirklichung der Idee einer freien Wissenschaft mitzuwirken. Im Fall des genannten Verbots jedoch handelt es sich um den Versuch eines Institutsleiters, eigene politische Anschauungen zum Maßstab der Interessen des Instituts zu erheben. Dies ist unzulässig. Denn damit wird der politische Kampf in die Wissenschaft getragen und ein mit Steuergeldern finanziertes wissenschaftliches Institut für sachfremde Zwecke instrumentalisiert. Der Institutsdirektor selbst hat sich zu einem Mitspieler in der politischen Auseinandersetzung gemacht und diese Auseinandersetzung in das Institut getragen. Ein solches Verhalten ist wissenschaftsinadäquat und zu rügen. Dem Direktor eines öffentlich finanzierten Forschungsinstituts steht es nicht frei, für bestimmte im politischen Prozeß verhandelte Positionen Partei zu ergreifen. Statt sich am aktuellen politischen Kräfteverhältnis zu orientieren und die ideologischen Klischees der herrschenden Meinung zu übernehmen, ist er aufgefordert, in seinem Institut für ein freiheitliches Klima zu sorgen und damit die Voraussetzungen für das Gedeihen der wissenschaftlichen Forschung zu schaffen.

Gerade weil er einem Institut vorsteht, das sich der Aufarbeitung des Totalitarismus widmet, ist es die Pflicht des Direktors, Maßnahmen, von denen eine die Wissenschaftsfreiheit beschränkende Wirkung ausgeht, auf das sorgfältigste abzuwägen. Der Direktor glaubt, aus der Verantwortung für das Institut und seine Mitarbeiter zu handeln. Tatsächlich aber verrät er die Gründungsintention seines Instituts und gibt gerade für jüngere Kollegen das denkbar schlechteste Vorbild. Schlimmer noch: Mit der getroffenen Entscheidung sowie den Gedankenspielen über »weitere Schritte«, die zwar »vorerst« nicht ergriffen, aber gegen den sich politisch inkorrekt verhaltenden Mitarbeiter eingeleitet werden könnten, führt er vor, wie ein Verlassen des politischen Mainstreams bestraft wird, und schüchtert damit jeden ein, der eine ähnliche Abweichung in Betracht zieht. Wer als Direktor eines Instituts für Totalitarismusforschung so agiert, bringt nicht nur die grundgesetzlich geschützte Wissenschaftsfreiheit in Gefahr; er etabliert auch Verhältnisse, die zu untersuchen gerade Aufgabe eines solchen Instituts ist. ■

»Es hat sich gezeigt, dass in den Hochschulen mancherorts eine ›Re-Ideologisierung‹ stattfindet. Es ist Aufgabe der Fächer und ihrer Repräsentanten, aber auch der Leitungen von Hochschulen und Forschungseinrichtungen, auf die Einhaltung der Wissenschaftsfreiheit auch für vom Mainstream abweichende Meinungen hinzuwirken und in ihren Institutionen das Prinzip des wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Diskurses aufrecht zu erhalten. Das beschriebene Phänomen ist nicht neu, doch es spiegelt wider, dass Wissenschaftsfreiheit auch innerhalb der Wissenschaftseinrichtungen zu verteidigen ist.«

Konrad-Adenauer-Stiftung: *Wissenschaftsfreiheit. Argumente für mehr Rücksicht auf ein gefährdetes Grundrecht*, Berlin/Sankt Augustin 2017, S. 18.

Es soll uns nie gegeben haben

von Sophie Liebnitz

Die Angriffe auf das Selbstbewußtsein, das Geschichtsverständnis, die Lebensweise, das Kunstverständnis und die zentralen Erzählungen europäischer und nordamerikanischer Gesellschaften nehmen zur Zeit mit rasanter Geschwindigkeit zu. Man kann buchstäblich zusehen, wie sie an Zahl und an Wucht gewinnen.

In *Tote weiße Männer lieben* habe ich beschrieben, wie sich antitraditionalistische, rassistische anti-weiße und männerfeindliche Elemente zu einem Diskurs verfilzen, der, wenn überhaupt jemals einer, die Bezeichnung »hate-speech« verdient hat.

Lord Nelson von seiner Säule stürzen zu wollen, Akte aus dem Museum oder Shakespeare aus den Leselisten zu verbannen, ist *eine* Taktik, keltische Krieger, den Achilles der Ilias oder Prinzen aus dem romantischen Märchen durch Farbige zu ersetzen (wie soeben der MDR), eine andere. Wer allerdings behauptet, eine westliche Kultur existiere überhaupt nicht, der versucht nun wirklich, das Übel an der Wurzel zu packen.

»There is no such thing as Western civilisation«, so schrieb es kurz und bündig der an der New York University lehrende ghanaisch-amerikanische Sprach- und Kulturphilosoph Kwame Anthony Appiah im britischen *Guardian* vom 9. November 2016. Der weit ausgreifende Essay erweist sich im Rückblick als Teil der mittlerweile auf Hochtouren laufenden Kampagne zur Diskreditierung und Auflösung europäischer und, quasi nebenbei, amerikanischer Identität. (Nicht zufällig trug die erste Version des Artikels den Titel »Mistaken Identities«). Appiahs zentrale Behauptung: Den antik-jüdisch-christlichen »goldenen Kern« westlicher Kultur gibt es nicht, eine die abendländische Kultur fundierende Trias Jerusalem–Athen–Rom ist nicht mehr als Fiktion. Kulturen lassen sich nicht gegeneinander abgrenzen, insbesondere die Unterscheidung einer »westlichen« von einer islamischen Kultur ist für den Vorkämpfer eines aufgeklärten Kosmopolitismus hinfällig.

Wie geht Appiah zu Werke, um dem Leser diese (vorsichtig gesprochen) kontraintuitive Auffassung schmackhaft zu machen?

Die Angriffslinie ist mehrfach gestaffelt. Und um eine solche handelt es sich, denn wie ein Pferdefuß schaut aus der akademischen Rhetorik das Ressentiment gegen den »Westen« hervor und produziert Aussagen wie diese: »Jemand fragte Mahatma Gandhi, was er von der westlichen Zivilisation hielte, und er antwortete: ›Ich glaube, sie wäre eine sehr gute Idee.‹ Wie viele der besten Geschichten ist auch diese wohl leider anekdotisch; aber, ebenso wie viele der besten Geschichten, hat sie überlebt, weil ihr der Geschmack der Wahrheit anhaftet. Meine eigene Antwort wäre allerdings sehr anders ausgefallen: Ich denke, man sollte die Vorstellung einer westlichen Zivilisation fallen lassen. Sie ist im besten Fall die Quelle großer Verwirrung, im schlechtesten hindert sie uns daran, uns einigen der großen politischen Herausforderungen unserer Zeit zu stellen. Ich zö-

gere, selbst dem Gandhi der Legende zu widersprechen, aber ich glaube, daß westliche Zivilisation überhaupt keine gute Idee ist und daß westliche Kultur keine Verbesserung darstellt.«

Appiahs erster Kritikpunkt betrifft die Unschärfe des Begriffs »Westen«. Seine Beschwerde, die Begriffsverwendung werfe ganz unterschiedliche Gesellschaften unter dem Etikett »nicht-westlich« auf einen Haufen, ist gegenstandlos. Bestimmungen wie »Reich der Mitte« oder »Dar-al-Islam« verfahren nicht anders. Man grenzt das Eigene vom anderen (also von allem übrigen) ab: eine nicht nur legitime, sondern letztlich unvermeidbare Operation, weil Beobachtung standortbezogen ist. Wahrnehmungen dieser Art lassen sich demnach nicht aberziehen und unterdrükken – universalistische Nebelkerzenwerfer dürften hier ihr Ziel verfehlen.

Es ist richtig, daß der Begriff des Westens sich auf komplizierte Weise mit dem der Christenheit und Europas überschneidet und daß er im Lauf der Geschichte auf unterschiedliche Gebilde bezogen wurde. Der Westen gegen einen geheimnisvollen »(fernen) Osten« (Kipling), als Staaten diesseits des Eisernen Vorhangs, als Einheit von Europa und den USA gegen den Rest der Welt – sicher, ein gleitender Begriff. Daraus zu folgern, er wäre gegenstandslos, ist freilich absurd. Wer die zivilisatorischen Errungenschaften des Westens vermissen muß, weiß genau, was ihm abgeht. Wer andererseits in Dubai oder Saudi-Arabien mit »westlichem« Komfort verwöhnt wird, wird sich aufs schärfste bewußt sein, daß diese das Wesen des Westens nicht ausmachen, vor allem aber nicht erschöpfen. Ebensowenig trägt Appiahs Argument, die *translatio studii* (oder *imperii*), also die Vorstellung der Weitergabe von Wissen (oder Herrschaft) von Athen über Rom auf das Heilige Römische Reich nach Art eines Staffellaufs, beweise eine mangelnde Einheit und wäre mit dem Christentum nicht kompatibel. Als Selbstbeschreibungsformel führt dieses Motiv eindrucksvoll das Gegenteil vor: nämlich, daß es das Wesen des Abendlandes (der Vorgängerfigur des Westens) ist, antikes und christliches Erbe integriert zu haben.

Wie kommt Appiah aber zu der Annahme, daß sich europäisch-westliche und islamische Kultur nicht voneinander abgrenzen lassen? »Der erste Beleg für den Gebrauch des Wortes ›Europäer‹ entspringt dieser Konfliktgeschichte. In einer lateinischen, 754 in Tours verfaßten Chronik, bezeichnet der Autor die Sieger der Schlacht von Tours als ›Europenses‹. *Einfach gesagt, die Idee des Europäers findet ihre erste Verwendung, um Christen und Moslems zu unterscheiden.*« (Hervorhebung S.L.) Sofern das zutrifft, ist das Zitat gerade nicht geeignet, Appiahs These zu stützen.

Die (ziemlich wacklige) *pièce de résistance* bildet wie immer das Argument, daß die Araber Aristoteles übersetzt und im Mittelalter dem Okzident medizinisches Wissen vermittelt hätten. Allerdings machen Übernahmen dieser Art noch lange keine gemeinsame Kultur, ebenso wenig, wie es eine gemeinsame Kultur macht, daß Muslime heute westliche Technik einkaufen und in ihren Alltag integrieren. Die Grenzen dieser Argumentation werden deutlich, sobald man nachfragt, was denn *nach* dieser so gern bemühten historischen Phase los war. Säkulare Philosophie, Weiterentwicklung der Medizin und Naturwissenschaften scheinen sich dann auf die »westliche Zivilisation«, die es eigentlich gar nicht gibt, zu konzentrieren. Am Rande bemerkt, grenzt es angesichts der haßerfüllten Zerstörung antiken Kulturguts an Zynismus zu erklären, daß der Islam und der »Westen« ein gemeinsames antikes Erbe teilen. Als Erbe kann man wohl nur sinnvoll bezeichnen, was sich eine Kultur dauerhaft aneignet und inkorporiert.

Die heftigen Emotionen, die die Debatte gerade über die Aristoteles-Übersetzungen begleiteten, haben sichtlich viel mit Ideologie und wenig mit Wissenschaft zu tun. Die Ergebnisse des Mediävisten Sylvain Gouguenheim, der darlegte, daß es ein von der arabischen Überlieferung unabhängiges Überleben des Griechischen gegeben habe, erregten jedoch einen Sturm der Entrüstung und wurden in der *Süddeutschen Zeitung* prompt als »islamophob« gebrandmarkt. Warum nur? Die Frage, wer wo bestimmte griechische Texttraditionen weitergegeben hat, ist an sich ja völlig neutral. Gouguenheims Thesen störten (ob zutreffend oder unzutreffend) offenbar ein Geschichtsbild, in das der Mainstream erhebliche Emotionen investiert hat. Meine These dazu lautet, daß der Westen, weit davon entfernt, »islamophob« zu sein, seit der Romantik in Literatur und

»Identität als ›Recht auf Faulheit‹? Mit dem in der zeitgenössischen Soziologie üblichen Identitätsbegriff werde die Trägheit von einem zu korrigierenden Mangel zu einem Wertphänomen erhoben. Meine Identität besteht in dem Komplex meiner unrevidierbaren persönlichen und kulturellen Trägheiten. […] Die Identischen nehmen sich als Ready-Made und treten mit sich selbst in der Dokumentenmappe unter das weite Dach der Werte mit Bewahrungsanspruch. […] Auf diese Weise stellen die Identischen sicher, außer Hörweite zu sein, sollte unvorhergesehen wieder irgendwo der Imperativ ›Du mußt dein Leben ändern!‹ ertönen.«

Peter Sloterdijk, *Du mußt dein Leben ändern. Über Anthropotechnik,* Frankfurt a.M. 2009.

Kunst ein betont islamophiles Narrativ ausgeprägt hat. Die gegenwärtige hysterische Islamophilie der Herrschenden ist zwar als politisches Phänomen jung (bis vor einigen Jahrzehnten gab es in Mitteleuropa keine Anzahl an Muslimen, die eine Politisierung ermöglicht hätte), reicht aber kulturhistorisch viel weiter zurück. Sie gehört meines Erachtens in die Reihe jener phantasierten Gegenbilder, welche sich Intellektuelle formten, die es mit der Präsenz übermächtiger kirchlicher Institutionen zu tun hatten und daher stets auf der Suche nach imaginären Gegenreichen waren. Neben der anhaltend idealisierten griechischen Antike gehört als bekanntestes Motiv die paradiesische Welt der »Wilden« in diese Galerie. Die islamische Welt empfahl sich durch den Vorzug, im Gegenzug zu den »Primitiven« eine Hochkultur zu bieten, im Gegenzug zur Antike gegenwärtig und gegebenenfalls bereisbar zu sein. Im Gegensatz zu den beiden anderen bot sie das Modell einer abrahamitischen Religion, die gleichzeitig weit genug vom europäischen Christentum entfernt war, um Konflikte wie die mit dem Judentum nicht aufkommen zu lassen.

Drittens führt Appiah als Gegenargument die »Uneinheitlichkeit« einer Kultur an, die nicht überall und zu jeder Zeit von »westlichen« Werten im Sinne der Aufklärung gekennzeichnet ist. Primitive Praktiken wie Zauberei und Aberglauben lassen sich auch im Europa des neunzehnten Jahrhunderts finden. Dies trifft zu, stellt aber kein Argument dar: Der Unterschied besteht doch wohl darin, daß dies in Europa eine randständige und fast schon exotische Praxis darstellt, die gerade nicht charakteristisch für die Besonderheit westlicher Kultur(en) ist. Das Argument steht in Zusammenhang mit einer wesentlichen begriffsgeschichtlichen Fehlkonzeption: Für Appiah ist der »Westen« ein Konzept, das erst Ende des 19. Jahrhunderts (!) auf den Plan tritt.

Die Geschichte der Begriffe »Abendland« und »Okzident«, die nichts anderes bedeuten, geht in seine Überlegungen offenbar nicht ein. Daher identifiziert er »westliche« mit »moderner« Kultur, eine Verkürzung, die dann ermöglicht, vormoderne Praktiken als Argument gegen die Existenz einer derart verkürzt definierten westlichen Kultur zu behandeln.

Es scheint ausgeschlossen, daß Appiah sich dieser Verkürzung nicht bewußt ist. Aber es geht ja, wie bei allen revisionistischen Versuchen auch nicht wirklich um Kulturgeschichte, sondern um Definitionsmacht. Diese Besessenheit, eine Kultur zu negieren, für die Appiah in seiner Erscheinung als Intellektueller selbst höchst charakteristisch ist, verstrickt ihn unweigerlich in Widersprüche.

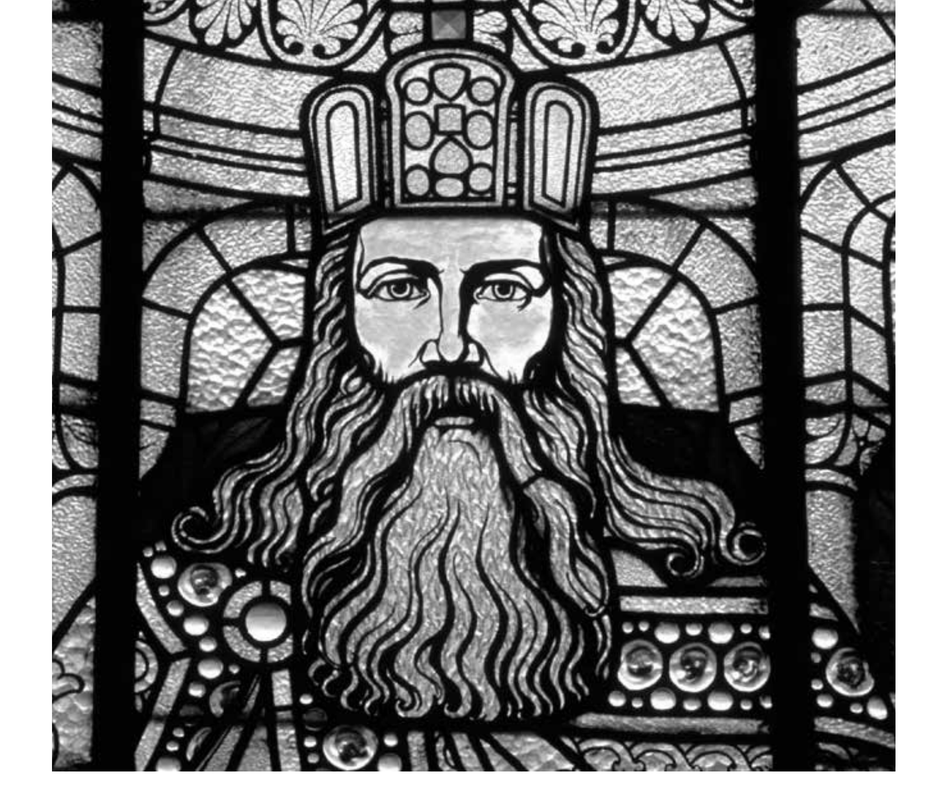
Sein Leitbegriff des Kosmopolitismus steht in einer Tradition, die nahtlos in die Globalisierungsdelirien der Gegenwart übergeht: »Aufklärung und Weltbürgertum sind eng miteinander verbunden. […] Voraussetzung des bürgerlichen Kosmopolitismus war der (naturrechtliche) Universalismus, demzufolge die Menschen überall und zu allen Zeiten gleich sind. […] So betrachtete mancher Frühaufklärer die ganze Welt als sein Vaterland und alle Menschen als seine Brüder. […] Ungeachtet des ›zufälligen Unterschieds‹ von Klima, Sprache, Sitten und Verfassung sollte er jedem Menschen in Not beistehen. Frei von Vorurteilen verwirklichte er die wahre Bestimmung des Menschen…« (*Lexikon der Aufklärung. Deutschland und Europa*, Artikel Kosmopolitismus).

Das hört sich nicht zufällig an wie Juncker, Merkel und Habermas in einer Person. Bei Appiah klingt das dann, umweltbewußt etwas angepaßt, so: »Wir leben mit sieben Milliarden Menschen auf einem kleinen sich erwärmenden Planeten. Der kosmopolitische Impuls, der sich auf unsere gemeinsame Menschlichkeit stützt, ist kein Luxus mehr, er ist zur Notwendigkeit geworden. Ich kann es nicht besser sagen als der Dramatiker Terenz, ein Ex-Sklave aus dem römischen Afrika, der sich Terentius Afer (Terenz der Afrikaner) nannte. Er schrieb einst: ›Mensch bin ich, nichts Menschliches, denke ich, ist mir fremd.‹ Nun, das ist eine Identität, an der es sich festzuhalten lohnt.«

Das ist die passende Begleitmusik zur Globalisierung, rhetorische rosa Pompons auf dem grauen Prozeß finaler Identitätszerstörung. Erstens, ist Mensch-Sein keine Identität, weil diese sich in der Unterscheidung bildet. Was ich mit allen Menschen teile (oder zu teilen meine), ist all das, was bei einer Identitätsbildung keine Berücksichtigung findet. Zweitens ist Terenz kein glückliches Beispiel, wenn er hier für ein irgendwie kulturunabhängiges Allgemeinmenschliches stehen soll: Er stammte aus

»›Lebensart und Sitten!‹ Wie elend, als es noch Nationen und Nationalcharakter gab. was für wechselseitiger Haß, Abneigung gegen die Fremden, Festsetzung auf seinen Mittelpunkt, väterliche Vorurteile, Hangen an der Erdscholle, auf der wir geboren sind und auf der wir verwesen sollen! einheimische Denkart! Enger Kreis von Ideen – ewige Barbarei! Bei uns sind, gottlob! alle Nationalcharaktere ausgelöscht! Wir lieben uns alle, oder vielmehr keiner bedarf's den andern zu lieben; wir gehen miteinander um, sind einander völlig gleich – gesittet, höflich, glückselig. Haben zwar kein Vaterland, keine Unsern, für die wir leben; aber sind Menschenfreunde und Weltbürger.«

Johann Gottfried Herder: »Auch eine Philosophie der Geschichte zur Bildung der Menschheit. Zweiter Abschnitt«, in: ders. (ausgew. u. hrsg. v. O. u. N. Braun): *Ideen zur Kultuphilosophie,* Leipzig 1911.



einer *römischen* Provinz, in der *römische* Spielregeln und Gesetze galten und es war offenbar eine klassische Ausbildung (und kein multikulturelles Cross-over), die ihn befähigte, Sätze wie den obigen hervorzubringen.

Nun läßt sich vermuten, daß kein Denken (auch kein identitäres Denken übrigens) ohne eine Art universalistisches Minimum auskommen kann. Das sattsam bekannte »moralische Gespräch zwischen Menschen aus verschiedenen Gesellschaften« bewegt sich allerdings im reinen Raum der Geister, der fatal an einen schlecht gelüfteten Seminarraum erinnert. Man fühlt sich an den berüchtigten Wunsch Margot Käßmanns erinnert, einmal ganz herrschaftsfrei mit den Taliban diskutieren zu können.

Passend zu diesem universalistischen Rokoko, das stark an die Welt erinnert, in der Marie-Antoinette im Park von Versailles Schäferin spielte, geht Appiahs im August erscheinendes Buch auf eine mit »Mistaken Identities. Creeds, Country, Color, Class, Culture« überschriebene Vortragsreihe zurück. Das Buch selbst trägt den Titel *The Lies that Bind* – damit charakterisiert er seinen Identitätsbegriff. Hinderliche Lügen, im besten Fall irrtümliche Zuschreibungen sind die genannten Kategorien Religion, Nationalität, Hautfarbe, Klasse und Kultur. Dieser Versuch, Identität zu domestizieren, wird nicht funktionieren. Der kosmopolitische, humanitäre Impuls selbst, von dem Appiah ausgeht, ist durch und durch »westlich«, europäisch geprägt. Er ist eben nicht universell, außer dem Anspruch nach. Der Artikel, eine Art humanistischer Taschenspielertrick, entfaltet ein Paradox: Er führt vor, wie man die charakteristisch »westliche« Wert- (oder Wahn)vorstellung unbegrenzter Gesprächsbereitschaft einfordern und gleichzeitig behaupten kann, daß es etwas wie unterscheidbare westliche Werte nicht gibt. Irritierend ist nicht dieser Zirkelschluß, der sich im politisch korrekten Lager allenthalben findet, sondern das beharrliche Ressentiment gegen die eigene Kultur, das diese Überlegungen grundiert. Appiah identifiziert sich in seinen Forderungen mit einem globalen Süden (den es im Gegensatz zum Westen offensichtlich gibt), eine Identifikation, die schon deshalb höchst widersprüchlich ist, weil der Philosoph, der vor kurzem seinen Partner ›geheiratet‹ hat, in seinem Privatleben von den Möglichkeiten jenes nicht-existenten Westens in einer Weise profitiert, die ihm in keinem islamischen oder überhaupt nicht-westlichen Staat möglich wäre. Diese Haltung findet man in sozialen Netzwerken in allen möglichen Varianten wieder. Appiah hat dem existentiellen und logischen Dauer-Widerspruch lediglich einen akademisierten Ausdruck verliehen. Offenbar sind unsere universalistisch verwässerten Gesellschaften trotz oder wegen ihrer Großzügigkeit außerstande, sogar bei denen, die davon am meisten profitieren, Loyalität zu mobilisieren. Übernommen werden die Identitäten, ganz unbekümmert um die professorale Erklärung ihrer Nichtigkeit. ■

»Wie *News Ghana* berichtet, hetzte Mallam Abbas Mahmud in einem Interview gegen Schwule und machte sie sogar für Naturkatastrophen verantwortlich. ›Allah wird wütend, wenn Männer Geschlechtsverkehr miteinander haben und solch widerliches Verhalten verursacht Erdbeben.‹ Der Geistliche behauptete, daß Homosexualität auch der Grund für die Zerstörung der Städte Sodom und Gomorrha durch Allah gewesen sei. Er forderte dem Bericht zufolge einen heiligen Krieg gegen Schwule und Lesben in Ghana, ganz besonders in den muslimisch dominierten Gebieten.«

»Muslimischer Geistlicher aus Ghana mit irrer These: Schwule verursachen Erdbeben«, in: *focus.de* vom 28. Mai 2016.

Ich kann das Wort »Gesellschaft« nicht mehr hören

Ein Gespräch mit Camille Paglia

Camille Paglia, die sich selbst als überzeugte Feministin sieht, hat sich vor einem Vierteljahrhundert in ihrer Heimat (USA) den Ruf eines »akademischen Rottweilers« eingehandelt. Seit dem aufsehenerregenden Erscheinen ihres Buches *Sexual Personae* (1990, dt. *Die Masken der Sexualität*) wird sie nicht müden, die Auswüchse des Mainstream-Feminismus zu kritisieren. Das hier abgedruckte Interview, geführt von Martin Lichtmesz, flankiert das Erscheinen ihres neuen Buches *Frauen bleiben. Männer werden. Sex, Gender, Feminismus* (original: *Free Men. Free Women. Sex, Gender, Feminism*, 2017), das soeben von Antaios herausgegeben wurde. Paglia lehrt als Professorin für Kunst- und Medienwissenschaften in Philadelphia.

Sezession: Es wundert mich, daß Sie noch niemand auf die aktuelle #MeToo-Hysterie angesprochen hat. Oder habe ich da etwas verpaßt? Wie schätzen Sie diese Debatte ein?

Paglia: Ich werde ununterbrochen von amerikanischen und internationalen Medien um einem Kommentar gebeten, habe mich bislang aber geweigert, weil ich seit drei Jahrzehnten über diese Dinge spreche und ehrlich gesagt keine Geduld mehr mit der Dummheit und der Naivität des üblichen Diskurses über dieses Thema habe. Für den *Hollywood Reporter* (hollywoodreporter.com) habe ich Ende Februar nun doch eine längere Stellungnahme abgegeben.

In dieser Skandal- und Publicity-Orgie sind verschiedene Probleme miteinander vermischt worden. Anlaß waren die Enthüllungen über die langjährigen sexuellen Übergriffe des führenden Hollywood-Produzenten Harvey Weinstein, darunter Vorfälle, die von einem bestürzend infantilen Exhibitionismus zeugen. Vor allem wurde die Heuchelei von weiblichen Stars wie Meryl Streep, Oprah Winfrey und Gwyneth Paltrow auf peinliche Weise entlarvt. Diese Frauen, die wie viele andere Weinstein öffentlich den Bauch gepinselt und ihn geradezu angebetet hatten (Streep nannte ihn »Gott«), hatten sich jahrelang auf anmaßende Art als ultra-liberale Feministinnen aufgespielt. Alle drei hatten offensichtlich viele sexbezogene Gerüchte über Weinstein gehört, aber sich niemals die Mühe gemacht, ihnen nachzugehen oder ihn damit zu konfrontieren. Sie haben dadurch fahrlässig viele junge und unerfahrene Schauspielerinnen schutzlos an Weinstein ausgeliefert. Ich habe dieses Fiasko ungemein genossen, weil ich es hasse, wie die amerikanischen Medien Streep routinemäßig als »die größte Schauspielerin der Welt« bezeichnen – während sie in Wahrheit eine gekünstelte, egozentrische Angeberin ist und ihr auf der Leinwand jegliche emotionale Tiefe fehlt (ich halte Judi Dench, Helen Mirren oder Jane Fonda für weitaus größere Schauspielerinnen.)

Sezession: Hat denn #MeToo abseits des Prominentenklatschs irgendeine Bedeutung?

Paglia: Die #MeToo-Bewegung wurde vor zwölf Jahren von der afroamerikanischen Bürgerrechtlerin Tarana Burke gegründet. Sie konzentrierte sich auf Übergriffe, die machtlose schwarze Arbeiterinnen an Schulen und am Arbeitsplatz erdulden müssen. Die Aneignung des Schlagwortes auf Twitter durch die unbedeutende Schauspielerin Alyssa Milano im Zuge der Weinstein-Kontroversen war gut gemeint, verzerrte aber rasch seine ursprüngliche Bedeutung. Inzwischen ist die #MeToo-Bewegung zu einem chaotischen Sammelbecken für alle möglichen Widrigkeiten und Enttäuschungen geworden, die privilegierte weiße Frauen

aus der Mittelklasse nicht nur am Arbeitsplatz, sondern auch in ihrem Liebesleben erlitten haben. Es gab eine Flut an anonymen, unbegründeten Anklagen, wobei sich einige auf Geschehnisse beriefen, die 20 oder 30 Jahre zurückliegen. Diese erhitzte Atmosphäre kollektiver Entrüstung ist vollkommen unvereinbar mit den Standards rationaler Gerechtigkeitssuche in einer modernen Demokratie. Auch Männer haben gesetzliche und moralische Rechte.

Sezession: Sie billigen der Bewegung also einen legitimen Kern zu? Was ist hier schiefgelaufen?

Paglia: Ich nehme das Thema sexuelle Belästigung sehr ernst: 1986 habe ich die Leitung meiner Kunsthochschule in Philadelphia gedrängt, diesbezüglich vernünftige und moderate Richtlinien zu übernehmen, die von mir und meinen Studenten in meinem Kurs »Frauen und Geschlechterrollen« entwickelt und debattiert worden waren. Die Etablierung grundlegender Prinzipien erschien uns ratsam, nicht zuletzt angesichts des Grades an täglicher physischer Intimität, die in den darstellenden Künsten notwendig ist, insbesondere, was Tanz und Theater betrifft, aber auch in der Musik: wenn zum Beispiel ein Cellolehrer den Körper einer Studentin mit seinen Armen umfassen muß, um ihr die korrekte Art der Bogenführung zu zeigen. Inzwischen ist die Definition von sexueller Belästigung auf aberwitzige Weise erweitert worden und zu einer plumpen Keule verkommen, die von den Puritanern des sexfeindlichen Flügels des Feminismus (in den achtziger Jahren verkörpert durch die Fanatikerinnen Catharine MacKinnon und Andrea Dworkin) geschwungen wird, um bittere Rache an den Männern zu nehmen. Meine Sexualphilosophie hingegen wurde von den großen europäischen Autorenfilmen der fünfziger und sechziger Jahre geprägt, die die komplexe Ambivalenz der Erotik einfingen und in denen charismatische Stars wie Jeanne Moreau, Brigitte Bardot, Delphine Seyrig, Catherine Deneuve, Anouk Aimée, Stéphane Audran, Monica Vitti oder Melina Mercouri dynamische Bilder selbstsicherer weiblicher Sexualität präsentierten. Anders als MacKinnon und Dworkin, die sie verbieten wollten, verteidige ich die Pornographie (die von der Kunst nicht getrennt werden kann) und unterstütze die Legalisierung der Prostitution.

»Erst wenn man die Phantasie umbringt, Gehirnlappen voneinander trennt, die Geschlechtsdrüsen entfernt und chirurgisch eingreift – erst dann werden die Geschlechter gleich sein. Bis dahin werden wir im dämonischen Aufruhr der Natur leben und träumen müssen.«

Camille Paglia: *Die Masken der Sexualität,* 1992.

Sezession: Was wäre ein angemessener Umgang mit dem Thema jenseits von Instrumentalisierung und Simplifizierung?

Paglia: Meine Haltung ist folgende: Echte sexuelle Belästigung ist eine Verletzung der Menschenwürde. Sie muß wie jeder andere körperliche Übergriff verurteilt werden, und zwar unabhängig vom Geschlecht. Es kommt aber definitiv den betroffenen Frauen selbst zu, unangemessenes Verhalten zurückzuweisen und anzuzeigen, und zwar *genau dann, wenn der Vorfall geschehen ist* – einerlei, wie unangenehm und peinlich die Sache erscheinen mag. Sich viel später bei irgendwelchen Autoritäten zu beklagen (vor allem, wenn die Sache eine Ewigkeit her ist), zeugt gerade nicht von weiblicher Stärke und Unabhängigkeit. Nach meiner Lesart eines »straßentauglichen« Amazonen-Feminismus obliegt jeder Frau die Pflicht, ihre eigene Würde zu verteidigen und ihren eigenen Kampf auszutragen. Wie können wir erwarten, daß Männer Frauen achten, wenn diese Frauen zu schüchtern oder zu unschlüssig sind, sich selbst zu ermächtigen? Was für eine Demutsgeste, wenn Frauen jetzt die Regierung oder Universitäts-Ausschüsse oder Arbeitsrechtler beauftragen, die Rolle des schützenden Vaters oder Ehemanns zu übernehmen! Das ist ein reaktionärer Rückzug, der uns in vormoderne Zeiten zurückführt, wo der Schutz und das Überleben von Frauen von der Protektion durch Väter oder Gatten abhängig war. Berufstätige Frauen der Mittelschicht müssen ihr bürgerliches Etepetete-Geteue einfach mal hinter sich lassen und endlich zu einer starken Stimme und echter Selbstbehauptung finden – egal, ob es um private oder öffentliche Händel geht.

Sezession: Sie haben wiederholt die politisch korrekte »Identitätspolitik« der Linken scharf kritisiert, wie auch die »stalinistischen« Methoden, mit der sie insbesondere im akademischen Bereich durchgesetzt wird.



Auf der anderen Seite dreht sich Ihr Werk häufig um das Thema »Identität«, besonders im sexuellen Bereich. »Identität ist Macht«, schrieben Sie in *Die Masken der Sexualität (Sexual Personae).* Sind die »Social Justice Warriors« faule Äpfel, die an einem Baum gewachsen sind, der dem Ihrigen sehr ähnlich ist, oder lehnen Sie jegliche »Familienähnlichkeit« ab?

Paglia: Ich war in dieser Hinsicht gewiß eine Pionierin. Zur Zeit meines Promotionsstudiums (1968–72) war meine Studie über Androgynität, *Sexual Personae,* die einzige Dissertation über Sex an der gesamten Graduiertenschule von Yale. Ich betrachtete *Sexual Personae* als den nächsten logischen Schritt der Literaturkritik nach Leslie Fiedlers bedeutendem Buch *Love and Death in the American Novel* (1960, dt. *Liebe, Sexualität und Tod,* Berlin 1964). Fiedler, der führende Literaturkritiker der Linken in den USA, hat die »Identitätspolitik« mehr oder weniger erfunden: Er schrieb zu einem Zeitpunkt freimütig über kontroverse Themen wie Rasse und Sex (inklusive Homosexualität), als diese in der anglo-amerikanischen Literaturkritik kaum Beachtung fanden. Fiedler (1917–2003) war für das damalige akademische Establishment eine *Persona non grata:* Als er in Yale sprach, während ich dort studierte, erschien kein einziges Mitglied des anglistischen Instituts zu seinem Vortrag! Diese unverhohlene Mißachtung überraschte und schockierte mich. Anläßlich einer Feier der State University of New York zu Ehren Fiedlers in Buffalo im Jahre 1995 erklärte ich in meiner Eröffnungsrede, ich sei »ein Kind Fiedlers und stolz darauf«!

Sezession: Fiedler gilt in der Tat als Wegbereiter der »Gender- und Queer-Studies«. Aber was haben seine heutigen Erben mißverstanden?

»Wer heute ›Gender Studies‹ oder irgendwas mit Frauenforschung studiert, kommt ohne jegliche Kenntnisse von Biologie, Anatomie, Endokrinologie durch das gesamte Studium. Das ist doch ein Witz!«

youtube.com: Camille Paglia im Gespräch mit Jordan B Peterson.

Paglia: Ich sehe es so: »Identität«, ob bezogen auf Rasse, Ethnizität, soziale Klasse oder Geschlecht, ist ein sehr nützliches Instrument, um sämtliche Dimensionen eines beliebigen Werkes der Kunst oder Literatur zu ergründen. Aber sie darf nicht zum *einzigen* Werkzeug werden – ebensowenig sollte man sie zu moralistischen Kreuzzügen gebrauchen, um Kunstwerke anzugreifen oder um Künstler aufgrund von Verfehlungen gegen die jeweils aktuelle politische Agenda zu denunzieren. »Identitätspolitik«, wie sie in die amerikanischen Universitäten der siebziger Jahre einströmte, betrachtete Kunst durch buchstabengläubige und utilitaristische Raster. Sie erstarrte rasch zum Dogma, weil sie im Zuge der Einrichtung neuer Fakultäten und Lehrgänge (Frauenforschung, Indigenenforschung, afroamerikanische Studien), überstürzt institutionalisiert wurde. Kunst wurde der Propaganda untergeordnet, weil man die gegenwärtige Gesellschaft entlang utopischer Zielvorstellungen ausrichten wollte.

Diese Entwicklung hat Leslie Fiedler keinesfalls gewollt. Er war ein radikaler Intellektueller und ein wahrer Linker, ein Populist, der die populäre Kultur pries, weil er ihre Stimme und ihre Methoden verstand – im Gegensatz zu den versnobten Elitaristen der Frankfurter Schule, die nicht das geringste Gespür für Populärkultur haben. Wie Andy Warhol (ein weiterer meiner Helden), löste Fiedler die Trennlinie zwischen »hoher« und »niederer« Kunst auf. Er war außerdem einer der bedeutendsten Köpfe der »archetypischen Literaturkritik«, jener großen Disziplin, die von dem distinguierteren Northrop Frye (1912–1991) geprägt wurde, einem Professor an der Universität von Toronto, der als berühmtester Literaturkritiker der Welt galt, als ich ins College und auf die Hochschule ging.

Sezession: »Archetypische Literaturkritik« analysiert literarische Texte anhand von mythischen, im Sinne von C. G. Jung »archetypischen« Mustern, Symbolen, Figuren oder Narrativen. Der Begriff ist im deutschen Sprachraum allerdings wenig geläufig, und es handelt sich um eine Schule, die aus der Mode geraten ist …

Paglia: Die fast vollständige Elimination der archetypischen Methode unter dem Einfluß von Poststrukturalismus und Postmodernismus in den siebziger Jahren war eine Katastrophe, die die amerikanischen Geisteswissenschaften zerstört hat. Ein Grund, warum ich schon so lange vom akademischen Establishment Nordamerikas und Großbritanniens geächtet werde, liegt darin, daß ich mich ebenfalls zur archetypisch-mythischen Schule zähle, und einen synoptischen Ansatz der Kulturkritik vertrete, der – wie Fiedler – Freud und Jung kombiniert. Erstaunlicherweise hat nun ein weiterer Vertreter der archetypischen Schule die internationale Bühne betreten, ein Psychologe, der wie ich Freud, Jung und die vergleichende Religionswissenschaft miteinander verknüpft hat: Jordan Peterson von der Universität Toronto, der zum Ratgeber für zahllose junge Männer geworden ist, die nach ihrer Identität suchen, in einer Zeit, in der Männlichkeit permanent attackiert- wird, durch politisch korrekte Eiferer in Universitäten, Medien und durch eine tyrannische staatliche Bürokratie.

Sezession: Was wäre Ihre Antwort auf die Ideologisierung der Geisteswissenschaften durch die »Identitätspolitik«, wie sie in den USA verstanden wird, also als Stärkung von Minderheiten? Haben Sie ein Bildungsideal, das sie dieser entgegensetzen wollen?

Paglia: Die Pest der Identitätspolitik und der politischen Korrektheit hat den Verstand und die ästhetische Empfänglichkeit einer ganzen Generation von jungen Menschen lahmgelegt. Gewiß ist es wichtig, daß man sich selbst unter dem Gesichtspunkt der Stammeszugehörigkeit definiert (was ich als Italo-Amerikanerin und sexuelle Dissidentin stets getan habe). Aber das ist nur ein erster Schritt auf dem Pfad der Erkenntnis. Die wahre Kunst spricht zur gesamten Menschheit. Die großen Künstler der Geschichte verfügen über die Macht, sowohl Zeit als auch Raum überschreiten zu können, wie wir etwa in den erstklassigen Shakespeare-Adaptionen von Akira Kurosawa sehen können. Der zynische Postmodernismus jedoch verneint die Existenz jeglicher menschlicher »Universalien«. Aber es gibt in der Tat etwas, das wir früher die »Conditio humana«, die »Bedingungen des Menschseins« nannten: Menschen sind universell der Zeit, der Sterblichkeit, dem Verlust unterworfen. Basierend auf marxistischen Prämissen, ist der Postmodernismus außerstande, im Kosmos etwas anderes als »Gesellschaft« zu erblicken – eine äußerst eingeschrumpfte Weltsicht, die blind ist für die majestätische Weite der Natur.

Mein eigenes Werk überschreitet disziplinäre und chronologische Grenzen, es entwirft eine Art Panoramablick über die Kultur, von der Steinzeitplastik bis zur Rockmusik. »Identität« ist nur ein Thema unter vielen, und es wird in die größtmögliche Perspektive eingebettet. Gerade die deutschen Philologen des späten 19. Jahrhunderts haben mich inspiriert, die nicht nur enorm belesen waren, sondern als echte Universalgelehrte wirkten. Der 1905 in Berlin geborene Jungianer Erich Neumann, der sowohl Peterson als auch mich stark beeinflußt hat, war ein Schüler dieser Bewegung, ebenso Sigmund Freud, der in seiner Praxis eine Sammlung archäologischer Artefakte zur Schau stellte. Teile dieser Tradi-

»Jede Generation muß sich ihre eigene Wirklichkeit schaffen und zu ihrer eigenen Identität finden. Wenn die jungen Frauen von heute passive Mündel des Staats sein wollen, dann ist das ihre eigene Entscheidung, durch die sie sich selbst als Idioten abstempeln. Man kann ängstlichen Kleingeistern keine dynamische, expansive, metaphysische Sicht auf das Leben aufzwingen, wenn sie stattdessen die Miniatur bevorzugen, so wie Porzellannippes in Frosch- oder Spatzenform. Ich kann wie immer nur dazu raten, viel zu lesen und selbst zu denken. Wir brauchen mehr Widerspruch und weniger Dogmatismus.«

Camille Paglia: *Frauen bleiben, Männer werden,* 2018.

tion wurden später durch Verbindungen zum Nationalsozialismus überschattet, aber das hatte nichts mit ihrer ursprünglichen anspruchsvollen Spannweite oder Mission zu tun.

Eine meiner frühesten Erinnerungen ist die kühle Schönheit der Praxis eines deutsch-jüdischen Arztes in der kleinen Fabrikstaat Endicott, New York, in der ich geboren wurde. Er und seine Frau waren (vermutlich in den frühen dreißiger Jahren) aus Berlin geflohen und hatten die verfeinerte Kultur der deutschen Philologie mitgebracht. Ich sehe immer noch sehr deutlich die elegante chinesische Vase vor mir, die im Wartezimmer auf einem Sockel stand. In seinem Büro hatte er auf einem weiteren Sockel den herrlichen Kopf des Hermes von Praxiteles ausgestellt, ausgeführt in schwarzem Marmor. Er war in der Nähe des Schreibtisches plaziert, wo der Doktor in seinem frischen, weißen Kittel saß, neben einer Vitrine voll mit schimmernden medizinischen Instrumenten. Eine buchstäbliche Vergegenständlichung des humanistischen Bildungsideals: diese Verflechtung von Kunst und Wissenschaft! Was für ein erregendes Idealbild des Lernens! Das ist allerdings weit von dem entfernt, was heute aus den amerikanischen Universitäten geworden ist, nach vierzig Jahren greller Stereotypen und ideologischer Klischees. Das Prinzip der Gelehrsamkeit ist unter Geisteswissenschaftlern völlig verschwunden. Übriggeblieben ist eine enggefaßte »Identität« und ihre repressiven postmodernen Wachhunde. Die Bildungseinrichtungen sind zu müllübersäten Wüsten verkommen, die nichts Substantielles anzubieten haben, um den Intellekt der Jugend zu fördern oder ihren Geist zu nähren.

Sezession: Kommen wir zu direkt politischen Fragen. Die USA scheinen heute mehr denn je gespalten zu sein, nicht zuletzt entlang von »Identitäts«-Linien, seien sie sexueller, rassischer, klassenbezogener oder religiöser Natur. Viele Beobachter sind der Meinung, daß dies einer der Gründe ist, warum Donald Trump überraschenderweise die Präsidentschaftswahl gewonnen hat. Wie sehen Sie die Lage?

»Nach Trumps Wahlsieg (für den es in den vorangegangenen Monaten reichlich Hinweise gegeben hatte) hätte sowohl die demokratische Partei als auch die Großstadtmedien sich einer schonungslos ehrlichen Selbstanalyse unterziehen müssen. Denn das Wahlergebnis demonstrierte doch nur, daß es Trump gelungen war, sich den echten Sorgen der Leute (die Arbeitssituation, Einwanderung und der Terrorismus, der dadurch unser Land bedroht) zu widmen. Für all dies hatten die Demokraten so gut wie keine konkreten Lösungen zu bieten.«

Camille Paglia, weeklystandard.com, 16. Juni 2017.

Paglia: Barack Obama, der Hillary Clinton in Präsidentschaftsvorwahlen der Demokraten geschlagen hatte, wurde 2008 von einer Nation gewählt, die auf eine Versöhnung der Rassen aus war, wie sie Obama in den Reden seiner Kampagne propagierte. Klar habe ich seinen Versprechungen geglaubt und mit Begeisterung für ihn gestimmt.

Obamas Regierungspolitik sah dann allerdings anders aus. Er, seine Frau und seine Regierungsbeauftragten bedienten sich einer bitteren Rhetorik des rassischen Ressentiments, die aktiv die nationale Zwietracht schürte. Aufgrund dieses destruktiven Musters wie auch wegen Obamas skrupellosem Einsatz von Drohnen, habe ich ihm 2012 die Stimme verweigert und stattdessen Jill Stein von den Grünen gewählt. (Angewidert von der Korruption des Democratic National Committee, hatte ich seit Jahren für die kleine Green Party gespendet). Obama war außerdem ein abgehobener Emporkömmling, der die Gesellschaft von Hollywood-Berühmtheiten suchte, und trotz zweier Amtszeiten nichts unternahm, um die Lebensbedingungen der verarmten großstädtischen Afroamerikaner zu verbessern. Ein gutes Beispiel für den Stil der beiden Obamas war die Riesenparty, die sie an ihrem letzten Wochenende im Weißen Haus für Prominente der Unterhaltungsindustrie schmissen, während die Stimmung im Land sehr ernst und aufgewühlt war.

Was Ihre Frage angeht: In der Tat, einer der vielen Gründe, warum Hillary Clinton die Wahl des Jahres 2016 an Donald Trump verloren hat, ist der Riß durch das Landes, den die Obama-Regierung noch vertieft hat, indem sie alte Spannungen und Animositäten wiederbelebte und den Universitäten und staatlichen Regierungsstellen eine rigide politische Korrektheit aufzwang.

Sezession: Welchen weiteren Gründe würden Sie nennen?

Paglia: Hillary war schlicht und einfach die falsche Kandidatin – zu alt und zu temperamentlos, mit einer allzu skandalreichen Vorgeschichte beladen, und welche politischen Leistungen konnte sie vorweisen? Ihre vielen Jahren als Senatorin und Außenministerin haben nicht die geringsten konkreten Ergebnisse hinterlassen – von der Destabilisierung Nord-

afrikas mal abgesehen. Ohne die aktive, klandestine Manipulation des Democratic National Committee, das seit Jahren unter der Kontrolle der Clintons stand, wäre sie niemals zur Kandidatur nominiert worden. Daß Bernie Sanders (den ich gewählt habe) aus dem Nichts auftauchte und beinahe die Vorwahlen gewonnen hätte, beweist, wie wenig begeistert die meisten Demokraten von Hillary waren. In der Tat gibt es Indizien, daß die Clinton-Funktionäre skrupellos in die Wahlergebnisse in Nevada und Iowa eingegriffen haben – ansonsten hätte Sanders die Nominierung gewonnen.

»Obwohl ich ihn zweimal gewählt hatte, war ich abgestoßen von Präsident Clintons Ausnutzung der jungen Monica Lewinsky, eine verstohlene Reihe schmutziger Begegnungen in steuerfinanzierten Büroräumen, bei denen es ein eklatantes Mißverhältnis der Macht gab.«

Camille Paglia: *Frauen bleiben. Männer werden*, 2018.

Sezession: Es lag also Ihrer Meinung nach mehr an Clintons Mängeln als an Trumps Anziehungskraft?

Paglia: Daß Trump die republikanischen Vorauswahlen gewonnen hat, war vor allem der Schwäche der anderen republikanischen Kandidaten geschuldet. In einer vom Terrorismus destabilisierten Welt suchten die Wähler nach Stärke und Führungsqualitäten, und sie wollten endlich Taten sehen, was lange vernachlässigte Probleme wie Fabrikensterben, illegale Einwanderung und die bürokratische Zudringlichkeit eines überdehnten Regierungsapparats betraf. Ein ganzes Rudel Republikaner trat zum Wettkampf an, aber sie hinterließen auf ihren Touren und Fernsehdebatten keinen bleibenden Eindruck. Trumps Mangel an politischer Erfahrung, seine polarisierende Persönlichkeit und seine kontroverse Vorgeschichte in der zwielichtigen Welt der Spielcasinos und Schönheitswettbewerbe waren der Grund, warum die Wahlergebnisse so knapp ausfielen. Ein konventioneller, verbindlicher, nüchterner Republikaner hätte Hillary mit großem Abstand geschlagen.

Sezession: Trotz aller scharfen Kritik halten Sie der Demokratischen Partei die Treue. Worin sehen Sie deren Hauptfehler, und welche Kurskorrekturen schlagen Sie vor?

Paglia: Die Demokratische Partei hätte sofort nach dem Wahlsieg Trumps eine rigorose Selbstprüfung und einen Reformprozeß in Gang setzen sollen, um sich auf die nächste Präsidentschaftswahl vorzubereiten, mit einem hoffentlich stärkeren demokratischen Kandidaten, der imstande ist, das Weiße Haus zurückzuerobern. Aber nein, die führenden demokratischen Politiker im Verein mit den schamlos parteiischen, in New York, Washington und Los Angeles ansässigen Mainstreammedien benahmen wie trotzige, wütende Kinder. Es gab keinerlei patriotische Versöhnungsgesten, wie sie normalerweise üblich sind, wenn ein neuer Präsident gewählt und ins Amt eingeführt wird. Die Demokraten setzen ihre Nonstop-Attacken und ihre Verächtlichmachung Trumps fort. Sie beleidigten und verprellten damit alle Amerikaner, die für ihn gestimmt hatten. Dies erschien mir von Anfang an als eine törichte, kontraproduktive Strategie, die langfristig zu einer weiteren Niederlage der Demokraten führen könnte. Deshalb prophezeie ich seit letztem Jahr immer wieder, daß Trump auch die Wiederwahlen gewinnen wird, womöglich mit einem noch größeren Stimmenanteil. Dank des Würgegriffs der Clintons sind die Demokraten daran gescheitert, sowohl starke Kandidaten als auch überzeugende neue Ideen hervorzubringen.



Camille Paglia: Frauen bleiben, Männer werden. Sex – Gender – Feminismus, *Schnellroda 2018*

Ich selbst hoffe, 2020 für die Demokraten stimmen zu können, denn mir liegt die Reform meiner Partei am Herzen. Ich wünsche mir, daß die Demokraten zum genuin populistischen Stil eines Hubert Humphrey (1911–1978) zurückkehren, dem genialen Senator von Minnesota, der 1968 aufgrund von Anti-Kriegs-Protesten und Rassenunruhen nur knapp gegen Richard Nixon verloren hat. Die Suprastruktur der demokratischen Partei verschmolz im Laufe der Clinton-Ära (die mit der überraschenden Wahl des relativ unbekannten Bill Clinton im Jahr 1992 begann) allzusehr mit der Wall Street und den großen Unternehmen mit ihren globalen Interessen. Die Sanders-Bewegung, die ich unterstützt habe, war eine Rebellion gegen den Clintonismus. Es ist jedoch schwer vorauszusagen, wer als nächster demokratischer Kandidat in Frage käme. Sollte es sich bei ihm oder ihr um eine weitere Figur aus dem Establishment handeln (oder um einen Fake-Populisten wie die intrigante Ex-Harvard-Professorin Elizabeth Warren), dann werde ich meine Stimme erneut Jill Stein geben. ■



Frühjahrsoffensive 1918

von Stefan Scheil

Es ist auf den ersten Blick einfach und auf den zweiten alles andere als leicht, einen Beitrag über die große deutsche Offensive des Jahres 1918 zu verfassen. Zum einen herrscht an vorausgegangenen Äußerungen zum Thema keinerlei Mangel, was jedoch auch auf viele andere Bereiche der jüngeren Geschichte zutrifft. Zum anderen aber haben sich in den hundert Jahren seitdem die Verlockungen und Todsünden von Geschichtsschreibung reichlich dort versammelt: Besserwisserei, Spekulation, innen- und außenpolitische Propagandaelemente, Anachronismus. Versuchen wir trotzdem einen kurzen Überblick über den Fall und die unvermeidlich damit zusammenhängende Frage, ob der Entschluß zum deutschen Angriff einer jener recht seltenen Augenblicke gewesen ist, in denen eine Einzelentscheidung unmittelbare Konsequenzen für die Weltgeschichte nach sich gezogen hat.

»Die Deutschen scheinen von ihren Erfolgen in Rußland berauscht zu sein. Man kann unmöglich vorhersagen, was sie nicht alles versuchen werden. Auf alle Fälle müssen wir bereit sein, auf einer etwa 50 Meilen breiten Front eine sehr starke Offensive abzuweisen.« – Diese Worte sollen am 14. Februar 1918 gefallen sein, als sich die politische und militärische Führung der alliierten Streitkräfte in Frankreich über die Aussichten für das kommende Frühjahr austauschte. Sie werden dem britischen Oberbefehlshaber Haig zugeschrieben, und sie bekundeten eine Mutmaßung über die Zustände in Deutschland. Von außen betrachtet schien es gute Gründe für diese Einschätzung zu geben. Das Deutsche Reich stand auf dem machtpolitischen Höhepunkt seiner Geschichte.

Im Inneren Deutschlands war dagegen zwar manches Phänomen zu beobachten, Erfolgsrausch ließ sich jedoch eher nicht erkennen. Trotz der im Vorjahr 1917 erzielten größten militärischen und politischen Erfolge, wurde die Lage allgemein weiterhin als schwer und wenig aussichtsreich empfunden. Hunger in der gesamten Bevölkerung trübte die Stimmung. Erste Massenstreiks gaben einen Vorgeschmack auf die Revolution. Neue Debatten darüber, ob die »Ideen von 1914« durch »Ideen von 1917« weiterentwickelt werden sollten, verstärkten die Unsicherheit darüber, was denn nun die positiven Ziele des Krieges letztlich sein sollten. Selbst in den engen Kreisen der deutschen Führung gab es keine Einigkeit über die wünschenswerte territorial-politische Ausnutzung der russischen Verhältnisse und den weiteren Fortgang der militärischen Operationen.

Die im Januar 1918 folgenden Streiks in der Munitionsindustrie waren der Ausdruck dieser Situation: Mehr als eine Million Mann waren nach dem Sieg über Rußland aus dem Heer zurück in die Fabriken und zu sonstigen Arbeiten geschickt worden. Vorläufig wurden sie an der Front nicht benötigt. So sollten sie jetzt an ihre Arbeitsplätze zurückkehren und das Jahr 1918 bestens vorbereiten. Für die Oberste Heeres-

leitung, für Ludendorff und Hindenburg, war das ein vorwiegend pragmatischer Vorgang.

Andere hielten ihn für sehr erklärungsbedürftig. Deutschland war 1914 zwar zum Opfer eines lange vorbereiteten russisch-französischen Angriffskriegs geworden, und militärisch war die Fortsetzung im Westen nachvollziehbar, doch hatte die Berliner Führung der Weltöffentlichkeit nicht überzeugend erklären können, warum deutsche Truppen zur Abwehr dieses Angriffs ausgerechnet durch das neutrale Belgien marschieren mußten. Politisch gesehen wurde das Reich letztlich zum Opfer der Planungen seines Militärs und stand vornehmlich als Aggressor dar. Nun konnte jedenfalls der russische Teil des Angriffs von 1914 seit der Oktoberrevolution von 1917 als endgültig abgewehrt gelten. Im Osten sicherten deutsche Truppen inzwischen einen Bereich weit nach Rußland hinein, bis in den Kaukasus. Dieser Umstand legte nun den Gedanken nahe, sich unter diesen Bedingungen an die Zusagen von 1914 zu erinnern und im Rahmen eines Friedensangebotes die vollständige Räumung Belgiens mit einzubeziehen, wie sie einst versprochen worden war. Das würde die Argumente von 1914 bestätigen, nach außen wie nach innen, vor allem aber nach innen.

Jedoch: Die Öffentlichkeit in den Staaten der Kriegsgegner war mit politischen Schritten und Angeboten kaum zu beeindrucken, wurde sie doch seit den ersten Kriegstagen hemmungslos über die angebliche deutsche Kriegsschuld, deutsche Verbrechen und Ruchlosigkeit belogen. Gegenpropaganda des Reichs hatte in Rußland Wirkung gezeigt und die dort sowieso schon vorhandene Unruhe angefeuert, im Westen tat sie es nicht. Und dann war da ja noch die deutsche Öffentlichkeit, für die der Krieg als nationaler Verteidigungskrieg gerechtfertigt war, jedoch nicht als deutscher Eroberungsfeldzug. Alle diese Fragen brachen im Vorfeld der Frühjahrsoffensive 1918 wieder auf; sie waren untrennbarer Teil des Kriegsszenarios.

Erich Ludendorff, im Deutschland dieser Tage letztlich der entscheidende Mann, stellte sich diesen Fragen. Er gab in seinen eigenen Erinnerungen im wesentlichen drei Gründe für die Entscheidung zur Westoffensive an: Zum einen war die Feuerkraft der Gegner derart überwältigend und überlegen, daß die Verluste unter den deutschen Truppen im Verteidigungsfall wohl höher ausgefallen wären als bei einem eigenen Angriff. Es konnte deshalb unter diesem Aspekt besser sein, bei Einsatz neu entwickelter Angriffstaktiken selbst die Initiative zu ergreifen, als zu einer allgemeinen Verteidigungsstrategie überzugehen. Zum anderen hatte die Passivität des Verteidigungskriegs die Moral der Truppe bereits schwer belastet. Das Heer war schon durchzogen von Drückebergern, die sich vor Gefechten in Luft auflösten. Truppen, die man wegen angeblich hoher Verluste aus der Front herausgezogen hatte, füllten sich in der Etappe wie von selbst in kürzester Zeit wieder auf, weil die »Verschollenen« wieder auftauchten. Im Angriff und dem folgenden Bewegungskrieg würde sich die Moral wieder heben lassen, aber nicht dauerhaft. Es mußte also drittens ein entscheidender Schlag geführt werden, der den Krieg beenden würde. Ein solcher Schlag konnte nur in einer erfolgreichen Westoffensive bestehen. Andere vorgeschlagene Offensivziele in Italien oder Mazedonien mochten zwar mit weniger Einsatz deutliche Erfolge bringen, aber niemals kriegsentscheidende Wirkung haben.

»Alles war darauf angelegt, daß wir günstig abschnitten, auch wenn ich naturgemäß mit einer Schwächung des eigenen Heeres rechnete. Sie mußte nur geringer sein als die des Feindes. Wir sicherten uns durch weiteren Angriff zugleich die Vorhand. Mehr konnte ich nicht erstreben. Ich meldete dem Kaiser, daß das Heer versammelt und wohlvorbereitet ›an die größte Aufgabe seiner Geschichte‹ gehe.«

Erich Ludendorff.

Naturgemäß ist nach 1918 viel über diese Argumentation gestritten worden. Schließlich hatte die Offensive die deutsche Niederlage offenkundig nicht verhindert. Hätte sie also militärisch anders geführt, politisch besser begleitet werden müssen oder vielleicht gar nicht gestartet werden dürfen? Ludendorffs etwas dünne und sachlich nicht ganz adäquate Argumentation zeugt von den Nöten bei deren Beantwortung. Noch am plausibelsten war Punkt Eins. Was die Verlustunterschiede zwischen Angriff und Abwehr anging, so hatten die großen Schlachten des Jahres 1917 den angreifenden Heeren des Westens zwar stets höhere Verluste beschert als den deutschen Verteidigern. Insgesamt lagen die Zahlen jedoch so nah beieinander, daß die Beschränkung auf Verteidigung kein Allheilmittel darstellte.

Fehlende Moral wegen einer vorausgegangenen kämpferischen Passivitätsphase zu behaupten, mutete nicht nur angesichts der gerade vergangenen zwölf Monate merkwürdig an: In ihnen waren die größten mi-

litärischen Erfolge der deutschen Geschichte erzielt worden. Es sprangen, davon unabhängig, auch gegenteilige Beispiele aus der deutschen Geschichte geradezu ins Auge. Sollte dem kaiserlichen Heer bei seiner aktuellen Herrschaft über halb Europa eine hinhaltende, ausweichende und mit lokalen Gegenangriffen garnierte friderizianische Strategie unmöglich sein, wie sie im Siebenjährigen Krieg von Sachsen und Brandenburg aus funktioniert hatte?

Schließlich blieb es fragwürdig, ob in Frankreich wirklich eine Entscheidung herbeigeführt werden konnte. Selbst eine erfolgreiche deutsche Offensive konnte vielleicht das britische Expeditionskorps ins Meer werfen oder bis auf Paris vorrücken. Mit stärkeren militärischen Erfolgen und Gebietsgewinnen rechnete niemand. Ob daraus politische Konsequenzen wie ein Friedensschluß folgen konnten, blieb Spekulation. Das beste Beispiel aus der damals noch neueren Geschichte sprach eher dagegen. 1870/71 hatten vernichtende Niederlagen des französischen Heeres bei Sedan und die Belagerung von Paris die Französische Republik keineswegs zum Frieden gezwungen. Man führte damals weiterhin monatelang Krieg und setzte darauf, die britische Regierung für das französische Schicksal zu interessieren. 1871 gelang das nicht, so daß man sich gegenüber Deutschland letztlich doch für besiegt erklären mußte. Aber 1918 stand Großbritannien nicht nur interessiert, sondern als Kriegspartner seit Jahren mit in der Schlacht. Dazu hatten sich nun 1917 noch die Vereinigten Staaten als weiterer Partner im Krieg eingefunden. Kein deutscher Sieg konnte diese Konstellation im Frühjahr 1918 aufbrechen.

»Wir müssen des Königs Weisheit bewundern, der, bei seinen beschränkten Kräften ein großes Ziel verfolgend, nichts unternahm, was diesen Kräften nicht entsprochen hätte und gerade genug, um seinen Zweck zu erreichen.«

Carl v. Clausewitz über Friedrich den Großen.

Ludendorff scheint dies mitbedacht zu haben, manche Entscheidungen sind sonst nicht verständlich. Wenn das kaiserliche Heer nun mit der Aussicht auf den entscheidenden Schlag angriff, dann mußte wirklich alles auf diese eine Karte gesetzt werden, so die logische Überlegung. Das aber tat Ludendorff gleich in zweierlei Hinsicht nicht. Zum einen blieben in Rußland und auf dem Balkan immer noch beachtliche Truppenkontingente zurück. Zum anderen gab Ludendorff bald nach Beginn der Offensive den ursprünglichen Plan auf, das britische Heer im Norden an die Küste zu drängen und in die Flucht zu schlagen. Er zielte statt dessen auf Geländegewinn in Richtung Paris und begnügte sich damit, die französischen und britischen Truppen nur noch voneinander zu trennen. An einem bestimmten Punkt fehlte für den weiteren Vormarsch dann die Kraft.

Zu den politischen Alternativen gegenüber einer militärischen Offensive äußerte sich Ludendorff in seinen Erinnerungen nur äußerst knapp. Es hätten sich ohne sein Zutun sowohl Oberst v. Haeften, der Reichstagsabgeordnete Konrad Haußmann und der Bankier Max Warburg im Jahr 1918 im Ausland nach möglichen Friedensbedingungen erkundigt. Was sie zu berichten hatten, sei nur für einen endgültig geschlagenen Staat annehmbar gewesen. Immerhin sei er einer Verhandlungslösung nicht grundsätzlich abgeneigt und nicht auf eine militärische Lösung versessen gewesen. Jedoch sei er zu keinem Zeitpunkt von der Regierung über diese Vorgänge unterrichtet worden und wisse auch nicht, ob sie die Vorschläge überhaupt gekannt habe. Nur Oberst v. Haeften habe ihm mündlich berichtet.

Über die Details der im Ausland ermittelten Bedingungen schwieg sich Ludendorff in seinen Memoiren aus. Das mochte vielleicht daran gelegen haben, daß sie sich ein Jahr später und unter dem Eindruck des Versailler Diktatfriedens weitaus annehmbarer anhörten. Aber das sind Fragen, die in die kontrafaktische Geschichtsschreibung führen. Was am Ende aber sicher bleibt, ist die Erkenntnis, daß die Jahre 1917 und 1918 eine entscheidende Phase der deutschen Geschichte bilden. Ob es neben der kulturellen und wirtschaftlichen Kraftentfaltung auch eine politische Machtstellung auf Augenhöhe mit den anderen Großstaaten der Welt als Friedenslösung hätte geben können, wurde im wesentlichen damals entschieden. Nie waren die Voraussetzungen günstiger, die deutsche Lage ins Positive zu drehen.

Ob die Entscheidung für die Offensive unter diesen Bedingungen nun eine einzelne Fehlentscheidung gewesen ist, die Weltgeschichte geschrieben hat, oder ob der Erfolg der Westmächte über Deutschland alles in allem letztlich unvermeidlich war, gleichgültig, ob man 1918 nun angriff oder zur Verteidigung überging, wird Spekulation bleiben müssen. ■

Literaturhinweise:

Paul Kennedy: *Aufstieg und Fall der großen Mächte. Ökonomischer Wandel und militärischer Konflikt von 1500 bis 2000*, Frankfurt a.M. 2005;

Erich Ludendorff: *Meine Kriegserinnerungen*, Berlin 1919;

Martin Müller: *Vernichtungsgedanke und Koalitionskriegführung: Das Deutsche Reich und Österreich-Ungarn in der Offensive 1917/1918. Eine Clausewitz-Studie*, Graz 2005;

Oberst a.D. Schwertfeger/ General a.D. v. Kuhl/Prof. Hans Delbrück: *Ursachen des Zusammenbruchs. Gutachten zu Entstehung, Durchführung und Zusammenbruch der Offensive 1918*, Berlin 1923.

Deutsch-Österreich? 1918 – 1938 – 2018

von Konrad Markwart Weiß

1918 beschließt die Provisorische Nationalversammlung im *Gesetz über die Staats- und Regierungsform von Deutschösterreich*, dieses sei »Bestandteil der deutschen Republik«. 2018 fördert der *Österreichische Rundfunk* im Zuge einer allgemeinen Medienkampagne gegen Burschenschaften Ungeheuerliches zu Tage: »Der Obmann posiert vor einer Deutschlandflagge«. Dazwischen liegen 100 Jahre, darunter das dreckige Dutzend, an dem die Nation bis heute krankt, sowie die Kreierung einer spezifisch österreichischen Erzählung – als Spätfolge der sieben Jahre Zugehörigkeit zum Dritten Reich nach dem Anschluß am 12. März 1938 vor genau 80 Jahren, der Wasserscheide der Geschichte Österreichs und seines nationalen Bekenntnisses.

Die auf Karl den Großen zurückgehende bairische Besiedlung der *Marcha orientalis* ist ebenso unbestritten, wie daß die Österreicher mit Ausnahme der Minderheiten und jener, die später »neu dazugekommen sind«, der deutschen Ethnie angehören. Diese Zugehörigkeit besteht unabhängig von gegenläufigen Zugehörigkeits*empfindungen* insbesondere nach der Katastrophe von 1945; jene innerdeutsche von 1866 hingegen führte zu keiner Neubewertung, im Gegenteil: Gerade den zentralen Identifikationsfiguren eines erst viel später als Negation des deutschen lancierten österreichischen Nationalbewußtseins, war ein solches fremd. Der von Friedrich Nietzsche bis Karl Kraus verehrte Adalbert Stifter, den das Entsetzen über den »Wahnsinnsfrevelkrieg zwischen Deutschen« körperlich erkranken ließ, äußerte: »Könnte ich dem deutschen Vaterland volles Glück geben, ich würde freudig dafür mein Leben opfern«. Der »Dichter Österreichs«, Franz Grillparzer, obwohl über 40 Jahre im österreichischen Staatsdienst, schrieb an Kaiserin Augusta von Sachsen-Weimar: »Tochter Weimars! Dort ist trotz Main- und Rheinlinie das wahre Vaterland jedes gebildeten Deutschen und als solchen mich erachtend unterzeichne ich mich als (…) gewissermaßen Ihr Untertan ehrfurchtsvoll Franz Grillparzer«. Die als Jubiläums-Stadttheater errichtete heutige Wiener Volksoper, zeigt eine Widmungsinschrift als »Pflegestätte deutscher Kunst« und auf der Bühne regelmäßig Werke Mozarts, im Fürsterzbistum Salzburg geboren, dessen Erzbischof bis heute den Titel *Primas Germaniae* führt.

Als klassisches Beispiel der Verwechslung von Staatsbürgerschaft und Nationalität wird der Komponist heute sowohl von Österreich, als auch der BRD beansprucht, was im Zuge einer ZDF-»Bestenliste« für erhebliche Verstimmung im Nachbarland sorgte; hier wiederum zierte, als Tiefpunkt dieser betrüblichen Parenthese, vor einigen Jahren Schlagersternchen Conchita Wurst, die als Frau gewandete, aber vollbärtige Kunstfigur eines homosexuellen Transvestiten, die Spitze einer Reihung der bedeutendsten Österreicher. Während um einen weiteren Bartträger eher ein negativer Kompetenzkonflikt herrscht, dient Kaiser Franz Jo-

»[Es] müßte die Armee von Journalisten, Romansöldnern, Freibeutern der Gesinnung und des Worts vor das Grab Adalbert Stifters ziehen, das stumme Andenken dieses Heiligen für ihr lautes Dasein um Verzeihung bitten und hierauf einen solidarischen leiblichen Selbstmord auf dem angezündeten Stoß ihrer schmutzigen Papiere und Federstiele unternehmen.«

Karl Kraus: *Die Fackel,* April 1916.

»Will mich Teutschland, mein geliebtes Vaterland, worauf ich (wie Sie wissen) stolz bin, nicht aufnehmen, so muß in Gottes Namen Frankreich oder England wieder um einen geschickten Teutschen mehr reich werden – und das zur Schande der teutschen Nation.«

Mozart, 1782, in einem Brief.

seph paradoxerweise auch 100 Jahre nach Gründung der Republik als Kristallisationspunkt von deren heutigem österreichischen Nationalbewußtsein; dabei hatte dieser an seiner deutschen Nationalität nie einen Zweifel gelassen. Den Tag der Huldigung durch die Fürsten des wilhelminischen Kaiserreichs aus Anlaß seines sechzigjährigen Thronjubiläums hatte Franz Joseph als »den vermutlich schönsten« seines langen Lebens bezeichnet; ebenfalls 1908 entgegnete er dem englischen König Edward VII., als dieser ihn von einem Bündnis mit dem Deutschen Reich abzubringen versuchte: »Sir, ich bin ein deutscher Fürst.«

Die Fassade des Wiener Konzerthauses schließlich ziert die Inschrift »Ehrt eure deutschen Meister – Dann bannt ihr gute Geister« aus Wagners *Meistersingern*, wo Hans Sachs fortsetzt: »Und gebt ihr ihrem Wirken Gunst, / zerging in Dunst / das Heilge Römsche Reich, / uns bliebe gleich / die heilge deutsche Kunst!« Bald nach Eröffnung des Konzerthauses 1913, zergingen denn auch im Weltkrieg beide Nachfolgereiche des römisch-deutschen; sämtliche Truppenteile der »Gemeinsamen Armee« – neben dem Kaiser zweite Klammer der Doppelmonarchie –, die nicht aus den Ländern der ungarischen Krone stammten, wurden als »deutsche Regimenter« bezeichnet.

Während also schon bisher das Bekenntnis zum deutschen Volkstum selbstverständlich und allgemein gewesen war, wurde dies 1918 auch der Wunsch nach dem Anschluß. Als Grundlage sollte das »Selbstbestimmungsrecht der Völker« des US-amerikanischen Präsidenten Wilson dienen. Darauf berief sich auch die Provisorische Nationalversammlung der deutschen Abgeordneten des alten Reichsrats, die Wilson alsbald mitteilten, daß sich nun »auch die deutsche Nation in Österreich als ein selbständiger Nationalstaat« konstituiere und »(...) alle jene Gebiete des bisherigen Österreich« beanspruche, »in denen Deutsche die Mehrheit (...)« bildeten – mit dem Staatsziel eines baldigen Anschlusses. Besonderen Eifer zeigte diesbezüglich die Sozialdemokratie und deren bis heute säulenheilige Gründerväter und Führer Victor Adler und Engelbert Pernerstorfer – beide Burschenschafter – sowie Staatskanzler Karl Renner und Otto Bauer, der parlamentarische Anschlußgegner als »Hoch- und Landesverräter« bezeichnete. Daß die reichsdeutschen politischen Verhältnisse geeignet schienen, den eigenen sozialrevolutionären Weizen zum Blühen zu bringen, wird dabei nicht als Nachteil betrachtet worden sein. Nach regem, einmütigem Austausch zwischen beiden Parlamenten, fixierten die Außenminister Bauer und Brockdorff-Rantzau ein Protokoll über den künftigen Anschluß-Staatsvertrag, das unter anderem Wien als zweite Hauptstadt vorsah. Das von der Konstituierenden Nationalversammlung verabschiedete und vom jüdischen Rechtspositivisten Hans Kelsen ausgearbeitete, bis heute gültige *Bundes-Verfassungsgesetz,* stand entscheidend unter dem Vorbehalt des Anschlusses und seiner reibungslosen Durchführbarkeit. Dazu sollte es aufgrund der Anschlußverbote in den Diktaten von Versailles und St. Germain vorläufig nicht kommen – »eine klarere Verleugnung des angeblichen Selbstbestimmungsrechts ist kaum zu denken«, so der damalige US-Außenminister Lansing. Selbst Prälat Hauser, Vorsitzender der traditionell am wenigsten national gesinnten Christlich-Sozialen, formulierte darauf: »Uns wird die Zuflucht zu unserer Mutternation, zur Mutter Germania verweigert.« Nun wurde auch der Name Deutschösterreichs – alternative Vorschläge hatten vor seiner Einführung Deutsches Bergreich, Donau-Germanien oder Hochdeutschland gelautet – zugunsten des in den Pariser Vorortverträgen verwendeten Republik Österreich fallengelassen; die Sozialdemokratische Arbeiter-Partei Deutschösterreichs hingegen behielt diesen Namen bis 1933 bei.

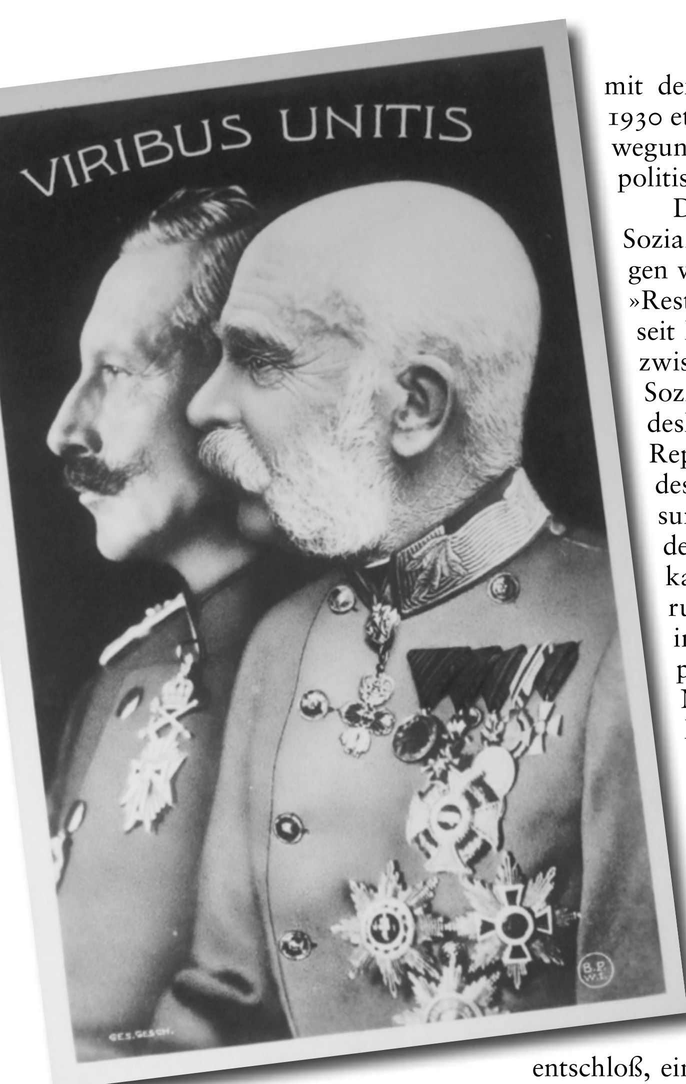
Das Verdikt der Siegermächte zwang die betroffenen Regierungen auf die diskretere Ebene der Rechts- und Wirtschaftsangleichung. Aber selbst das *Wiener Protokoll* von 1931 über eine Zollunion unter Wahrung der vollen Unabhängigkeit wurde 1931 von Frankreich dem Völkerbund und von diesem dem Internationalen Gerichtshof vorgelegt, der denkbar knapp dessen Vereinbarkeit mit St. Germain verneinte. Die Parteien und Volksvertreter aber überboten einander weiterhin in ihren Anschlußforderungen; auch das Volk drängte vehement in diese Richtung, was zwei Abstimmungen mit lediglich demonstrativem Charakter, aber um so deutlicheren Ergebnissen von schon damals etwa 99 Prozent in Tirol und Salzburg 1921 zeigten; der »Österreichisch-Deutsche Volksbund«,

»Ich fordere den Anschluß beim Deutschen Reich, wo wir von Natur aus hingehören und von wo man uns nur künstlich vor ein paar Jahrzehnten abgetrennt hat.«

Otto Bauer, Parteitag der Sozialdemokratischen Arbeiter-Partei Deutschösterreichs, 1918.

»Jemand, der an dem mühsamen Aufbau solcher Rechtsformen Anteil hat, wird sich eines Wunsches für die Erhaltung des Werkes kaum entschlagen können. Dennoch: Stärker als all dies, stärker als der aller Vernunft und Sittlichkeit Hohn sprechende Verlauf der jüngsten Geschichte, deren Produkt Österreich ist, stärker als Österreich selbst ist sein Wunsch: Aufzugehen im deutschen Vaterland.«

Hans Kelsen.



mit dem Anschluß als einziger Zielsetzung, zählte 1930 etwa 1,3 Millionen Mitglieder. Die Anschlußbewegung war insgesamt die Konstante im unruhigen politischen Leben der ersten Republik.

Die Gegensätze zwischen Christlichsozialen, Sozialdemokraten und Deutschnationalen hingegen verschärften sich im wirtschaftlich gebeutelten »Restösterreich« zusehends; sie mündeten erst in die seit langem absehbare blutige Auseinandersetzung zwischen der christlich-sozialen Regierung und der Sozialdemokratie bzw. dem Österreichischen Bundesheer und den Heimwehren einerseits und dem Republikanischen Schutzbund andererseits. Nach dessen Niederschlagung kam es 1934 zur Erlassung einer neuen Verfassung und Einrichtung des je nach Sichtweise autoritären oder »klerikalfaschistischen« Ständestaats unter der Führung von Bundeskanzler Engelbert Dollfuß, der im selben Jahr dem letztlich gescheiterten Juliputsch der illegalen NSDAP zum Opfer fiel. Sein Nachfolger Schuschnigg regierte auf schmaler, schwindender Machtbasis gegen Sozialdemokraten und Nationalsozialisten, während deren Zulauf und der stets virulent gebliebene Anschlußwunsch durch die zunehmende Strahlkraft des Dritten Reichs aufgrund dessen wirtschaftlicher und außenpolitischer Erfolge stetig wuchs. Das Berchtesgadener Abkommen, tatsächlich ein Diktat Hitlers an Schuschnigg, zwang diesen, führende Nationalsozialisten auf Schlüsselpositionen der Regierung zu berufen. Als Schuschnigg sich entschloß, ein äußerst fragwürdiges Plebiszit zur Unabhängigkeit Österreichs durchzuführen, wurde er zu dessen Absage sowie zum Rücktritt gezwungen, und nach dem Einmarsch der Wehrmacht am 12. März war der Anschluß Österreichs formal am 13. vollzogen und wurde zwei Tage später von Hitler auf dem Wiener Heldenplatz verkündet.

Alain Minc, außenpolitischer Berater von Präsident Sarkozy (seine vier Großeltern waren allesamt dem Holocaust zum Opfer gefallen), äußerte mit sinngemäßer Anwendbarkeit auch auf den Anschluß: »Was ist *München* anderes als die erzwungene Anerkennung des Prinzips, wonach das deutsche Territorium jene Räume integriert, in denen die Volksnation siedelt?« Die fast hundertprozentige Zustimmung zum Anschluß in einer nachträglichen Volksabstimmung kam gewiß nicht in rechtsstaatlicher Weise zustande – eine überwältigende Mehrheit wäre aber jedenfalls erzielt worden. Dafür sprechen auch, als *pars pro toto* für die beiden bis heute dominierenden politischen Lager Österreichs, einerseits die mit 18. März 1938 datierte *Feierliche Erklärung* der österreichischen Bischofskonferenz; andererseits das Ersuchen Karl Renners, des sozialdemokratischen ersten Kanzlers Deutschösterreichs, an den neu eingesetzten nationalsozialistischen Bürgermeister Wiens: »Ich möchte sie bitten, daß sie mir die Möglichkeiten verschaffen, entweder in der Zeitung oder in Aufrufen, die man auf Plakaten drucken könnte, die alten Sozialdemokraten Wiens in meinem Namen aufzurufen, am 10. April für Großdeutschland und Adolf Hitler zu stimmen.«

»Am Tage der Volksabstimmung ist es für uns Bischöfe selbstverständlich nationale Pflicht, uns als Deutsche zum Deutschen Reich zu bekennen, und wir erwarten auch von allen gläubigen Christen, daß sie wissen, was sie ihrem Volk schuldig sind.«

Feierliche Erklärung, 18. März 1938.

Dennoch fand sich Renner, der schon 1918 erhebliche Geschmeidigkeit unter Beweis gestellt hatte, auch 1945 erst neuerlich als Staatskanzler, dann als Bundespräsident Österreichs wieder, das alsbald starke Absetzbewegungen von seinen deutschen Wurzeln zeigte. Hilfreich war dabei die alliierte *Moskauer Deklaration*, wonach »Österreich das erste freie Land, das der typischen Angriffspolitik Hitlers zum Opfer fallen sollte« gewesen sei und die denn auch als Grundlage der »Opferthese« diente. Ende 1945 statuierte ÖVP-Bundeskanzler Leopold Figl in seiner Regierungserklärung, »daß wir kein zweiter deutscher Staat sind, daß wir kein Ableger einer anderen Nationalität jemals waren, noch sein wollen, sondern daß wir nichts anderes sind als Österreicher.« Unter dessen Partei-

»Ich habe mich zwar hingegeben, doch nur weil ich gemußt. / Geschrien habe ich nur aus Angst und nicht aus Liebe und Lust. / Und daß der Hitler ein Nazi war – das habe ich nicht gewußt.«

Erich Kästner, der allegorischen Austria in den Mund gelegt.

kollegen und Unterrichtsminister Felix Hurdes fand sich in Schulzeugnissen an Stelle des Faches Deutsch nunmehr Unterrichtssprache, vulgo Hurdestanisch.

Diese von oben herab verordnete neue nationale Identität fand im Volk zunächst wenig Widerhall, wie auch zahlreiche Anekdoten belegen: Noch 1966 füllte sich das Wirtshaus einer kleinen Gemeinde im Wiener Umland nach der deutschen Niederlage im Endspiel der Fußball-Weltmeisterschaft rasch, weil es, so die hereinströmenden Männer, »zu Hause wegen der heulenden Frauen nicht auszuhalten« sei. Aber auch Politiker wie Victor Adlers Sohn Friedrich, jahrzehntelang Generalsekretär der Sozialistischen Arbeiterinternationalen, konnten mit der neuen Staatsideologie wenig anfangen. Selbst der langjährige »Sonnenkönig« Bruno Kreisky äußerte in seinem letzten Fernsehinterview: »Ich bin ein Deutscher.« Jörg Haiders Aussage, wonach »die österreichische Nation eine ideologische Mißgeburt gewesen ist, denn die Volkszugehörigkeit ist die eine Sache und die Staatszugehörigkeit die andere«, löste 1988 jedoch bereits einen Skandal aus. Haider hatte schon in den 1970er Jahren als Obmann des Rings Freiheitlicher Jugend eine frühe Migrationsfreundlichkeits-Plakatkampagne aufs Korn genommen, wo ein Kind einen Gastarbeiter in breitem Wienerisch mit Bezugnahme auf die gängige abfällige Bezeichnung für Balkanstämmige fragt: »I haaß Kolaric, du haaßt Kolaric – Warum sogns' zu dir Tschusch?« Haider konterte mit »I haaß Müller, du haaßt Müller – Warum sogns' zu dir Piefke?« Und tatsächlich war inzwischen im Zuge einer langsamen Erosion das allgemeine Bekenntnis zum deutschen Volkstum – durch das Wirken der Druckmedien und einschlägiger universitärer Zeitgeschichtler und so läppischer Elemente wie einschlägigen TV-Dokumentationen und -Satireformaten, des teilweise differierenden Küchenvokabulars sowie entsprechend instrumentalisierten Triumphen der »Skination« und problematischen Aspekten des bundesrepublikanischen Massentourismus nach Österreich – gegenüber einem spezifisch österreichischen Nationalbewußtsein in den Hintergrund getreten, das sich gerade über die Abgrenzung zum Nachbarn definierte.

»Wenn die ebenso reaktionäre wie widerliche Utopie einer österreichischen Nation Wahrheit würde und ich gezwungen wäre, zwischen ihr und der deutschen Nation zu wählen, würde ich mich für jene entscheiden, in der Goethes Faust (…) und die Schriften von Marx, Engels und Lassalle nicht zur ausländischen Literatur gehören.«

Friedrich Adler.

Im Ergebnis entwickelte sich, auch und gerade in Kreisen, die diesbezüglich sonst das Gras wachsen hören, ein geradezu liebevoll gepflegter und durch die Medien verläßlich angefachter legaler »Rassismus« gegenüber den »Piefkes«, insbesondere in der Bundeshauptstadt. Abwasser auf diese Mühlen war dabei eine Mischung aus Minderwertigkeitskomplex und historischer Unbildung, durch die eine deutschnationale Haltung mit einer Unterordnung unter die BRD gleichgesetzt wurde, obwohl die gesamtdeutsche Musik jahrhundertelang *gerade* in Wien gespielt hatte.

Die unmittelbar nach dem Regierungseintritt der FPÖ lancierte gegenwärtige Affäre um ohnehin geschwärzte und wohl seit Jahrzehnten nicht mehr gesungene geschmacklose antisemitische Passagen in Liederbüchern zweier Korporationen wurde zum Vorwand einer generellen Hatz auf Burschenschaften und das Dritte Lager insgesamt stilisiert – aufgrund dessen traditionell deutschnationaler Haltung. Deshalb wird dieses nun, ausgerechnet von der berufenen Seite der Sozialdemokratie einschließlich des linksextremen Milieus, des mangelnden Patriotismus geziehen – als ob deren zusätzliches Bekenntnis zu einem größeren Ganzen der insgesamt geradezu vorbildlich staatstragenden Haltung national-freiheitlicher Kreise Abbruch tun würde. Das vorbehaltlose Bekenntnis der Anderen zum ebenfalls größeren Ganzen einer fälschlich mit Europa gleichgesetzten EU scheint dagegen keine Loyalitätsprobleme aufzuwerfen.

Schmerzlich genug: Durch die drängendere Gefahr der schwindendenden europäischen Identität Europas, verliert das Bekennen zur deutschen Identität Österreichs zusehends an Bedeutung. Dieses Bekenntnis wurde von 1918 über 1938 bis 2018 von der unpolitischen Selbstverständlichkeit zum politischen Offenbarungseid, dann zur Provokation und schließlich zum Skandal.

Der Vollständigkeit halber: Ein Anschluß an die Bundesrepublik, ohnehin seit Menschengedenken selbst von deutschnationalen Österreichern nicht mehr gefordert, wäre in Anbetracht der gegenwärtigen realpolitischen Verfaßtheit des Nachbarstaates gerade für diese eine eher erschreckende Perspektive. Trotzdem und deswegen: »Deutschland. Meine Liebe – Mein Alptraum.« ■

Literaturhinweise:

Klaus Berchtold: *Verfassungsgeschichte der Republik Österreich, Band I: 1918–1933, Fünfzehn Jahre Verfassungskampf,* Wien 1998 ;

Wilhelm Brauneder: *Deutschösterreich 1918. Die Republik entsteht,* Wien/München 2000;

Friedrich Heer: *Der Kampf um die österreichische Identität,* Graz 1981;

Robert Lansing: *Die Versailler Friedensverhandlungen. Persönliche Erinnerungen,* Berlin 1921;
Alain Minc: L'Âme des Nations, Paris 2012;

Andreas Mölzer: *Österreich – ein deutscher Sonderfall,* Berg 1988;

Helfried Pfeifer: *Werden und Wesen der Republik Österreich. Tatsachen und Dokumente,* Wien 1988.

ETA

bietan
jarra

Don Quijote als Stratege: Federico Krutwig Sagredo und die ETA

von Marcel Kehlberg

Zu den Klassikern der französischen Résistance-Literatur gehört Joseph Kessels Roman *Armee im Schatten* (fr. Original: *L'armée des ombres*, verfaßt 1943). Darin dirigiert ein gewisser Luc Jardie seine Kommandos im besetzten Frankreich. Ein scheuer, unpraktischer Intellektueller, der nur in die Welt der Bücher zu gehören scheint, der aber neben gepflegter Konversation zu einer tiefen Menschenkenntnis sowie gnadenlosen Strategie fähig ist. Von allen wird er liebevoll »Saint Luc« genannt. Und alle gehorchen ihm aufs Wort. Für ihn wird gestorben, für ihn wird getötet.

Ob es solch eine Rolle gewesen sein mag, die sich der Deutsch-Baske Federico Krutwig Sagredo (1921–1998) für das eigene Leben gewünscht hätte, ist nicht mehr auszumachen. Federico Krutwig Sagredo gehört zu den intellektuellen Vätern der baskischen Terrororganisation Euskadi Ta Askatasuna (ETA; baskisch für »Baskenland und Freiheit«), von der er sich de facto, nie de jure, wie er sagt, bereits sehr früh wieder getrennt hatte. Er ist kein Giangiacomo Feltrinelli, auch keine Ulrike Meinhof. Sein Gastspiel in den Konfliktszenarien der 60er und 70er Jahre ist eher kurz und marginal. Letzteres war auch das umkämpfte spanische Baskenland der Franco-Ära, um das es ihm zeitlebens ging. Seine larmoyanten Quasi-Memoiren *Años de peregrinación y de lucha* muß man nicht gelesen haben, ebenso wenig das Werk, das ihn am längsten mit der ETA verbinden sollte, *Vasconia*. Weshalb allerdings doch der eine oder andere seiner Gedanken für unser Heute verwertbar ist, hängt mit seiner frühen Warnung vor der Entkoppelung einer Widerstandsorganisation von breitgefächerten strategischen Ausrichtungen zusammen. Träte dies nämlich ein, würde aus Widerstand sehr schnell Verbrechen. Die Geschichte der ETA, die von einer jugendlich-idealistischen Widerstandsbewegung mit Sympathien über das Baskenland hinaus zu einer fanatischen Assassinen-Sekte herabsank, scheint ihm Recht zu geben.

I. Der lange Marsch zum Anfang: Baskischer Widerstand vor ETA

ETA ist ohne die Vorgeschichte des baskischen Nationalismus im 19. Jahrhundert nicht zu denken. Viele seiner Reflexe und ideologischen Vorgaben hat sie später übernommen. Die Galionsfigur von damals war Sabino Arana Goiri (1865–1903), dem man gern auch den Beinamen »baskischer Bolívar« verleiht. Der Sohn einer wohlhabenden alteingesessenen Familie aus Bilbao widmete sein Leben der ideologischen Grundierung des baskischen Nationalgefühls. Dieses wurde bis dahin vor allem von den Jesuiten am Leben gehalten, aus deren Reihen auch die erste Grammatik des Euskara, der baskischen Sprache, stammt, einer Sprache, die nicht zur indogermanischen Familie gehört und bis dahin kaum schriftliche Quellen aufweisen konnte. Es war denn auch in einer Schule der Jesuiten, dem Kolleg Santa María de Orduña, wo der junge Sabino Arana mit der

»Aber Thomas von Aquin schreibt, die Übertragung der Gewalt gehe vom Volke aus. Jede gegen das Volk gerichtete Gewalt ist illegitim und heißt Tyrannei. Wir Christen können und müssen gegen die Tyrannei kämpfen. Die gegenwärtige Regierung ist tyrannisch, weil sie sich nur auf 20 Prozent der Wähler stützt und weil ihre Entscheidungen von den privilegierten Minderheiten ausgehen.«

Camilo Torres: *Vom Apostolat zum Partisanenkampf,* Hamburg 1969.

Geschichte und den Legenden des baskischen Volkes bekannt gemacht wurde. Hier formte sich sein Weltbild aus baskischem Ethnozentrismus, ja Rassismus und streng antimoderner katholischer Religiosität. Die Societas Jesu, überhaupt die Kirche des Baskenlandes, sollte viel später eine ähnlich wahrnehmbare Rolle bei der Neukonstituierung des jugendlichen baskischen Nationalismus spielen. Fast alle der ersten Gründer und Mitglieder der ETA waren tief religiöse Menschen und hatten kirchliche Schulen durchlaufen. Krutwig Sagredo wird sich später wundern, wie penibel manche die Fasttage einhielten. Die V. Versammlung der ETA, bei der er als Referent auftreten sollte, wurde in einem Exerzitienhaus der Jesuiten abgehalten.

Sabino und sein Bruder Luis propagierten bald den unversöhnlichen Gegensatz von altem baskischen Selbstbehauptungswillen, symbolisiert in den frühmittelalterlichen Fueros, den Sonderrechten aus den kantabrischen Bergen und allem, was von außen hereinkam. Dazu zählten die Ideale der Französischen Revolution und des aufkommenden Sozialismus ebenso wie die neue Form des Kapitalismus, in dessen Fahrwasser, neben dem Sittenverfall, Scharen von Einwanderern aus den ärmeren Regionen Spaniens nach Euskadi (baskische Bezeichnung für das Baskenland) drängten. Mit ihnen wurde eine Gefahr akut, die später auch bei den ersten ETA-Aktivisten stets im Vordergrund stehen sollte: das Verschwinden der baskischen Sprache und mit ihr der baskischen Kultur durch Masseneinwanderung. Und so verstand Sabino Arana seine Bemühungen auf publizistischem Gebiet als Weckruf, als Alarmglocke, die vom Todeskampf künden, vor dem nahenden Ende warnen und alle nationalen Kräfte vereinen sollte. Als Banner kreierte er die Ikurriña, die baskische Fahne. Daß im Wort Agonie der Kampf steckt, war für ihn, der immer von einem Kampforden nach jesuitischem Vorbild geträumt hatte, wesentlich. Hierfür schuf er im Jahr 1894 das Sammelbecken Euskaldun Batzokija, das ein Vorläufer der heute noch existierenden Partei Partido Nacionalista Vasco, kurz PNV oder baskisch EAJ war. In ihrem Schatten wuchs in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts eine Jugendorganisation heran, die ein überraschend dynamisches und bald auch todbringendes Eigenleben an den Tag legte.

II. Der baskische Gott Mars: Gewalt als Katharsis und Selbstläufer

Die Geschichte der ETA ist auch die Geschichte eines Generationenkonflikts. Es ist die Geschichte einer politisierten baskischen Jugend, welche den Spanischen Bürgerkrieg mitsamt dem franquistischen Nachspiel nicht mehr miterlebt hatte und das Zaudern der alten Parteikader nicht mehr verstehen wollte. Dabei hatte alles so harmonisch begonnen.

Nach der Niederlage im Spanischen Bürgerkrieg, der den republikanischen Teilen des Baskenlandes eine Autonomie bescherte, die faktisch an eine territoriale Unabhängigkeit herankam, verharrte die baskische Regierungspartei PNV in der Deckung. Der legendäre Regierungschef (baskisch Lehendakari) José Antonio Aguirre versuchte vom Exil aus, die Geschicke der baskischen Sache zu lenken. Er glaubte, wie so viele, daß 1945 mit dem Ende Hitlerdeutschlands nun auch das Ende der Franco-Diktatur in Spanien gekommen sei und nahm Kontakt zu US-Präsident Truman auf. Er gründete gar eine eigene baskische Miliz, die Euzko Naia, deren Mitglieder im spanischen Baskenland allerdings nur zu diskretem Personenschutz herangezogen wurden. Das engmaschige Netz franquistischer Repression legte sich auf alles und jeden und zog, spätestens nach der Entlassung Spaniens aus der diplomatischen Quarantäne, die Exil-PNV in die Resignation. Sie verrichtete den Widerstand nunmehr kontemplativ, wir Krutwig Sagredo bissig formulierte (»un tanto contemplativa«).

Inzwischen war eine junge Generation herangewachsen, die im verordneten Einheits-Spanien begonnen hatte, sich für ihre baskischen Wurzeln zu interessieren. Zum Zweck der kulturellen und linguistischen Weiterbildung gründeten die jungen Leute 1955 die Vereinigung EKIN, aus der am Festtag des Hl. Ignatius von Loyola, am 31. Juli 1959, die ETA hervorging. Alles begann mit der baskischen Kultur. Bücher hierzu mußten umständlich aus dem Ausland, vor allem von der baskischen Gemeinde in Südamerika, beschafft werden. Auch die ersten Gelder für eine militärische ETA würden von Übersee kommen.

Bald schon begannen die mißtrauisch gewordenen »alten Kämpfer« des PNV das Pathos der Jugend in ihrem Sinne einzuhegen, was schließlich zum Bruch zwischen Alt und Jung führen sollte. ETA durfte nach Meinung ihrer jungen Gründer kein Arm einer Partei werden, sondern sollte sich als eigenständige Bewegung präsentieren. Sie hat keinen Gründervater, sondern zählt mehrere intellektuelle Geburtshelfer, die allerdings allesamt die Organisation später wieder verließen oder von konsequenteren und kompromißloseren Gestalten, wie den Brüdern José Antonio und Txabi Etxebarrieta, herausgedrängt wurden. Vor allem jener José Antonio wird von Krutwig Sagredo, der damals schon über die 40 war und einer anderen Zeit angehörte, abschätzig als »Cowboy« tituliert.





Bild links: Federico Krutwig Sagredo, Bild rechts: ETA-Führungsmitglieder im Oktober 2011 bei einer Art Pressekonferenz.

Bereits in dieser frühen Phase zeichnet sich ein Konfliktfeld ab, das die Entwicklung dieser Organisation über weite Strecken ihrer Geschichte beherrschen sollte: Wer hat den Finger am Abzug, der Intellektuelle oder der Militante? Wer dominiert ETA, die Politik oder die Waffen? Und schließlich: Verträgt sich der baskische Nationalismus mit den linken Protest- und Widerstandsbewegungen, wie sie in den 68iger Jahren allerorten »en vogue« waren? In den verschiedenen »ETA-Konzilien« wurde bis in die 1970er Jahre hinein um eine ideologische Schärfung gerungen. Jedes Einbetten der Bewegung in eine gesamtspanische Strategie zur Befreiung von der Franco-Diktatur und vom kapitalistischen Imperialismus allgemein wurde als klammheimliche hispanistische Unterwanderung der wichtigsten Triebfeder, des baskischen Nationalismus, angesehen und entsprechend sukzessive verworfen. Basken sollten nach den Worten Krutwig Sagredos nicht die »Senegalesen« für fremde Ideen und Interessen sein. Besonders deutlich wurde dies, als in den 1980er Jahren ausgerechnet die sozialdemokratische Regierung von Felipe González mit Staatsterror und gedungenen Killern der baskischen Separatisten Herr zu werden versuchte. Dies verschaffte der ETA im demokratischen Spanien den bislang größten Zulauf.

Der radikale Anti-Hispanismus war und blieb durch die Jahrzehnte die geistige Konstante, auch, als dem spanischen Baskenland von Madrid eine weitreichende Autonomie zugestanden wurde. Spanien blieb für sie das Ausland, dem nicht zu trauen war. Aus einer tatsächlichen Besetzung durch das Franco-Regime wurde in der Demokratie der Verdacht einer Besetzung wirtschaftlicher Art.

»Es gibt keine ›Fülle der Zeit‹ mehr, denn das setzt eine klare, vorherbestimmte, unzweideutige Zukunft voraus, wie das 19. Jahrhundert sie vor sich sah. Damals glaubte man zu wissen, was morgen geschehen würde. Heute öffnet der Horizont sich wieder gegen neue, unbekannte Fernen, denn man weiß nicht, wer herrschen, wie sich die Macht auf der Erde verteilen wird.«

José Ortega y Gasset: *Der Aufstand der Massen,* Stuttgart 1949.

Am Schluß all dieser Debatten stand nur noch der militärische Apparat oder ETAm (für *militar*) genannt. Während die Parteigänger einer politischen Durchdringung noch diskutierten, war die Fraktion ETAm bereits seit langem zum Angriff übergegangen, was zum Prestige ihrer Führer erheblich beitrug. Sagredo hatte die ETA da bereits verlassen, da seine Vorschläge für eine zivile Leitung mit nachgeordnetem militärischem Apparat auf der V. Versammlung angenommen, aber niemals umgesetzt wurden. Die Gewalt hatte ihre verführerische Wirkung entfaltet.

Das erste prominente Todesopfer der militärischen ETA war 1968 der Chef der politischen Polizei in San Sebastián, Melitón Manzanas, der

als Folterer (mit früherem Praktikum bei der Gestapo) bei allen Oppositionellen im Land verhaßt war. Sein Mörder ist bis heute unbekannt. Der Slogan »Melitón haben wir alle umgebracht!« wurde zum Propagandacoup der ETA. Den größten Schlag versetzte sie dem Regime mit dem spektakulären Bombenanschlag auf Francos Premier und Vertrauten Admiral Luis Carrero Blanco am 20. Dezember 1973, der die Gruppe international bekannt machte. In den eigenen Reihen war die Militarisierung kaum noch umzukehren. ETA-Führer wurden zu Volkshelden, so wie der Drahtzieher des Carrero Blanco-Attentats José Miguel Beñaran, genannt »Argala« (der Schmächtige), in seiner Jugend ein Bewunderer der philofaschistischen Falange, von dem der Ausspruch überliefert wird: »Ich diskutiere mit allen. Ich intellektualisiere die Militanten und militarisiere die Intellektuellen.« In Anlehnung an die historischen baskischen Freischärler, den Gudaris, verstanden sich diese ETA-Kämpfer als Partisanen der nationalen Befreiung und solidarisierten sich mit Befreiungsbewegungen der Dritten Welt. Die Romantik hielt freilich nicht lange, zumal auch der staatliche Fahndungsapparat mit der Zeit effizienter wurde. Als Frankreich seine Politik der Duldung von Rückzugsgebieten im Süden des Landes beendete (etwa ab 1986), trat ETA den Weg in die Isolation an, aus der heraus die Anschläge willkürlicher wurden. Aus Widerstand war längst Terrorismus geworden. Bei Verkündigung der Waffenruhe am 20. Oktober 2011 waren etwa 850 Tote zu beklagen.

»Indessen ist es von einem gewissen Hitzegrad des verdeckten Kampfes an wahrscheinlich, daß auch Waffen und Sprengstoff benutzt werden. Gebrauch oder Nichtgebrauch von Waffen und Sprengstoff hängen stark davon ab, ob der Initiator und Lenker des verdeckten Kampfes gewisse Konsequenzen will oder nicht will.«

Ernst Grimmel: *Partisanen im Schwarzwald?,* Bremen 1964.

III. Zwei Aporien: Anfangen und Aufhören können

Gewalttätige Organisationen in Westeuropa – ETA, IRA, OAS, RAF etc. – haben ihre Spuren hinterlassen und sind nur noch als Negativ-Folien zu verwenden. Das jeweilige Ende hat auch den Blick auf die Anfänge geprägt. Dieses Wissen ist der Türsteher aller unserer Diskussionen, die momentan geführt werden. Die Gewalt als Option ist einzig dem Rechtsstaat überlassen und ansonsten ein ungebetener Gast in allen Erörterungen, vorausgesetzt der Staat ist handlungsfähig (und -willig). Was nun, wenn er es nicht oder nicht mehr ist?

Begonnen habe ich diesen Aufsatz mit dem Verweis auf Joseph Kessels berühmten Roman. Die Gewalt, die dort als Reaktion auf die demütigende deutsche Besetzung Frankreichs Thema ist, wird von den Ausführenden als erster Akt der Befreiung erlebt, als Katharsis geradezu, die beim eigenen Selbst ansetzt, um sich dann nach außen, auf die Nation bezogen, fortzusetzen und zu erfüllen. Daß sie auch zur Droge werden kann, verdeutlicht der ETA-Werdegang, daher die Figur des »Saint Luc«, der bei allen Operationen seinen Männern und Frauen einschärft »Je n'accepte pas la haine« (»Ich akzeptiere keinen Haß«). Sie braucht die festen Zügel der Intelligenz, so lautete auch das Credo von Federico Krutwig Sagredo.

Um unsere Problematik schärfer zu fassen, sollten wir die Begriffe ändern. Man könnte auch unser Land, unseren Kontinent als von Besetzung bedroht bezeichnen. Natürlich ist nicht jeder Migrant ein Besatzer; aber die fremde Kultur des Islam denkt raumgreifend und unterwerfend. Hat unsere Regierung immer hart genug gegen diese Landnahme gehandelt? Und wie in jeder Besetzung gibt es auch bei uns Kollaboration. Was, wenn der Rechtsstaat selber zum Kollaborateur wird, eine Präferenz einerseits und eine Vernachlässigung andererseits erkennen ließe? Die Besetzung ist freilich nicht ganz so offenkundig, da keine fremden Uniformen im Straßenbild zu sehen sind. Alles wird in einer Schwebe gehalten, die den inneren Druck und Frust jedes Betroffenen auszutarieren versucht. Vielleicht gehört es zum uneingestandenen Erbe alles umgreifender 68-Pädagogik, daß angesichts dieser Entwicklung die bloße Nennung von Gewalt allergische Reaktionen hervorruft.

Wer in dieser Optik den ersten Schuß abgibt, macht sich schuldig, im Sinne von Emmanuel Lévinas, der von dem Schmerz sprach, den man fühlen müsse, wenn man für ein Ideal zu den Waffen greife.

Es bleibt abzuwarten, wohin letztlich die Entwicklung führen wird und welche Konsequenzen sich zukünftig aufdrängen. Bis dahin mag uns die Literatur Halt geben. Joseph Kessel läßt einen Résistance-Aktivist im besagten Roman feststellen: »Mais cette guerre est un acte de haine et un acte d'amour. Un acte de vie« (»Aber dieser Krieg ist ein Akt des Hasses, ein Akt der Liebe. Er ist ein Akt des Lebens«). ■

Literaturverweise:

Marioano Monge Juárez: *Sabino Arana – historia imposible,* Simat de la Valldigna 2004;

Ernst Grimmel: *Partisanen im Schwarzwald?,* Bremen 1964;

Joseph Kessel: *L'armée des ombres,* Paris 2010;

Ingo Niebel: *Das Baskenland: Geschichte und Gegenwart eines politischen Konflikts,* Wien 2009;

José Ortega y Gasset: *Der Aufstand der Massen,* Stuttgart 1949;

Federico Krutwig Sagredo: *Años de peregrinación y lucha,* Tafalla 2014;

Camilo Torres: *Vom Apostolat zum Partisanenkampf. Artikel und Proklamationen,* Hamburg 1969.

Institut für Staatspolitik – Studien



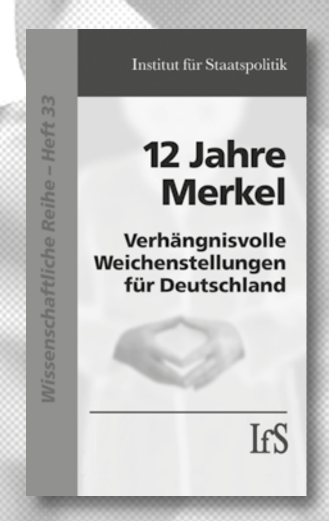
Thor v. Waldstein

Wer schützt die Verfassung vor Karlsruhe?
Anmerkungen zur neueren Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts betr. den »ethnischen Volksbegriff«

30 S., geheftet, 5 €

Wissenschaftliche Reihe Heft 34, Schnellroda 2017

Das Bundesverfassungsgericht entwickelt in seiner neueren Rechtsprechung ein die Existenz eines Volkes leugnendes Menschenbild. Damit paßt sich Karlsruhe auf juristischer Ebene einer seit Jahrzehnten herrschenden Politik an, deren wesentliches Kennzeichen es ist, die Rechte des einzelnen gegen die Rechte der Gemeinschaft künstlich in Stellung zu bringen. Diese Rechtsprechung ist mit dem Geist des Grundgesetzes nicht in Übereinstimmung zu bringen. Wie weiter?



12 Jahre Merkel
Verhängnisvolle Weichenstellungen für Deutschland

48 S., geheftet, 5 €

Wissenschaftliche Reihe Heft 33, Schnellroda 2017



Die Stunde des Populismus
Das Volk, die Elite und die Krise der Repräsentation

42 S., geheftet, 5 €

Wissenschaftliche Reihe Heft 32, Schnellroda 2017

Institut für Staatspolitik

Rittergut Schnellroda · 06268 Steigra
Tel: (034632) 904396 · Fax: (034632) 904397 · e-Post: vertrieb@antaios.de
www.staatspolitik.de

Chinas Wiederaufstieg und der Niedergang des Westens

von Peter Kuntze

Auf die Frage nach der Zukunft ihrer Heimat erklärten im letzten Jahr 87 Prozent der Chinesen, ihr Land schlage die richtige Richtung ein. Das war die höchste Zahl aller Erwachsenen im Alter unter 65 Jahren in 26 Ländern – darunter Deutschland, Frankreich, Großbritannien und die USA. Auch wenn man auf demoskopische Untersuchungen nicht allzu viel geben kann, ist das vom Pariser Institut Ipsos publizierte Ergebnis erstaunlich, zeichnet es doch mit dem eindeutigen Optimismus der Chinesen ein völlig anderes Stimmungsbild als jenes, das bei hiesigen Bürgern üblich ist.

Kurz vor seinem Tod zog Zygmunt Bauman, der polnisch-britische Philosoph, der im Westen als einer der bedeutendsten Soziologen gilt, eine düstere Bilanz: Die westliche Welt, so der 91jährige, sei seit der Aufklärung nicht besser geworden – sowohl die Moderne als auch die Postmoderne seien von Grund auf mißlungen. Anfang Januar 2017 verstarb er; vorher konstatierte Bauman in einem seiner letzten Gespräche, daß nicht mehr ein allgemeines Gesetz Staat und Gesellschaft dirigiere. Vielseitigkeit und Wandel seien an dessen Stelle getreten. Die Postmoderne, als »Verflüssigung der Moderne«, durchtränke alle gesellschaftlichen Bereiche. Dadurch seien unberechenbare Strukturen entstanden, die den Individuen über den Kopf wüchsen, obwohl doch in dem permanenten Wandel gerade ihm, dem selbstverantwortlichen Individuum, die zentrale Rolle zugeschrieben sei. Individualisierung, so der resignierte Befund, sei nur noch als Prozeß und fließende Identität zu begreifen.

Diese Bankrotterklärung des auf dem Projekt der Aufklärung beruhenden westlich-liberalen Systems, das zur Auflösung traditioneller Bindungen und zum Zerfall der Institutionen geführt hat, findet in der Tagespublizistik ihren außenpolitischen Widerhall, denn seit Donald Trumps Wahlsieg mit dem Slogan »America First« dämmert den Propagandisten der »weltoffenen und toleranten Demokratie«, daß ihr weltweit empfohlenes Modell ins Wanken geraten ist. Die Rückbesinnung auf das Multilaterale, heißt es in einem Leitartikel der *SüddeutschenZeitung* (19. September 2017), sei das Ergebnis dieser neuen Weltunordnung: »Niemand spricht mehr vom ›Ende der Geschichte‹, wie es sich der Westen nach dem Kollaps des Kommunismus Ende der 1980er-Jahre ausgemalt hatte. Die Geschichte ist vielmehr in vollem Gange. Der Anspruch, daß ein politischer Liberalismus reüssiert und überall eine Demokratie nach westlicher Prägung die alten Autokratien ersetzen müßte, ist vorbei.« Wie sich die neue Konstellation auf globaler Ebene abzeichnet, analysierte Stefan Kornelius, Ressortchef Außenpolitik der *SZ*, im vergangenen November: »Nirgendwo ist die Kräfteverschiebung besser zu sehen als im Verhältnis zu China. […] Momentan bietet die aufsteigende Supermacht in der direkten Rivalität mit den USA eine Ordnung, die für nicht wenige Staaten Stabilität verspricht und deswegen attraktiv ist.«

Selbstredend wird der Prozeß des allmählichen Niedergangs westlicher Dominanz in China aufmerksam verfolgt, wobei der Schwerpunkt

auf der Analyse der Ursachen liegt. Schließlich gilt es, aus der Entwicklung zu lernen, um nicht eines Tages dieselben Fehler zu begehen. In letzter Zeit haben sowohl das 2013 gegründete Berliner China-Institut der Mercator Stiftung als auch der seit 2002 in Deutschland lebende Informatiker Marcel Zhu, der vornehmlich für *Tichys Einblick* publiziert, zahlreiche Studien und Artikel chinesischer Denkfabriken, offizieller Parteiorgane und diverser Online-Dienste der hiesigen Öffentlichkeit zugänglich gemacht, aus denen sich ein relativ komplexes Bild der chinesischen Sicht gewinnen läßt.

Im Mittelpunkt steht die Frage, warum der Westen, der die Welt 500 Jahre lang dominierte, seit einiger Zeit so verheerende Fehler macht. Als Paradebeispiel gilt die deutsche Flüchtlingspolitik. Kanzlerin Merkel – charakterisiert als *Baizuo* (»weiße Linke«) und »naiver Gutmensch« – habe aus Gründen politischer Korrektheit dem Multikulturalismus Tribut gezollt und die massenhafte Einwanderung »rückständiger islamischer Werte« erlaubt. Als 2015 die Flüchtlingskrise einsetzte, habe sich Europa freilich schon längst in der schwierigsten Lage seit 1945 befunden – gekennzeichnet durch Schuldenkrise, islamistische Terrorangriffe, Geburtenrückgang, schrumpfende Mittelschichten und Aufstieg des Populismus.

Die meisten Beobachter führen dieses Szenario nicht auf Entscheidungsfehler einzelner Regierungschefs zurück, sondern sehen die tieferen Ursachen im politischen System. So heißt es im KP-Magazin *Hongqi Mengao* (»Manuskript der Roten Fahne«): »Die Legitimität der Macht im westlichen Modell stammt aus Wahlen. Das führt dazu, daß Politiker zuviel Energie auf die Wahlen verwenden, statt sich den Regierungsaufgaben zu widmen. Wegen der befristeten Legislaturperioden denken sie nicht vorausschauend, sondern wollen vor allem schnelle Erfolge erzielen.« Nach mehreren Jahrhunderten habe sich das System im 20. Jahrhundert zu einer Massendemokratie gewandelt. Dies habe gravierende Folgen gehabt: Seien Eliten früher von Eliten bestimmt worden, würden sie heute von den Massen gewählt.

Das Partei-Magazin argumentiert: Im Gegensatz zu herkömmlichen Eliten, die sowohl die langfristigen Interessen ihres Landes als auch komplexe internationale Zusammenhänge im Blick hatten, sind die Massen nur auf ihren raschen eigenen Vorteil bedacht. Da Aussehen, modische Kleidung und andere persönliche Präferenzen des Wahlvolks – mithin Kriterien, die nichts mit der Fähigkeit von Politikern zu tun haben – über Erfolg oder Mißerfolg von Wahlen entscheiden, müssen sich die Eliten den Massen anpassen, nach deren Wünschen den Wahlkampf ausrichten und später ihre oft unrealistischen Versprechen erfüllen. Mittelmäßigkeit und Opportunismus seien die Folge. Begingen die Politiker Fehler, trage niemand die Verantwortung, so daß nur die Hoffnung bleibe, das Führungspersonal bei der nächsten Wahl auszutauschen und Fehler zu korrigieren. Diese Art der Talent-Suche sei leichtsinnig und unverantwortlich. Sie habe dazu geführt, daß ehemals fortschrittliche demokratische Länder heute in wirtschaftlichen Schwierigkeiten steckten und stark verschuldet seien.

Ursache der ökonomischen Krise seien in den meisten Staaten der EU die hohen Sozialleistungen. Sie beliefen sich auf fünfzig Prozent aller Sozialleistungen weltweit, obwohl die Union nur neun Prozent der Weltbevölkerung ausmache und lediglich 25 Prozent der globalen Wirtschaftsleistungen erbringe. Durch die einseitige Fokussierung auf die Umverteilung der Einkommen werde die Vitalität des gesamten Systems gehemmt und führe letztlich in eine politische Sackgasse. Als Beispiel wird von manchen Kommentatoren die Behandlung der Flüchtlingskrise in Deutschland genannt: Senkung der hohen Sozialleistungen für zugewanderte Familien und deren Kinder sowie forcierte Assimilierung wären naheliegende Mittel, um der Situation Herr zu werden, doch diese Maßnahmen könnten nicht eingesetzt werden, weil sie mit den »westlichen Werten« wie Gleichberechtigung, Minderheitenrechten etc. kollidierten. Einen hohen Preis fordere auch der »absolute Liberalismus«, da er die innere Sicherheit gefährlich schwäche.

Soweit, wenn auch verkürzt und etwas plakativ, der chinesische Blick auf den Westen. Und wie sieht es umgekehrt aus? Folgt man den deutschen Medien, weist die Volksrepublik zwar erstaunliche Wirtschaftserfolge auf, ist aber politisch und kulturell eine Diktatur, die an finstere

»Die Machtelite ist von fünf Axiomen überzeugt: China stand, erstens, zwischen etwa 600 und 1800 mit kürzeren Unterbrechungen an der Spitze der jeweiligen internationalen Hierarchie; es hat das Recht, diesen ›natürlichen‹ Platz als gleichberechtigte Großmacht und wohlmeinender Hegemon erneut einzunehmen. Zweitens steht die territoriale Integrität des Gesamtstaats nicht zur Disposition. Seine Grenzen umschließen auch Gebiete, die relativ spät ins Reich eingegliedert wurden, vor allem Taiwan, Tibet und Xinjiang. China strebt, drittens, wirtschaftlich ebenso wie strategisch Parität mit der einzigen anderen Macht an, die ihm bereits das ganze 20. Jahrhundert hindurch imponiert hatte: den USA. Viertens will China auf der Ebene von Global Governance Regeln und Normen selbst mitgestalten. Fünftens muß und darf der Wohlstand durch Expansion über die eigenen Grenzen hinaus zum Leitwert nationaler Politik gemacht werden.«

Jürgen Osterhammel: *Die Flughöhe der Adler.*

»Was ich in Deutschland über China las, machte mich traurig. Viele Artikel zeichneten ein Schwarzweißbild; hier die schlimme Regierung, dort die unterdrückten Massen. Gefühlte 99 Prozent der Berichterstattung drehten sich um Menschenrechte und Produktpiraterie. Vor den Olympischen Spielen 2008 rückte China besonders in den Fokus. Wer China nur aus den Medien kannte, konnte den Eindruck bekommen, daß es sich um ein Reich des Bösen handelte, in dem die Mehrheit der 1,3 Milliarden Menschen ein Sklavendasein fristete und sich nichts sehnlicher wünschte als die Erlösung durch den Westen.«

Xiefan Yang: *Als die Karpfen fliegen lernten.*

Zeiten unter Mao erinnert. Da den Medien die »liberale Demokratie« als einzig akzeptable Regierungsform gilt, sind sachliche Informationen die Ausnahme. Im Mittelpunkt der Berichterstattung stehen daher nicht die Lebensverhältnisse jener eingangs erwähnten 87 Prozent der Bevölkerung, sondern Regimekritiker und deren häufig nicht zu unrecht beklagtes Schicksal. Auf diese Weise läßt sich jedoch weder ein faires Gesamturteil fällen noch ein zutreffendes Bild der Vorgänge im bevölkerungsreichsten Land der Erde gewinnen. Die Medien fallen damit hinter die Erkenntnis zurück, die der damalige Außenminister Frank-Walter Steinmeier 2014 in einem Interview geäußert hatte: »Wir können nicht ignorieren, daß es Regionen auf der Welt gibt, die sich an anderen Prinzipien orientieren als an denen der westlichen Demokratie … In einer Welt, in der sich Kulturen wie China auf vieltausendjährige Traditionen berufen, sind unsere Vorstellungen eben nicht konkurrenzfähig.«

Tatsache ist, daß in der Volksrepublik die linksradikale Ära bereits 1976 zusammen mit ihrem Begründer zu Grabe getragen wurde. Seit nunmehr vierzig Jahren, seit der 1978 von Deng Xiaoping eingeleiteten Reform- und Öffnungspolitik, entwickelt sich ein völlig neues China, das an die Traditionen des einstigen »Reichs der Mitte« anknüpft. »Bis zum Jahr 2050«, versprach Staats- und Parteichef Xi Jinping im letzten Oktober den Delegierten des 19. KP-Kongresses, »zweihundert Jahre nach den Opium-Kriegen, die das ›Reich der Mitte‹ in Schmach und Schande stürzten, wird China seine Machtstellung zurückgewinnen und wieder zur Weltspitze aufsteigen.« Mit dieser Prognose geht Xi, nach Mao und Deng der mächtigste Politiker der Volksrepublik, kein großes Risiko ein, denn der Weltbank zufolge dürfte China bereits Anfang der 2030er Jahre die USA als größte Wirtschaftsmacht ablösen.

Den Grundstein für die erfolgreiche Aufholjagd hat Deng Xiaoping gelegt. Er war es, der Maos ideologische Verirrungen mit der Forderung beendete, »die Wahrheit in den Tatsachen zu suchen« und nicht in weltfremden Lehrbüchern. Als erstes ließ er die Volkskommunen auflösen, führte eine »sozialistische Marktwirtschaft« ein und plädierte für die Errichtung von Sonderwirtschaftszonen, um ausländisches Kapital ins Land zu holen. Der Erfolg war durchschlagend: Das Armenhaus China entwickelte sich in rasantem Tempo zu einem modernen Industriestaat, auch wenn es in mancher Hinsicht noch ein Entwicklungsland ist. Das Bruttoinlandsprodukt stieg von 1978 bis 2015 um das 48fache; dank Globalisierung und Digitalisierung ist die Volksrepublik heute die größte Exportnation; sie ist mit mehr als einer Billion Dollar der zweitgrößte Auslandsinvestor, verfügt weltweit mit circa drei Billionen Dollar über die meisten Devisenreserven und ist Hauptgläubiger der USA. In wenigen Jahrzehnten haben 700 Millionen Chinesen den Armutsstatus verlassen; 400 Millionen erzielen ein mittleres Einkommen, von denen 150 Millionen nach westlichem Maßstab zur neuen reichen Mittelschicht zählen.

»Im Gegensatz zum westlichen Ansatz, der die Geschichte als einen zielgerichteten Prozeß des Fortschritts betrachtet, in dem eine Folge absoluter Siege über das Böse und die Rückständigkeit errungen wird, wird die Geschichte von den Chinesen traditionell als zyklischer Prozeß von Verfall und Korrektur gesehen, in dessen Rahmen Welt und Natur zwar verstanden, aber nicht völlig beherrscht werden können. Das höchste erreichbare Ziel ist, in Harmonie mit Welt und Natur zu wachsen. Strategie und Staatskunst werden zu Mitteln einer ›kämpferischen Koexistenz‹ mit den Feinden. Sie sollen in eine schwache Position gebracht werden, während man das eigene *shi* oder die eigene strategische Position ausbaut.«

Henry Kissinger: *China.*

Papierherstellung, Druck mit beweglichen Lettern, Schießpulver und Kompaß zeugten im alten China vom Erfindungsreichtum seiner Bewohner. Heute sind es Hochgeschwindigkeitszüge, Häuser aus 3-D-Drukkern, Elektroautos sowie Computer (Lenovo) und Smartphones (Huawei, Xiaomi), mit denen die Volksrepublik Aufsehen erregt. Schließlich ist das Land nicht mehr Produzent massenhaft hergestellter Billigartikel. Internet-Konzerne haben das Leben der Chinesen von Grund auf verändert. Mit 730 Millionen Nutzern entfallen auf den heimischen Internet-Handel bereits 15,5 Prozent aller Einzelhandelsumsätze. Jeden Tag, so Christoph Giesen, Wirtschaftskorrespondent der *Süddeutschen Zeitung,* werden in China 15 000 private Firmen gegründet. Mit Milliarden-Summen unterstützt die Regierung Entwicklungen im Bereich Künstlicher Intelligenz sowie innovative Start-ups, damit sie im Wettbewerb mit dem Silicon Valley mithalten können. Um nicht, wie die Europäer, zum Spielball politischer und finanzieller Interessen amerikanischer Digitalkonzerne zu werden, hat Peking das Internet nach außen abgeschottet (»Great Firewall«) und auf das inländische Kreativpotential gesetzt.

Pionier war der ehemalige Englischlehrer Jack Ma, der 1995 in seiner Heimatstadt Hangzhou die Firma Alibaba gründete. Auf einer Webseite, die ein Umschlagplatz für Großhändler ist, schloß Ma Chinas Fabriken an den Welthandel an, so daß sie bald überall ihre Waren anbieten und per Schiffscontainern liefern konnten. Umgekehrt können sich Interessenten



aus Übersee über Alibaba direkt an die Hersteller wenden. Im Jahr 2003 gründete Ma die Webseite Taobao, Chinas eBay, und Alipay, ein Online-Bezahlsystem mit heute mehr als 500 Millionen Nutzern. Ma war so erfolgreich, daß er mit Alibaba 2014 an die New Yorker Börse ging, wo er die Rekordsumme von 25 Milliarden Dollar erlöste. Sein schärfster Konkurrent ist Tencent, ein Internet-Konzern, dessen Börsenwert inzwischen den von Facebook übersteigt. Tencent wurde 1998 in Shenzhen, einer der noch unter Deng Xiaoping errichteten Sonderwirtschaftszonen, von Ma Huateng gegründet. Er hat Wechat auf den Markt gebracht – eine multiple App, mit der man auch bezahlen kann; sie hat mittlerweile mehr als 900 Millionen Nutzer, so daß China sich auf dem Weg in eine bargeldlose Gesellschaft befindet. Beide Mas, nicht miteinander verwandt, sind längst Milliardäre und werden in ihrer Heimat wie Popstars gefeiert.

Pekings Erfolgsgeheimnis sind die als »Sozialismus chinesischer Prägung« firmierende staatlich eingehegte Marktwirtschaft (Ende 2017 gab es 66 Millionen Einzelunternehmen und 27 Millionen Privatfirmen mit insgesamt 341 Millionen Beschäftigten) sowie die Rückbesinnung auf die von Konfuzius abgeleitete Herrschaftstrias Leistung – Disziplin – Hierarchie. Im Gegensatz zum Westen stehen in China, wie im übrigen Ostasien, Staat und Nation über dem Individuum. Die Eliten-Auswahl ist wie zu Zeiten des Kaiserreichs rigoros: In den Tagen des »Gaokao« (»Hoher Test«), der nationalen Zulassungsprüfung für die Universitäten, die dem Abitur ähnelt, befindet sich das ganze Land im Ausnahmezustand. Für junge Chinesen ist es die wichtigste Zeit in ihrem Leben, denn vier Prüfungen in neun Stunden an zwei Tagen entscheiden über ihre Zukunft.

Nicht minder streng ist das jährliche Ausleseverfahren beim »Guokao« (»Landestest«), den gleichzeitig in allen Provinzen stattfindenden Beamtenprüfungen. Die Prüfung für 2018 fand im letzten Dezember statt: 1,38 Millionen zugelassene Bewerber konkurrierten um 28 533 Stellen; Voraussetzung für 90 Prozent der Stellen war ein abgeschlossenes Studium. Behörden, Firmen, gesellschaftliche Institutionen und nicht zuletzt die KP, mit fast neunzig Millionen Mitgliedern die größte Partei der Welt, können aus einem Reservoir von jährlich sieben bis acht Millionen Universitätsabsolventen schöpfen. Mitglieder des Staatsrats (Zentralregierung) und hohe Parteifunktionäre sind vorzüglich ausgebildet; nicht wenige haben im Ausland studiert, fast alle haben vor der Berufung in höchste Ämter praktische Arbeit auf Provinzebene geleistet.

Trotz aller Erfolge sind Chinas Probleme nicht zu übersehen: Verheerende Umweltverschmutzung, eine oftmals brutal forcierte Urbanisierung und mangelnde Rechtsstaatlichkeit führen immer wieder zu lokalen Konflikten. Die schon von Konfuzius angestrebte »Große Gemeinschaft« *(tatung)*, die Versöhnung aller gesellschaftlichen Widersprüche durch das Streben nach Harmonie und eine Politik von Maß und Mitte, liegt noch in weiter Ferne. Trotzdem dürfte jenen eingangs zitierten 87 Prozent nicht zu widersprechen sein, die ihr Land auf dem richtigen Weg sehen. ▪

Literaturhinweise:

Zygmunt Bauman: *Das Vertraute unvertraut machen. Ein Gespräch mit Peter Haffner,* Hamburg 2017;

Xi Jinping: *China regieren,* Peking 2014;

Henry Kissinger: *China. Zwischen Tradition und Herausforderung,* München 2011;

Konfuzius: *Gespräche des Meisters Kung (Lun Yü),* München 1994;

Jie Li: *Nietzsches Gestalt des »letzten Menschen« bei Lu Xun,* Peking 1996;

Jürgen Osterhammel: *Die Verwandlung der Welt. Eine Geschichte des 19. Jahrhunderts,* München 2009;

Jürgen Osterhammel: *Die Flughöhe der Adler*, München 2017;

Mark Siemons: *Die chinesische Verunsicherung,* München 2017;

Xiefan Yang: *Als die Karpfen fliegen lernten – China am Beispiel meiner Familie,* Berlin 2015.

Chinas neue Klasse im Zeitalter der Digitalisierung

von Benedikt Kaiser

Seitdem durch den Untergang der sogenannten realsozialistischen Staatenwelt im Osten Europas die binäre Systemkonkurrenz ein vorläufiges Ende gefunden hat, ist zwar kein »Ende der Geschichte« erreicht, doch scheinen grundsätzliche Alternativen zum globalen Kapitalismus, speziell in der westlichen Öffentlichkeit, nicht nur desavouiert, sondern nicht mehr als utopische Gedankenspiele zu sein. Das hat viel zu tun mit dem fundamentalen Scheitern des marxistisch-leninistischen Experiments, das aufgrund externer wie interner Faktoren zugrunde ging. Einer dieser *immanenten* mannigfaltigen Faktoren für den erlittenen Systemschiffbruch ist die stalinistische Perversion in den späten 1920er und vor allem in den 1930er Jahren, die in ihrer Totalität so richtungsweisend und einschneidend war, daß ihre Ergebnisse nicht zu kurieren gewesen sind. Stalins Versuch, durch Zwangskollektivierung und -industrialisierung das Sowjetreich als klassenlose Gesellschaft zu schaffen, sorgte nicht nur für Millionen Tote und Abermillionen zerrissene Biographien der überlebenden Repressierten. Er schuf in den barbarischen Prozessen zur Überwindung der alten Klassen gar eine genuin neue Klasse, »wie die Geschichte sie früher nicht gekannt hatte«, um eine Wendung des kommunistischen Renegaten und sozialistischen jugoslawischen Patrioten Milovan Djilas aufzugreifen.

Diese *neue* Klasse war die politische Bürokratie, die, ausgestattet mit allen Charakteristika der bisherigen Klassen, überdies eigene Wesensmerkmale aufwies und über eine konzentrierte Macht verfügte, die selbst bisherige herrschende Klassen in den Schatten stellen mußte. Djilas wies in seiner bahnbrechenden Studie *Die neue Klasse* darauf hin, daß sich diese Schicht nicht als Teil des gesellschaftlichen Lebens entwickelt hatte, daß sie also nicht »organisch« wuchs. Sie entstand vielmehr durch Entwicklungsschritte, deren Wurzeln in Lenins »alten« Bolschewiki angelegt waren, aber erst deformiert und durch Stalins totalitäre Maßnahmen vollstreckt, ihre eigene Wirkmacht erhielten. Die neue Klasse – das sind nach Djilas nicht alle Parteimitglieder, sondern eine bestimmte Auswahl von »Leuten, die wegen des administrativen Monopols, das sie innehaben, Privilegien und materielle Vorteile genießen«. Die neue Klasse – das ist die eingesetzte, das Land lenkende und kontrollierende Partei-Bürokratie, Herrscher nicht *für* die Arbeiterklasse, sondern *über* die Arbeiterklasse (und alle anderen Klassen ohnehin).

Djilas, der diese Analyse in den 1950er Jahren vorbrachte, griff seiner Zeit weit voraus, als er skizzierte, daß sich die perpetuierte Selbstermächtigung der neuen Klasse auch im Bereich des Eigentums zeige. Das politische Herrschaftsmonopol war von Anbeginn an auch ein ökonomisches; die Zugehörigkeit zur neuen Klasse verschaffte materielle Privilegien und verhieß vor allem die totale Verfügungsmacht über das verstaatlichte gesellschaftliche Eigentum – mit allen Folgen in den Jahren des Umbruchs nach 1989. Denn die »neue besitzende, monopolistische

»Vor allem jedoch entstand durch einen Staat mit zentraler Planwirtschaft keineswegs eine klassenlose Gesellschaft, sondern die soziale Schichtung wurde zementiert. Dadurch, daß Güter zugeteilt und nicht gekauft wurden, waren echte Gratifikationen an Ämter gebunden: Besondere Läden, Krankenhäuser, Ausbildungsgänge waren für Kader reserviert.«

Henry Kissinger: *China. Zwischen Tradition und Herausforderung,* München 2011, S. 409.

und totalitäre Klasse« (Djilas) schuf sich so einen Vorsprung gegenüber der Bevölkerungsmehrheit, dessen Bedeutung man nicht erahnen konnte.

Bucharins Losung »Bereichert euch«, die 1925 in Richtung der brachliegenden Bauernstrukturen ausgerufen wurde, erfuhr nach 1989 eine gänzlich andere Konnotation: Die »neue Klasse«, die das befehlsadministrative System des Ostblocksozialismus überwiegend in dogmatischer Beständigkeit verantwortet hatte, jenseits des inhärenten Jargons und des Phrasen-Marxismus-Leninismus aber ideologisch relativ flexibel agierte, war organisiert, diszipliniert und entschlossen genug, die Chancen des nun kapitalistischen Systems zu nutzen. Denn wer verfügte über die Kenntnisse, welche Produktionsstätte wie nutzbar wäre? Wer wußte, was wirklich kaputt und was erneuerungsfähig war? Wer konnte realistisch einschätzen, was sich kommodifizieren ließe und was nicht? Es war die neue Klasse, die, zu Umbruchszeiten nicht mehr ganz so neu, über ein Quasi-Monopol auf Wissen und Information verfügte, das ihren Klassenangehörigen ermöglichte, bei der anstehenden Privatisierungswelle die Spreu vom Weizen zu trennen und so Milliardenbeträge in die eigenen Bahnen zu lenken. Die Selbstbereicherung der neuen Klasse und die Verelendung der Bevölkerungsmehrheit im postsowjetischen Zeitalter führte – in unterschiedlicher Intensität von Kiew bis Moskau, von Warschau bis Budapest – zum Entstehen einer neuen Oligarchie, deren Genese und heutige Lage ein interessantes Forschungsfeld böte. Henry Kissinger unterstrich zurecht, daß der real existierende Sozialismus, »der nach Ansicht seiner Befürworter eine klassenlose Gesellschaft herbeiführen sollte, eine privilegierte Klasse von feudalen Ausmaßen hervorbrachte«. All das wäre aus historisch-kritischer Sicht wohl interessant genug, doch besondere Virulenz erhalten diesbezügliche Forschungen hinsichtlich der aktuellen Lage der weiterhin von der Kommunistischen Partei kontrollierten Volksrepublik China.

»Die Veränderungen, die China in den vergangenen drei Jahrzehnten durchlaufen hat, sind bestenfalls zur Hälfte abgeschlossen. Das Land befindet sich nach wie vor in einem Veränderungsprozess, und wir haben noch viel Energie im Tank.«

David Daokui Li, in: ders. et al. (Hrsg.): *Wird China das 21. Jahrhundert beherrschen? Eine Debatte*, München 2012, S. 71.

Optimisten des sozialistischen Lagers wie der 2017 verstorbene Agrarwissenschaftler und Linken-Politiker Theodor Bergmann meinen, daß sich das dortige innere Ringen zwischen kapitalistischen und kommunistischen Ansätzen noch offen zeige, wobei die Tendenz kommunistisch sei, da die chinesische Partei aus den Fehlentwicklungen der Sowjetunion und ihrer Nomenklatura gelernt hätte; eine junge Arbeiterklasse könne dort, mit Marx gesprochen, »von einer Klasse an sich zu einer Klasse für sich« werden. Bergmann verkennt indes das Wesentliche, nämlich die Tatsache, daß auch in China längst eine »neue Klasse« im Sinne Djilas' entstanden ist, die alle Macht (inklusive entsprechender Vorrechte) für sich zu beanspruchen weiß.

Daß es mittlerweile, wie der 2012 erstmals veröffentlichte Hurun-Report der reichsten Chinesen 2017 vermeldete, in China 609 Milliardäre (weltweit: 2257) und ca. 1,6 Millionen Millionäre gibt, ist einer Entwicklung zuzuschreiben, die 1978/79 begann, als Deng Xiaoping in Peking Wirtschaftsreformen ungeahnten Ausmaßes einleitete. Sonderwirtschaftszonen, Steuerfreiheit für Investoren, geringe Lohnkosten, Entwicklungschancen für einen anvisierten Mittelstand – der »rote Kapitalismus« (Richard McGregor) war geboren.

»Die spannungsvolle Kombination von autoritärer Regierung und Marktwirtschaft wird innerhalb Chinas mit unterschiedlichsten Organisationsmustern und Ergebnissen gestaltet. Chinas Regionen erscheinen als dynamisches Laboratorium für voneinander abweichende Varianten des Kapitalismus.«

Sebastian Heilmann: »Innovation auf Chinesisch«, in: *FAS* vom 13. April 2014, S. 20.

Die rasante und komplexe Wirtschaftsentwicklung, die hier freilich nur angedeutet werden kann, läßt sich mit der auf Ostasien spezialisierten Politikwissenschaftlerin Sarah Nagel in zwei Großphasen einteilen:

Zunächst gewährte man ab 1978/79 kleineren Unternehmen enormen Spielraum. In der zweiten Phase, die Nagel ab 1992 verortet (und die 2000 einen neuerlichen Schub durch die »Strategie des Hinausgehens« erhielt), »begannen sich die großen, profitorientierten Staatsunternehmen zu entwickeln, die heute die chinesische Volkswirtschaft prägen und auch bei den Auslandsdirektinvestitionen eine tragende Rolle spielen«. Die Verantwortlichen der Staatsunternehmen sind im Regelfall Parteikader, denen diese Position qua ihrer privilegierten Stellung in der neuen Klasse der politischen Bürokratie, der KP-Bürokratie, zukommt. Der entscheidende Unterschied ist, daß die Kader in der Sowjetunion einst ihre politischen Stellungen durch den Systemzusammenbruch verloren, sie aber nutzen konnten, um im neuen Regime ökonomisch zu reüssieren (was wiederum später, je nach konkreter Vorliebe, ermöglichte, aufs neue politischen Einfluß zu erlangen). Hingegen hat die KP China respektive die »neue Klasse« innerhalb der KP – nicht alle 90 Millionen Parteimitglie-

der zählen ja zur neuen Klasse nach der Definition Djilas' – die politische Macht gesichert, ihr parteisozialistisches System aber zusätzlich mit einer »sinisierten« kapitalistischen Produktionsweise verwoben. Somit konnten die bestehenden Wirtschaftsstrukturen bei vollem Machterhalt transformiert werden – auf chinesische Art und Weise.



»Im heutigen China herrschen alles andere als Friede, Freude, Eierkuchen, große Gebiete befinden sich in einer sehr schwierigen Lage, weiten Teilen der Bevölkerung geht es elend. Viele junge Menschen sind noch nie aus den großen Städten herausgekommen, sie glauben, in China sei es überall so wie in Peking oder Shanghai, so wie auch mancher Ausländer nach dem ersten Augenschein annimmt, es sehe in ganz China so aus. Die Wirklichkeit vermittelt aber ein vollkommen anderes Bild.

Wir haben Dinge gesehen, die man sich in diesem Ausmaß nicht vorstellen kann: Armut, Verbrechen, Elend, Resignation, Widerstand, Schweigen, innere Bewegung und Tragödien …«

Chen Guidi/Wu Chuntao: *Zur Lage der chinesischen Bauern*, Frankfurt a.M. 2011, S. 30.

Dabei sind Erfolge auch für breite Schichten jenseits der herrschenden neuen Klasse zu verzeichnen, die quantitativ und qualitativ beachtlich sind: Bis 2016 erreichte man, vor allem unter der Ägide von Xi Jinping, daß 95 Prozent der Chinesen krankenversichert sind – 2003 waren es rund zehn Prozent. Auch das Rentensystem verbesserte sich in die Breite: Für 2014 liegen Daten vor, wonach 842 Millionen Menschen (von 1,38 Milliarden) in einem Altersversorgungssystem versichert waren, (2009: 240 Millionen). Die Lebenserwartung stieg zwischen Anfang der 1990er Jahre – dem Beginn der »zweiten Phase« des chinesischen »wettbewerbsorientierten Staatskapitalismus« – und 2012 von 69 auf 75 Jahre.

Diese wirtschaftspolitische Erfolgsgeschichte – der überwiegend arbeitsintensiven, exportorientierten Massenproduktion – läßt, wie in westlichen Gesellschaften auch, die Ansprüche der Bürger steigen. Es reicht für den Staat nicht mehr, Versorgungssicherheit herzustellen; Konsumgüter, Reisen oder auch der eigene Immobilienerwerb legen an Stellenwert zu und werden aufgrund der Popularität des chinesischen ökonomischen Wachstums von den Bürgern entsprechend vorausgesetzt. Diese wirtschaftspolitische Erfolgsgeschichte unterscheidet sich vom westlichen Kapitalismusmodell indessen durch den Umstand, daß die Betriebe ihr Kapital von *staatlichen* Banken erhalten. Der Staat tritt als ideeller Gesamtkapitalist auf, der überdies die Einlagen von über 1,3 Milliarden Sparern verwalten darf. Unstrittig positive Ergebnisse aus wirtschaftspolitischer Sicht erzielt zudem die Vielfaltsdirektive: Das Reich der Mitte erprobt in seinen verschiedenen Regionen unterschiedliche Ansätze, operiert regional also mit erheblich unterschiedlichen Modellen von Steuern, Investitionen und Unternehmensformen. So steigert sich die Vielfalt der Handlungsmöglichkeiten für ausländische wie inländische Investments; es entsteht »Konkurrenzdruck zwischen den örtlichen Verwaltungsein-

heiten«, wie Ho-fung Hung diagnostizierte. Der in den USA lehrende Soziologe macht im Zuge der anhaltenden Reformpolitik der chinesischen Staatsführung eine Dezentralisierung der Ökonomie aus, die mit einer Stärkung lokaler und regionaler Autoritäten einhergehe. Diese Autoritäten sind, entsprechend der Hegemonialstellung der Partei, besondere Kader, die durch »Insider-Privatisierung« (man denke hier an das Vorsprungwissen der Sowjet-Nomenklatura nach 1989) Vermögen anhäuften und ihre Position dadurch stärkten und stärken. Diese neuen Reichen als Profiteure der Marktreformen, stellt Hung klar, formieren heute die »soziale Grundlage der Kommunistischen Partei«. Ihre privaten Profite, ob im Exportbereich oder in der Immobilienwirtschaft, werden geduldet, solange sie die KP-Politik nicht in Zweifel ziehen; die »neue Klasse« hat ihre kommunistische Parteistruktur also auch hier – freilich unter anderen Bedingungen als weiland 1989ff. in Osteuropa – genutzt, um unter neuen Paradigmen der Produktionsverhältnisse die privilegierte Stellung zu betonieren. Diese wird – einstweilen – weitestgehend von der Bevölkerung akzeptiert.

Domenico Losurdo weist – ähnlich wie Djilas 60 Jahre vor ihm – auf eine »verselbständigte politische Schicht« (d.i. die neue Klasse) hin, »die jedoch, anders als in Osteuropa geschehen, weiterhin großes Ansehen aufgrund des Umstands genießt, die Sache der nationalen Emanzipation zu verkörpern«. Die nationale Frage Chinas als Behauptung der eigenen Größe im Weltgeschehen verschafft der Führungsschicht weiterhin Legitimation, die bis in die Betriebe hinein spürbar ist. Die Macht des Privateigentums der neuen Klasse hat in diesem Kontext zumindest eine klare Grenze: das nationale Interesse. Die chinesische Führung versucht, folgt man dieser Deutung, das persönliche kapitalistische Profitstreben zu aktivieren, gleichzeitig aber allgemeinen, also chinesisch-nationalen Zielen unterzuordnen. Ob dieser widersprüchliche und höchst diffizile Versuch, den dynamischsten aller Tiger – die entfesselte chinesische Variante des modernen Kapitalismus – zu reiten, auch weiterhin gelingt, bleibt abzuwarten. Derzeit ist die von der KP beaufsichtigte chinesische Ökonomie nichts Geringeres als die »Wachstumslokomotive des Weltkapitalismus« (Wolfgang Fritz Haug).

»Der nur mühsam aufgehaltene Ansturm chinesischer Bauern auf die Glitzermetropolen ihres Landes ist eine Variante des weltweiten Wettlaufs auf die Wohlstandsinseln. Was sich in China abspielt, wie die Regierung mit der Bauernfrage umgeht, das wird auch in unseren Breiten Auswirkungen haben, so wie bereits die Finanzmärkte zittern, wenn sich in Peking eine Währungsaufwertung andeutet.«

Ylva Monschein: »Ein Land – zwei Welten« (Nachwort), in Chen Guidi/Wu Chuntao: *Zur Lage der chinesischen Bauern*, Frankfurt a.M. 2011, S. 539–564, hier 564.

Doch die Schattenseiten des immensen und konstanten Wachstumsschubs der chinesischen Wirtschaft und der Reichtumsakkumulation seit 1978 sind bereits jetzt ein zunehmendes Problem für die Führung. Zwar wurden seit den Reformen schätzungsweise bis zu 500 Millionen (!) Menschen aus Hunger und Armut befreit, doch haben sich neue Probleme ergeben, die nicht ohne weiteres durch ambitionierte Parteitagsbeschlüsse zu überwinden sind: Die reichsten ein Prozent der Haushalte besitzen ein Drittel des Gesamtvermögens, das ärmste Viertel dagegen nur ein Prozent. Besonders gefährlich für die innere Stabilität Chinas: Die Land-Stadt-Dichotomie spitzt sich zu. Nicht nur, weil man mittlerweile von bis zu 150 Millionen Wanderarbeitern ausgehen muß, die vagabundierend und rechtsunsicher leben, weil das sogenannte Hukou-System es beinahe unmöglich macht, ein ständiges Aufenthaltsrecht in den Städten zu erhalten.

Auch materiell ist das Gefälle zwischen Stadt und Land gewaltig: Das durchschnittlich verfügbare jährliche Einkommen auf dem Land, wo die Mehrzahl der 12,5 Prozent Chinesen lebt, die »mehrdimensionaler Armut« ausgesetzt sind (gemessen an Bildung, Gesundheit, Lebensqualität), betrug 2016/2017 nur ca. 9800 Yuan, in der Stadt hingegen fast das Dreifache: 27.000 Yuan (ein Euro entspricht ca. 7,7 Yuan). Es verwundert nicht, daß angesichts der neuen Ungleichheit in China – durchaus parteiloyale – Forscher wie Chen Guidi und Wu Chuntao die Bauern als die »typischen Verlierer der chinesischen Gesellschaft« bezeichnen, und daß die Sinologin Ylva Monschein die »Stadt-Land-Segregation der Volksrepublik« als »die Achillesferse ihrer heutigen Stabilität« ansieht. Der fehlende soziale Ausgleich droht die positive Stimmung im Riesenreich vielerorts zu kippen; erste Protestwellen wurden bereits registriert: sie richteten sich, so Chen und Wu, gegen die »Pfannkuchengesichter von Kadern«, die durch unrechtmäßige Behandlung der Bauern und zur Schau gestellte Privilegien Wut auf sich ziehen.

»So wurde ein hybrides System neuen Typs geschaffen, in dem die kapitalistischen Prinzipien des Wirtschaftens und Akkumulierens sich fast ungehindert entfalten können, während die Partei nach leninistischem Rezept die Kommandohöhen des Staates wie der Wirtschaft besetzt hält und sich in nahezu jeder gesellschaftlichen Entscheidung das letzte Wort vorbehält. Dabei steht sie selbst laut Verfassung über der Verfassung, also über dem Staat und außerhalb des Rechts, mittels dessen sie die übrige Gesellschaft streng reguliert und beherrscht, notfalls, indem sie die ›Gewehre kommandiert‹.«

Gerd Koenen: *Die Farbe Rot. Ursprünge und Geschichte des Kommunismus,* München 2017, S. 1010.

Die bereits erwähnte Dezentralisierung der ökonomischen Machtzentren bringt also auch solche Widersprüche hervor, die zusätzlich dadurch

verstärkt werden, daß sich die städtische und unternehmerische Elite aus der neuen Klasse vor allem dem Exportgeschäft sowie internationalen Großprojekten widmet und dadurch die ländlichen Räume weiter ins Hintertreffen der Aufmerksamkeit geraten. Der Politikwissenschaftler Uwe Hoering nennt dies die »Going-global«-Strategie, die von der Staats- und Parteiführung begünstigt wird. Man verknüpfe »die Notwendigkeit weiterer kapitalistischer Expansion der chinesischen Wirtschaft wirkungsvoll mit dem Machterhaltungstrieb der Führungseliten«.

Diese Führungseliten können nun angesichts des schier unermeßlichen Potentials an widerständiger Masse auf repressive Maßnahmen nicht verzichten. Sie tun es denn auch nicht, nutzen aber bis dato unvorstellbare Möglichkeiten, die ihnen das digitale Zeitalter mit seiner uneingeschränkten »Macht der Daten« (vgl. *Sezession* 78) bietet. Die chinesische Führung arbeitet zielstrebig auf das sogenannte Social Credit System (SCS) hin, das ab 2020 für alle Chinesen verpflichtend sein soll. Es ist die realexistierende Dystopie *in status nascendi*: Dieses Gesellschaftsranking überwacht alles, »Einkäufe, Zahlungsfähigkeit, Pünktlichkeit am Arbeitsplatz, TV- und Videospielkonsum. Die gesammelten Daten ergeben ein individuelles Ranking, das öffentlich zugänglich ist und die ›Vertrauenswürdigkeit‹ von 1,3 Milliarden Chinesen abbilden soll«, wie Juljan Krause, der an der Universität Southampton zum Big-Data-Komplex forscht, zusammenfaßt. Das Ziel, das die chinesische Regierung vorgibt zu erlangen, sei »eine Kultur der Ehrlichkeit und des Vertrauens zu errichten«. Totale Transparenz und Kontrolle werden moralisch begründet: Der *Circle* von Dave Eggers kann als Blaupause gelesen werden.

Vor allem auch für das Politische droht eine eklatante Zäsur, denn Kontakt zu »nicht vertrauenswürdigen« Personen sorgt für Punktabzüge, die jedermann öffentlich einsehen kann. Angesichts der Verfaßtheit des Mängelwesens Mensch und seinem Streben nach Unauffälligkeit und Akzeptanz durch seine Umgebung ist damit zu rechnen, daß andersdenkende Akteure effektiv sozial isoliert werden können, zumal in einem traditionell autoritätsorientierten Land wie China. Was auf den ersten Blick abschreckend wirkt, stößt dort bereits vor 2020 auf großes Interesse: Millionen Chinesen in über 40 Testregionen nutzen das SCS schon jetzt – freiwillig, als Zeichen ihres guten Willens. Sie lassen sich auch davon nicht abschrecken, daß bei schlechten Werten der Erwerb einer Wohnung oder der Kindergartenplatz unmöglich wird, daß Versicherungen den Abschluß verweigern dürfen, daß die Kreditwürdigkeit anhand des Rankings beurteilt wird, ja daß das soziale Bonitätssystem auch dort eingreift, wo sich der Nutzer ganz im Privaten wähnt: In sozialen Netzwerken wie auch in Messenger-Diensten sorgen fortan regierungskritische Kommentare ebenso für Punktverlust wie mangelnder Besuch bereits erwachsener Kinder bei ihren Eltern.

Jeder Bürger startet dabei mit 1000 Punkten. Die beste Stufe erreicht man bereits ab 1050 Punkten (»AAA«), die schlechteste bei unter 599 Punkten (»D«). Mit A-Bewertung gelangt man auf eine rote Liste, mit D auf eine schwarze. Die Zwischengruppen um die Einstufung C werden regelmäßiger kontrolliert. Die Folgen sind – noch – unabsehbar, aber schon jetzt darf bezweifelt werden, daß das Punktesystem aus Datensammlung, -kontrolle, -bewertung samt folgender Belohnung respektive Bestrafung dem alten Ideal der »harmonischen Gesellschaft« wirklich entspricht. Sicher ist, daß die VR China damit global gesehen Vorreiter der digitalen Umgestaltung des Überwachungsstaats in alle Sphären der Gesellschaft hinein ist. Die neue Klasse setzt um, die Bürger folgen bereitwillig, weil die Interessen – ein moralisch sauberes, erfolgreiches, prosperierendes China – deckungsgleich wirken. Interessant für den sozialen Zusammenhalt in China wird es dann, wenn die »Klasseninteressen« der Führungselite nach vorläufigem Abschluß der erfolgreichen ökonomischen Nachholbewegung nicht mehr deckungsgleich mit jenen Interessen verschiedener anderer Schichten sein wird. In eventuell aufkommenden politischen Kämpfen um Verteilung, Teilhabe oder Einfluß droht dann das böse Erwachen seitens der Dissidenten: die totale Überwachung wäre bereits installiert, nachhaltige Opposition unmöglich. Daß entsprechende Entwicklungen in Deutschland und Europa gar nicht erst forciert werden können, bedarf präventiver Analyse und Aufklärung. ■

Literaturhinweise:

Wolfram Adolphi: »Das Rad der Geschichte«, in: *OXI. Wirtschaft anders denken* 10/2017, S. 16f.;

Hendrik Ankenbrand: »China plant die totale Überwachung«, in: *FAZ* vom 22. November 2017;

Theodor Bergmann: *Der chinesische Weg. Versuch, eine ferne Entwicklung zu verstehen,* Hamburg 2017;

Milovan Djilas: *Die neue Klasse. Eine Analyse des kommunistischen Systems,* Wien/München 1957;

Uwe Hoering: »Auf dem Weg zum Wirtschaftsimperium. Chinas neue Seidenstraße«, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 10/2017, S. 91–100;

Ho-fung Hung: »Chinas Glanz und Grenzen«, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 7/2016, S. 49–60;

Juljan Krause: »›Gewöhnt euch dran‹. Überwachung 4.0«, in: *konkret* 12/2017, S. 44–46;

Domenico Losurdo: *Der Klassenkampf oder Die Wiederkehr des Verdrängten? Eine politische und philosophische Geschichte*, Köln 2016;

Ylva Monschein: Ein Land – zwei Welten (Nachwort), in: Chen Guidi/Wu Chuntao: *Zur Lage der chinesischen Bauern*, Frankfurt a.M. 2011, S. 539–564;

Sarah Nagel: »Staatskapitalismus goes global«, in: *Prokla. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft*, Heft 169 (Dezember 2012), S. 641–657;

OXI-Redaktion: »Weniger Arme, mehr Ungleichheit: China und die soziale Entwicklung«, in: *oxi.de* vom 22. Oktober 2017;

Li Qiang: »Die Entwicklung der Sozialstruktur in China«, in: *Das Argument* 296 (Heft 1–2, 2012), S. 133–144.

Das andere China

von David Lehmann/Konrad Gill

Ein Land wie China voller Widersprüche darzustellen, und zwar abseits der gängigen Bilder von Umweltverschmutzung, überbevölkerten Metropolen, Korruption und Migrationsproblemen, ist keine leichte Aufgabe. Die heute zweitgrößte Volkswirtschaft der Erde hat binnen weniger Jahrzehnte den Sprung vom ärmsten Staat der Welt hin zu einer Ökonomie geschafft, die ihrer Bevölkerung ein Durchschnittseinkommen über dem Weltmittel bietet. Nach wie vor bestehen große Einkommens- und Wohlstandsunterschiede zwischen Land und Stadt; die Prosperität der Küstenregionen wirkt sich aber auf die Landbevölkerung aus und hebt deren Niveau ebenfalls.

Inzwischen lebt mehr als die Hälfte der Chinesen in Städten. 2030 werden es mindestens 70 Prozent sein. Die Urbanisierung treibt Löhne, Preise und Arbeitskosten in die Höhe, fördert die Binnennachfrage und sorgt damit für weiteren Wohlstand. Die Kehrseite ist der immense Investitionshunger: Die Regierung muß über die Billionen-Euro-Grenze hinaus in die städtische Infrastruktur investieren, um die neuen Stadtbewohner versorgen zu können, und darf zugleich die ländlichen Provinzen nicht vernachlässigen. Schon vor zehn Jahren flossen 48 Prozent aller staatlichen Ausgaben in Infrastrukturprojekte im ländlichen Raum.

Neben den staatlichen Investitionen und dem Außenhandel treibt der Inlandskonsum als dritter Motor die Entwicklung des chinesischen Bruttoinlandsprodukts an.

Eine belebte Einkaufsstraße in einer beliebigen Großstadt im prosperierenden Osten Chinas. Haltung und Benehmen der meisten Flaneure wären als »verwestlicht« noch freundlich umschrieben. Gleichgültigkeit und Abstumpfung haben in einer niveaulosen globalen Einheitskultur ihre Form gefunden. Andererseits kann der europäische Besucher nur staunen über das Maß an Sauberkeit, Sicherheit und zur Schau gestelltem Wohlstand einer selbstbewußten Mittelschicht. Der hungernde Bauer in blauer Einheitskleidung, der jahrzehntelang das westliche Bild »des« Chinesen prägte, würde hier genauso aus der Zeit gefallen wirken wie ein spätmittelalterlicher Mandarin.

Ein in Deutschland aufgewachsener chinesischer Importunternehmer, Herr Y., sagt uns: »Viele Chinesen, die im Ausland studiert und gearbeitet haben, mußten erkennen, daß die Daheimgebliebenen durch das extreme Wirtschaftswachstum finanziell regelrecht nach oben gespült wurden. Ein unterdurchschnittlicher Student konnte sich unmotiviert bei einem erfolglosen Startup namens Alibaba bewerben und dort ausharren. Nach zehn Jahre erhielt er eine Ausschüttung von über zehn Millionen Euro.«

»2015 sagten 77 Prozent der befragten Chinesen, daß es ihnen jetzt besser gehe als fünf Jahre zuvor. Diese Zahlen legen nahe, daß Chinas Kommunistische Partei zumindest derzeit erreicht hat, was Antonio Gramsci ›ideologische Hegemonie‹ nannte.«

Nathan Gardels: »Why China Fears a ›Color Revolution‹ Incited by the West«, in: *Huffington Post* vom 4. November 2016. (Übersetzung D.L./K.G.)

Die städtischen Mittel- und Oberschichten Chinas leben auf einem in Europa weitgehend unbekannten Wohlstandsniveau. Ein Rentnerehepaar, das sich seine Rente (Eintrittsalter 60 für Männer, 55 für Frauen) mit



Gutes aus Europa: Erinnerungsanker von Auslandschinesen. Französischer Rotwein, deutscher Kaffee und russischer Wodka. Rechts im Bild befindet sich beiläufig moderne Kunst im Wert einer Viertelmillion Euro.

einfachen unternehmerischen Tätigkeiten (etwa als Inhaber eines kleinen Ladens oder durch Verpachtung) aufbessert, kann ohne besondere Mühe netto mehr verdienen als ein berufstätiges Ehepaar in Deutschland. Das sorgt für eine enorme Kaufkraft, die wiederum die Binnenkonjunktur anheizt. In China wird es daher auf absehbare Zeit eine sehr große Mittelschicht geben.

Gleichzeitig hat das Land eine der höchsten Sparquoten der Welt. Die Wohlstandsentwicklung geht von Privatunternehmen aus, und so wird wirtschaftlicher Erfolg gesellschaftlich sehr geachtet. Dabei ist der im Alltag »gefühlte« Abstand zwischen den Superreichen und den sehr Armen in chinesischen Städten relativ gering, da das chinesische System und die Leitkultur in China eine zu extreme Spaltung nicht erlauben. Mehr als jeder vierte Milliardär weltweit ist Chinese; Milliardäre und Multimillionäre treten aber in der städtischen chinesischen Gesellschaft unauffällig auf, führen keine abgekapselte oder extravagante Sonderexistenz.

»So unkommunistisch sind die Kommunisten noch nicht, als dass sie die Sprengkraft der Klassengegensätze im Kapitalismus komplett unterschätzen würden.«

Georg Blume: »Das wahre China«, in: *zeit.de* vom 4. Juni 2008.

Überraschenderweise ist in diesem System, das wirtschaftlichen Erfolg so hoch schätzt und daher auch sozialen Aufstieg ermöglicht, nicht etwa maximaler finanzieller Ertrag das oberste Steuerungsziel der Regierung, sondern die Stabilität der politischen Verhältnisse. Deshalb läßt sich die chinesische Regierung sehr viel Zeit mit der Ausweitung wirtschaftlich erfolgreicher, aber soziales Konfliktpotential bergender Maßnahmen wie der Ausweisung von Sonderwirtschaftszonen. Diese haben zu einem explosionsartigen Wachstum und enormen positiven Wohlstandseffekten geführt, dennoch wird das marktwirtschaftliche Modell nur zögerlich weiter zugelassen. Immerhin liegt die Staatsquote im vermeintlich kommunistischen Staat bei nur 31 Prozent (BRD: 44 Prozent).

Die Xiamen-Insel (Kulangsu), ein beliebtes Urlaubsziel, liegt nur wenige Kilometer vom kleinen Bruder Taiwan entfernt. Die frühere Diplomatenenklave wirkt wie ein Sehnsuchtsort. Relativ wohlhabende (Mittelschicht-) Chinesen verbringen ihre Freizeit inmitten der europäisch anmutenden Ar-



»Auch in durchschnittlichen städtischen Restaurantküchen gelten in Europa unübliche Hygienevorschriften.

chitektur der Sonderverwaltungszone. Junge Paare, viele davon auf ihrer Hochzeitsreise und verspielt-individuell gekleidet im Stil der 1920er- bis 1940er-Jahre, flanieren und lassen sich photographieren. In einer museal erhaltenen Villa ist ein Café im südeuropäischen Stil eingerichtet. All das ist weit entfernt von Disneyland-Atmosphäre, die Touristen bemühen sich um kultiviertes Auftreten. Die Sehnsucht nach dem Alten scheint bei diesen jungen Chinesen stark ausgeprägt zu sein, als wollten sie einer vermeintlich unbeschwerten, schönen historischen Zeit nachspüren.

»Wir verstecken unsere Fähigkeiten und warten ab.«

Motto der chinesischen Außenpolitik in den 90er Jahren unter Deng Xiaoping.

China und der »Westen« koexistieren seit 150 Jahren in problematischen Verhältnissen, hervorgerufen durch europäische Interventionen und Quasi-Kolonialismus. Wegen überlegener Waffentechnik der Europäer und Amerikaner in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts unterworfen und als uraltes Kulturvolk von höchstem Rassestolz wie ein Stamm Wilder behandelt worden zu sein, hat die Chinesen zutiefst gedemütigt. Das hat bis heute Folgen für das Selbstbewußtsein. China ist nicht zu verstehen ohne diese Geschichte, der Blick des Volkes auf Europa schwankt zwischen Begeisterung und Skepsis – und großer Naivität. Ein Multimillionär, mit dem wir sprechen, weiß nicht, daß die Berliner Mauer gefallen ist. Auf die »alte« Zeit der Dichter und Denker Europas wie auf westliche Technologie blickt man voller Bewunderung, jedoch weniger im Sinne eines Vorbildes, sondern weil Sicherheit und Qualität als Siegeszeichen gelten.

Oft begeistern sich historisch interessierte Chinesen für die wenigen verbliebenen Relikte der eigenen Vergangenheit im frühen 20. Jahrhundert. Dabei ist die Erinnerung an eine heile Welt der zwanziger bis vierziger Jahre eine reine Fiktion, waren doch diese Jahrzehnte von massiven inneren Verwerfungen geprägt. Aber es war die letzte Zeit vor den Katastrophen der Mao-Periode. Die Kulturrevolution wird als die »dunkle Zeit« in der Geschichte Chinas begriffen und ist weitgehend tabuisiert. Eine »Aufarbeitung« jener Jahrzehnte findet nur langsam statt. Denn das



China, wie man es sich vorstellt. Eng bebaut, hochverdichtet. Doch was sich dem Betrachter entzieht: das Innere kann extrem hochpreisig ausgestattet sein.

chinesische Volk ist kollektiv tief traumatisiert. Jahrtausendealte Traditionen wurden abgeschnitten, wichtige Identitätsanker gingen verloren. In der aktuellen Phase des Wachstums und der Prosperität führt das zu schmerzhaften Nachwehen, da dem Selbstbewußtsein das identitäre Fundament fehlt.

Als Surrogat werden westliche Lebensstile bis zum Kitsch imitiert – und nur selten so stilvoll wie in Xiamen. Bestimmte Vorstellungen von europäischen Bräuchen sind weitverbreitet und werden durch hochprofessionelle Hochzeitsagenturen und Hollywoodfilme tradiert. Sie füllen das Identitätsvakuum und bedienen die Sehnsucht nach Romantik und Harmonie, weil Eigenes abwesend scheint.

> Heidelberg, 2000/2018. Unser Austausch mit chinesischen Studenten hat sich innerhalb von weniger als 20 Jahren grundlegend gewandelt. Erfahrungshungrig sind die jungen Chinesen heute wie damals, doch sie sind wie von sich selbst abgeschnitten. Wer europäische Jugendliche für abgestumpft, überreizt und kulturlos hält, hat diese jungen Chinesen nicht erlebt. Wagen wir es heute, mit durchschnittlichen Austauschstudenten in den Schwarzwald zu fahren, um ihnen den deutschen Wald und die grandiose Aussicht zeigen zu können, werden wir wieder und wieder enttäuscht. Die jungen Erwachsenen blicken beim Aussichtspunkt nicht einmal von ihren Bildschirmen auf: Sie sind vollkommen desinteressiert. In historischen Städten werden nur Motive aufgesucht, die »gut für Selfies« sind. Nicht ein einziger Teilnehmer einer Besuchergruppe hatte Interesse am Besuch des Straßburger Münsters: »Wir wollen shoppen gehen, wo sind hier Gucci und Versace?«

Eine halbe Million chinesischer Studenten hält sich jedes Jahr im Ausland auf. Während Auslandsstudenten in vergangenen Zeiten, vor allem Ende des 19./Anfang des 20. Jahrhunderts, bei ihrer Rückkehr Botschafter westlicher Lebensart waren und damit zur Modernisierung des Landes beitrugen, bringen sie heute keine nennenswerten neuen Impulse mehr mit.



Jugendliche an der Touristenattraktion in Hangzhou. Sie treten individuell, postmodern und hedonistisch auf. Analog zu europäischen Gesellschaften verdichtet sich der Eindruck: »Millenials« sind ein globales Phänomen.

»Ich sagte zu Deng Xiaoping: ›In gewisser Hinsicht sagt ihr chinesischen Kommunisten nicht die Wahrheit, denn ihr nennt euch Kommunisten, tatsächlich aber seit ihr Konfuzianer.‹ Das schockierte ihn irgendwie. Er brauchte wenige Sekunden, dann gab er mir eine Antwort, die nur aus zwei Worten bestand: ›Na und!‹«

Helmut Schmidt: *Ein letzter Besuch,* München 2013, S. 108.

Heutige chinesische Stadtbewohner sind in der Masse nicht nur ihrer Tradition, sondern auch ihrer Natur und ihrem Körper entfremdet. Abtreibungen und die »Pille danach« sind Alltagsphänomene. Städtisch lebende Mütter stillen vielfach ihre Säuglinge nicht, sondern füttern sie mit europäischem Milchpulver, weil sie denken, daß ihre Kinder dann genauso stark und gesund werden, wie sie das von europäischen Kindern in der Werbung gesehen haben. Gegen Alterserscheinungen sind sofort wirkende und potentiell gesundheitsschädliche Mittel beliebt, etwaige Nebenwirkungen interessieren nicht. Antibiotikamißbrauch ist verbreitet. Ahnungslosigkeit in bezug auf gesundheitliche und physiologische Sachverhalte steht in merkwürdigem Kontrast zum teils beachtlichen technischen Bildungsniveau. Um hinter die Ursachen der chinesischen geistigen Misere zu kommen, genügt keine Konsumkritik: China hat mit einem Traditions- und Identitätsabbruch zu kämpfen, der in Europa kein Gegenstück hat. Ein Wiederanschließen an Traditionen ist bisher nicht verbreitet gelungen. Der Konfuzianismus ist in der aktuellen Phase zumindest im Alltag eine reine Illusion und hat nur noch eine Daseinsberechtigung in teuren interkulturellen Managerseminaren in Europa. Die Vorstellung einer konfuzianischen oder auch nur irgendwie philosophischen Begründung wirtschaftlichen Handelns spiegelt nicht annähernd die Situation in der chinesischen Wirtschaft wider. Das Ausmaß an Egoismus, Berechnung und Übervorteilung, das im chinesischen Wirtschaftshandeln alltäglich begegnet, ist wie »Thomas Hobbes auf Crystal Meth«.

Nicht verschwiegen werden darf hier, daß die Suche nach Identität von den Machthabern gern ausgenutzt wird: Sie verläuft in der breiten Masse entlang vorgegebener Muster, auch Identität wird zur Ware und konsumierbar und damit kontrollierbar.

Gottesdienst in einer staatlich lizensierten christlichen Gemeinde in China, 2017. Unter den in verschiedenen Konfessionen getauften Christen herrscht asiatische Toleranz, ob protestantisch, pfingstlerisch oder katholisch: man

hilft einander und ist auch in mehreren Kirchen aktiv, das verbindende Glied ist der Glaube an die Kernelemente des Christentums. Die fromme und überzeugte Haltung der Gottesdienstbesucher ist zu spüren, die Stimmung im Saal unterscheidet sich deutlich von den meisten deutschen Sonntagsgottesdiensten.

China hat nach Aussagen chinesischer Christen die größten und am schnellsten wachsenden christlichen Gemeinden der Welt. Das ist besonders erstaunlich in einem Land, in dem eine jahrhundertelange, von Hegemonialmächten geförderte Missionierung nur schwache und vor allem kaum bleibende Effekte hatte. Der Bedarf nach spiritueller Hilfe und Erleuchtung scheint gewaltig.



■ *Neben Hochgeschwindigkeitszügen (vier Typen sind gerade im Einsatz) bilden die Buslinien das Rückgrat der chinesischen Mobilität. Busfahrer verdienen gut, dennoch herrscht permanenter Arbeitskräftemangel.*

Wir fragen noch einmal den gut vernetzten Unternehmer Y.: »Man spürt die Abwesenheit von wirklich tieferem Sinn im Leben. Der reine Materialismus herrscht stark vor und vielen der Chinesen ist dies auch zumindest ansatzweise bewußt. Zum Beispiel bleiben viele der Chinesen, die bei Alibaba mehrere Millionen Euro Ausschüttung erhalten haben, im Unternehmen, weil sie, so wörtlich, ›nicht wissen, was sie mit ihrem Leben anfangen sollen‹. Sie kennen ihre Wünsche und Visionen nicht. Denn was man im Westen selten erkennen kann, ist, daß Chinesen sehr gefühlsbetont und auf Herz und Harmonie ausgelegt sind; um so krasser ist die aktuelle Entwicklung.«

Nach Schätzungen christlicher Hilfsorganisationen gibt es in China mehr Christen als Mitglieder der Kommunistischen Partei (KPCh). Etwa sieben Prozent der Chinesen sollen Christen sein. Das erklärt, warum die sonst an metaphysischen Fragen so desinteressierte Partei Christen immer wieder mit Repressionen überzieht: Grund für Christenverfolgungen sind nicht kämpferischer Atheismus oder kommunistische Religionslosigkeit, sondern die Angst vor ausländischer Beeinflussung und dem Entstehen einer organisierten Gegenmacht zur KPCh. Die Verfassung garantiert die Bekenntnis-, nicht aber die Religionsausübungsfreiheit.

Für Kirchenbauten der staatlich lizensierten und überwachten Religionsgemeinschaften werden sogar Flächen zur Verfügung gestellt und dafür notfalls Land enteignet. Staatliche Überwachung vereinigt sich auf eine Europäern ungewohnte Weise mit Liberalität: Gut ist, was der Stabilität dient. Erweisen sich die Christen als folgsame Staatsbürger, können sie öffentlich unterstützt werden. Private Gebetskreise außerhalb der Lizenzkirchen werden in der Regel geduldet. Trotzdem kommt es im Riesenreich immer wieder zu Repressionen gegen Christen. So kann es ge-

schehen (wie im Januar 2018 im Bistum Zhouzhi), daß ein Kirchenbau urplötzlich wegen angeblich fehlender Baugenehmigung abgerissen wird. Kommt danach Protest auf, mag sich die örtliche Verwaltung entschuldigen und ein annähernd rechtsstaatliches Verfahren zur Aufklärung in Gang kommen – aber das Gebäude ist erstmal weg.

Dieses Hin und Her zwischen Willkür und Rechtlichkeit, Repression und staatlicher Unterstützung ist Alltag für chinesische Christen. Und es weist auf den Schlüssel hin, der zum Verstehen autoritärer Maßnahmen in China nötig ist: nicht Repression aus ideologischer, aufgesetzter Klassenfeindschaft heraus ist die Absicht. Das wichtigste Regierungsziel im Reich der Mitte, heute wie vor tausend Jahren, ist die Erhaltung von Stabilität und Harmonie. Sonderinteressen müssen zurückstehen. Aus der Suche nach Harmonie wird auch verständlich, warum die vorprozessu-



■ *Digitale Zweisamkeit im Irgendwo. Die digitale Seuche hat keinen kulturellen Charakter, sie ist global und hat sich in das Rückenmark der Menschheit hineingefressen.*

ale Streitbeilegung obligatorisch ist. Selbst die bei vielen Verbrechen drohende Todesstrafe wird nicht vollstreckt, wenn die Angehörigen des Opfers dem Täter verzeihen. Im politischen Bereich werden Konflikte möglichst gewaltlos gelöst oder schon vor einer Eskalation entschärft: Demonstranten werden vor der Anwendung polizeilicher Gewalt mehrfach vorgewarnt, enteignete Bauern werden fürstlich entschädigt. Ethnische Minderheiten sind im Nationalen Volkskongreß überrepräsentiert und waren von der (2015 abgeschafften) Ein-Kind-Politik weitgehend ausgenommen. Diese Bevorzugung dient der Friedenssicherung. Die vermeintlich »unterdrückten« Volksgruppenminoritäten genießen vom erleichterten Zugang zu Universitäten und zur Beamtenlaufbahn über Steuervergünstigungen bis zu Zinszuschüssen für Unternehmenskredite weitere Privilegien. Nur das Sezessionsrecht wird ihnen verweigert, was dann von an der Destabilisierung Chinas interessierten Mächten als Repression gedeutet wird.

Im Stadtteilkindergarten einer wohlhabenden chinesischen Großstadt, 2012. Die hochwertige Ausstattung, die vielen Betreuerinnen (mit Fach-Studium), vor allem aber das Wachpersonal und die vollständige Umzäunung des Geländes mit übermannshohen Stahlrohren machen klar: Kinder gelten als größter Reichtum. Es handelt sich keineswegs um einen besonderen Kindergarten für reiche Eltern. Nicht nur der Erziehung, sondern auch dem Volkscharakter mag geschuldet sein, daß die Kleinkinder sich so viel besser benehmen als europäische Kinder. Wie sie aber umsorgt und beschützt werden, gehorcht einer politischen Grundsatzentscheidung. Das erklärte Ziel ist nicht, im Vorschulkind eine »Humanressource« verfügungsbereit zu machen, sondern das Glück, das das Kind empfindet, steht im Mittelpunkt. Gender-Mainstreaming gibt es hier nicht.

In der chinesischen Kultur genießt die Familie bis heute Vorrang und das wirkt sich auf die Behandlung von Kindern aus. Bildung und Erziehung werden großgeschrieben, dennoch sprechen aufmerksame Chinesen, gerade im Bildungssektor Beschäftigte, von einem drohenden Niedergang des Systems. Ein effizientes, geplantes und gesteuertes Bildungssystem ist die wohl bestmögliche Form, Elitennachwuchs für den Staat zu finden und weiter auszubilden. Die chinesische Kultur hat schon in der Kaiserzeit ein nicht kurzfristig wirkendes System geschaffen, das im wesentlichen bis heute besteht. Beamte werden wie vor 2000 Jahren von der Zentralregierung berufen, wobei sich das System immer weiterentwickelt hat und momentan sehr raffiniert funktioniert. Mit Kommunismus hat dieses System nichts zu tun, er hat es weder geschaffen noch verbessert. Zentral gesteuerte Ausleseprozesse schufen die einzige gerechte Aufstiegsmöglichkeit der chinesischen Geschichte. Leistungsprinzip: Jedem Befähigten ist ein Klassensprung möglich.

»Der Westen wird niemals akzeptieren, daß wir uns reformieren, solange wir keinen Gorbatschow haben.«
Fu Ying, Vorsitzender des Komitees für auswärtige Beziehungen im Volkskongreß.

Die herkömmliche Kritik an der chinesischen Wirtschaftspolitik übersieht, welcher gewaltige Wohlstandszuwachs erreicht wurde. Es entsteht eine materiell abgesicherte städtische Mittelschicht, die abseits vom Konsum auch die Zeitreserven, das Interesse und (theoretisch) das Bildungspotential hätte, die chinesische Kultur zu einer neuen Blüte zu führen. Die von der westlichen Presse gern zur Beruhigung der eigenen Bevölkerungen als Zeichen für den enormen Aufholbedarf Chinas betonte Armut auf dem Land, die teils vormodernen Lebensverhältnisse, in denen immer noch ein gewisser (aber stark schwindender) Teil der Bevölkerung verharrt, ist hauptsächlich ein Problem der Größe des Landes. Angesichts eines Territoriums von deutlich mehr als dem Doppelten der Fläche aller EU-Mitgliedstaaten steht die Regierung vor zwangsläufigen Schwierigkeiten. Das vom Aufstiegshunger und Fleiß des Volkes befeuerte rasante Wirtschaftswachstum, aber auch dessen weitgehend kluge Verwaltung durch die sich kommunistisch nennende autoritäre Regierung, hat mehreren hundert Millionen Chinesen in den letzten Jahrzehnten den Aufstieg aus der Armut beschert.



■ *Shanghai freitagsabends. »Expats« und Einheimische vermischen sich im Dunkeln zu einem globalen Einerlei.*

Wer die heutige chinesische Dynamik, geopolitische Strategie und wissenschaftlich-technischen Potentiale in die Zukunft weiterverfolgt, wird allem Wenn und Aber zum Trotz zu der Auffassung kommen müssen, daß China um die Mitte dieses Jahrhunderts einen nicht einholbaren ökonomischen und Stabilitätsvorsprung haben und die Welt in der Tat in ein »asiatisches Jahrhundert« eintreten wird. ■

Vor dem Bücherschrank (XIV): Reinhold Schneider, Wächter der Krone

von Michael Rieger

Vom ersten *Bücherschrank* an wurde hier schon mehrmals, und nicht zufällig, auf die Schriften des Autors und Friedenspreisträgers Reinhold Schneider Bezug genommen, etwa auf seine berühmte Erzählung *Las Casas vor Karl V.* (1938) oder auf den eindringlichen, tiefgründigen Essay *Was ist Geschichte?* von 1944 (vgl. *Sezession* 55, 59, 68, 70). Vor sechzig Jahren, am 6. April 1958, ist Schneider in Freiburg i.Br. verstorben. Anlaß genug, noch einmal einen genaueren Blick auf sein umfangreiches Werk zu werfen.

Dreißig Jahre lang, von 1928 bis 1958, war der Autor in allen Gattungen aktiv, wir finden Gedichte, Dramen, Essays, längere und kürzere Erzähltexte, Geschichtswerke, Heiligendarstellungen, Tagebücher, autobiographische Texte, Vorträge. Aus dieser Vielzahl seien hier drei repräsentative Beispiele vorgestellt, aus drei Jahrzehnten und drei unterschiedlichen Gattungen: *Kaiser Lothars Krone. Leben und Herrschaft Lothars von Supplinburg* (1937), *Das Vaterunser* (1941) und *Innozenz und Franziskus* (1952).

Als überzeugter Monarchist teilte Reinhold Schneider die Ablehnung von liberaler Demokratie und Republik mit anderen Vertretern der Konservativen Revolution, und Armin Mohler rechnete ihn zurecht zu den »Reichskatholischen Dichtern« – denn das Reich war ihm immer noch der »höchste deutsche Wert«. Doch nahm Schneider eine Sonderstellung ein, was vor allem an seiner Begeisterung für die, ja Identifizierung mit den iberischen Kulturen lag: Fasziniert von der portugiesischen und spanischen Geschichte, von Luís de Camões und Philipp II., von Belém und vom Escorial, von Cascais und Toledo, und aufgeladen mit dem ganzen kulturellen Gewicht dieser königlichen, kaiserlichen Geschichte, mußten Schneider jene harten nationalistischen Töne einigermaßen fremd bleiben, die für manchen Konservativen Revolutionär doch typisch waren.

Im Unterschied etwa zu Wilhelm Stapel, der die »nationale Revolution« gewollt und mit herbeigeschrieben hatte, um dann nach 1933 mit den sich zwangsläufig einstellenden Enttäuschungen fertig zu werden, hatte Schneider schon im Dezember 1931 im *Tagebuch* notiert, daß eine »Bewegung wie die nationalsozialistische nur zur Katastrophe führen« könne. Von seinen Reisen in den Süden in jenes »tragische Reich« zurückgekehrt, hoffte Schneider noch auf die Restauration, so diffus diese Hoffnung auch gewesen sein mag und so wenig die konkrete politische Option in Form von Alfred Hugenbergs und Franz von Papens »Kampffront Schwarz-Weiß-Rot« bei der Wahl vom 5. März 1933 Begeisterungsstürme auszulösen vermochte. Da waren die Würfel aber längst gefallen.

Seinen beiden Büchern zur portugiesischen und spanischen Geschichte *Camões* und *Philipp II.* stellte Schneider *Das Inselreich. Gesetz und Größe der britischen Macht* (1936) zur Seite, widmete sich in diesen Jahren aber in vier Büchern auch intensiv der deutschen Geschichte: noch 1932 mit *Fichte. Der Weg zur Nation*, dann mit den *Hohenzollern. Tragik und Königtum* (1933), gefolgt von den Skizzen *Auf Wegen deutscher Geschichte. Eine Fahrt ins Reich* (1934), bevor er sich 1937 eine fast vergessene Gestalt der deutschen Geschichte als Sujet wählte: Lothar III., der seit 1125 deutscher König und von 1133 bis zu seinem Tod 1137 römisch-deutscher Kaiser war.

Wer diese Bücher heute aufschlägt, kann einen deutschen Geist atmen, der in seiner Feinnervigkeit so gar nichts zu tun hat mit der Inbesitznahme des Deutschen durch die Nazis – darin sind Schneiders Arbeiten, der in diesen Jahren im engen Kontakt stand mit allen namhaften Repräsentanten des konservativen, insbesondere monarchistischen Widerstands, u.a. mit Karl Ludwig Freiherrn von und zu Guttenberg, Helmuth James von Moltke, Graf Schenk von Stauffenberg oder Peter Graf Yorck von Wartenburg, am ehesten der grandiosen *Deutschen Geschichte* von Ricarda Huch verwandt und vergleichbar, einem Werk, das ebenfalls spürbar gegen den niederen Zeitgeist entstand.

Lothar III. also. Warum gerade dieser Kaiser, dessen wenige Jahre der Herrschaft nur als Intermezzo zwischen Saliern und Staufern erscheinen? In der historischen Forschung des 19. Jahrhunderts ist man zu einer negativen Einschätzung seiner Regentschaft gekommen. Wie der Mediävist Wilfried Hartmann im Vorwort der Neuausgabe von Schneiders Buch (1986) schreibt, sah man in Lothar lange Zeit nur den »Pfaffenkönig«, einen Regenten, der »den Inter-

essen der Kirche dienstbar war«. Eben Schneider war es, der diese Wahrnehmung hinter sich ließ und einer neuen Interpretation den Weg bereitete. Er sei, so Hartmann, »zu einer Einschätzung Lothars gelangt, die mit der jüngeren Forschung übereinstimmt«. Der Kern dieser neuen Einschätzung muß in Lothars Überzeugung gesehen werden, eine Politik nicht gegen den Papst, sondern mit dem Papst zu gestalten. Wenn Schneider also schon auf den ersten Seiten seines Werks schreibt: »Das Volk betrauerte und beklagte den Begründer und Wahrer des Friedens« – dann haben wir bereits zwei Motive, die Lothar für Schneider so relevant machten. Er hat ein Bild eines Herrschers gemalt, der sich, einer höheren Macht bewußt, aus seiner Frömmigkeit heraus für das gemeinsame Ziel von Kaisertum und Papsttum einsetzte und seinem Volk – im Unterschied zu seinen Vorläufern und Nachfolgern – keine neuen Kriegszüge, sondern den Frieden bringen wollte. Alle »sollten sich daran erinnern, daß einmal Friede war, als der Supplinburger herrschte, und daß das Reich einmal Wirklichkeit gewesen«. Ein Ideal, das in argem Kontrast stand zu jenen Herrschern des Jahres 1937, die weder einer höheren Macht gehorchten noch dem Reich Frieden bringen sollten.

Derweil stand Schneider im Briefwechsel mit dem Philosophen und Religionswissenschaftler Leopold Ziegler, mit einem der bedeutendsten Vertreter der Integralen Tradition und gewissermaßen dem deutschen René Guénon (noch immer lohnt die Lektüre *Über die traditionelle Methode* Walter Heinrichs aus dem Jahr 1954, in der er über Ziegler handelt). Zieglers Anmerkung zum Lothar-Buch läßt ein wenig die Assoziationsweite und geistige Spannkraft dieses Dialogs erkennen: »Im Grunde wußte ich von diesem letzten Sachsenkaiser zwischen Saliern und Staufern so gut wie nichts. Jetzt bin ich ergriffen über diesen beglückenden Anblick einer freien Schwebung über den Gegensätzen, der die Erfüllung ahnen läßt kurz bevor sie endgültig verscherzt ist. In manchem, das ich seit Jahren mit mir herumtrage, weiß ich mich bestärkt, und es wird vielleicht einmal davon zu reden sein, daß es das Verhängnis des Abendlandes war, die überlieferte Lehre von den zwei Gewalten, der *autorité spirituelle* und dem *pouvoir temporel*, nicht tief und richtig genug zu erfassen. Und wieder wälze ich den Gedanken eines neuen Mittelalters, das nach der bevorstehenden Katastrophe, in einer gereinigten Welt, dort weitermacht, wo das erste Mittelalter scheiterte. Eigentlich erst dort hätte Lothar seinen ›geistigen Ort‹, und die künftigen Herrscher des ›Reiches‹ könnten ihn als eine temporäre Vorwegnahme preisen.«

Im Jahr der Veröffentlichung des Lothar-Buchs durchlebte Schneider seine fundamentale Reversion, seine Rückkehr zur Katholischen Kirche, die er rückblickend wie folgt beschreibt. »An einem Neujahrstag, 37 oder 38, ging ich in Potsdam zum erstenmal zur Heiligen Messe seit vielleicht zwanzig Jahren. Ich kam wie einer, der die Sprache verlernt hat, in die Heimat. Aber ich hatte die Sprache der Heimat nie erlernt, und nun, langsam, indem sich mir alle Lebensumstände umkehrten, versuchte ich sie zu lernen. Ich war auf objektive Wahrheit gestoßen, die Wahrheit in Fleisch und Blut und zugleich göttliche außerweltliche Macht. Sie ist für mich die einzige Macht, die ein Leben aus den Angeln heben kann.«

Seit diesem Zeitpunkt verortete Schneider seine Literatur stets in Bezug auf die christliche Wahrheit, auf die christliche Offenbarung. Es ist nun überaus erstaunlich zu beobachten, wie sich diese beiden Geistesgrößen, wie Schneider und Ziegler, zeitgleich und im Angesicht der »bevorstehenden Katastrophe«, von der Ziegler gesprochen hatte, dem *Vaterunser* zuwandten, um es zu durchdringen und ihrer Zeit auf neue Weise nahezubringen. Beide Autoren haben die Bitten des *Vaterunser* kommentiert, sie sind in den Text eingedrungen, in seine Bilderwelt und seine theologischen Implikationen. Schneider tat dies auf seine poetisch-essayistische Weise, Ziegler als Wissenschaftler und Repräsentant der Integralen Tradition. Im Ergebnis liegt uns heute ein schmales Buch von Schneider vor, *Das Vaterunser* von 1941, mit seinen 55 Seiten der Erstausgabe, und die beiden umfangreichen Bände von Zieglers *Menschwerdung*, mit 780 Seiten. Zieglers *opus magnum* war 1944 abgeschlossen, erschien aber erst 1948 und nur in der Schweiz.

»Ich bringe nur noch Stoßgebete heraus«, schrieb Schneider an Ziegler, »als ein solches nötigte mir ein Freund das *Vaterunser* ab, das in keiner Beziehung wagt, in die Nähe Ihrer Arbeit zu treten.« So war Schneider bewußt, daß Zieglers Interpretation in ganz andere Dimensionen vorstoßen sollte. Schneiders Text ist hingegen im Kontext jenes »literarischen Sanitätsdienstes« zu sehen, den der Autor nach Ausbruch des Krieges zunächst legal, dann in der Illegalität leistete: Im Frühjahr 1944 durchsuchte die Gestapo Schneiders Wohnung, Schneider selbst versteckte sich bis zum Kriegsende, zuletzt in einem evangelischen Stift.

Die von ihm verfaßten Broschüren, Erzählungen, Gedichte, Aufsätze und Portraits, zu denen auch *Das Vaterunser* gerechnet werden kann, lassen sich als eine Berufung auf die christlichen Grundlagen und als Mobilisierung der christlichen Vorbilder gegen die »satanische« Macht lesen. Die Haltung der Heiligen, die Gnade der »geheiligten Leben«, Jesus, Petrus, Franziskus, Teresa von Ávila, Juan de la Cruz, ihr Leiden und ihr Vorbild sollten wieder zum Maßstab einer kranken Gegenwart werden. »Wir bitten in Demut: führe uns nicht in Versuchung; schütze uns vor den Wünschen, die unsere Seelen vergiften, laß uns in der bittersten Not auf keine Hilfe hoffen als auf die deine! Verlösche den Glanz, das Blendwerk der Gedanken! Zerbrich das Saitenspiel der Betörung in unserer Hand! Es ist ein Weg, wo wir keinen sehen; der Herr selbst ist der Weg; hilf uns, daß wir ihn nicht verlassen. Gehe diesen Weg in uns! Denn der Versucher ist tausendmal stärker

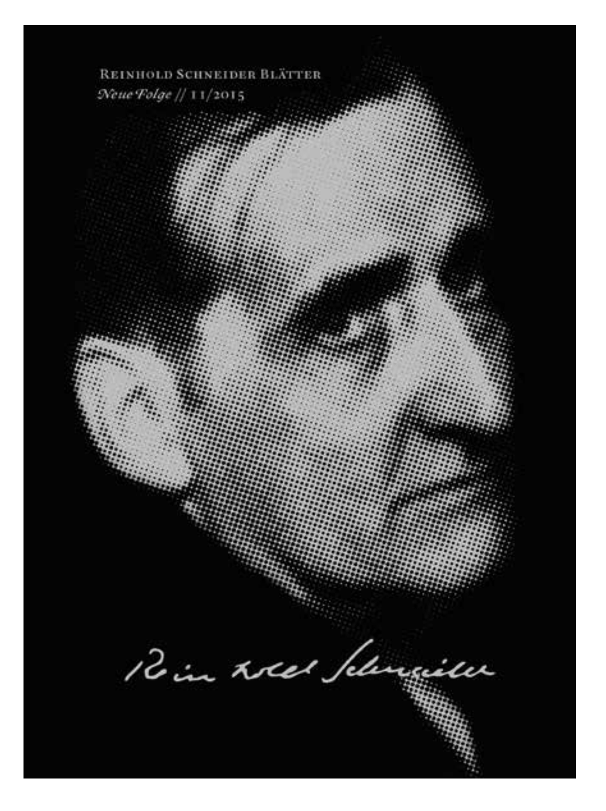
als wir; aber dein Sohn hat ihn besiegt, und nur über die Demut, die er war, wird der Versucher keine Macht erlangen.« Man wird die tröstende, helfende, aufbauende, ja heilende Wirkung dieser Zeilen nicht gering veranschlagen dürfen, auf die Orientierung suchenden Leser der frühen 1940er Jahre.

In Bezug auf dieses Zitat sei eine aktuelle Anmerkung erlaubt. Am 6. Dezember 2017 berichtete Radio Vatikan, Papst Franziskus habe die sechste *Vaterunser*-Bitte »Und führe uns nicht in Versuchung« als »keine gute Übersetzung« bezeichnet. Es sei nicht Gott, der den Menschen in Versuchung stürze, um dann zuzusehen, wie er falle, sagte der Papst. »Ein Vater tut so etwas nicht: ein Vater hilft, sofort wieder aufzustehen. Wer dich in Versuchung führt«, so Franziskus, »ist Satan.« Was würde Schneider, was würde Ziegler zu einer solchen dürftigen Einlassung des Papstes sagen? Zunächst würden sie darauf hinweisen, daß die Übersetzung der Überlieferung völlig korrekt ist. Hier kann also kaum das Problem liegen. Jahrhunderte von theologischen Erörterungen zum Verständnis dieser Stelle scheinen keine Spuren bei dem prominenten und populären Kritiker hinterlassen zu haben (was hat etwa Thomas von Aquin zu dieser Stelle gesagt?), so daß man leider nur zur naheliegendsten Erklärung greifen kann: Im Zug der Zeit geht es dem Papst um eine inhaltliche Modernisierung. Mit der Versimpelung dieser Textstelle soll, und es ist traurig dies festzustellen, ein Gottesbild etabliert werden, das jedem sofort einleuchtet, das dem Zeitgeist entspricht und somit gewiß nicht zuviel zu denken mit auf den Weg gibt. Gott ist gut und barmherzig, ein solcher Gott führt niemanden in Versuchung, das wäre ja absurd, Punkt. Differenziertere Betrachtungsweisen, wie wir sie bei Schneider und Ziegler finden, braucht man dazu dann nicht mehr.

Doch damit wieder zurück zum eigentlichen Thema. Im Zusammenhang mit dem *Vaterunser* von 1941 sei auch noch auf den *Kreuzweg* (1942), *Die dunkle Nacht* (1943) sowie *Das Gottesreich in der Zeit* (1943/44) hingewiesen, auf verschiedene essayistische, erzählerische und lyrische Texte der letzten Kriegsjahre, die Schneider den Mächten seiner Zeit kompromißlos und ohne viele Schnörkel entgegenhielt: »Nun baut der Wahn die tönernen Paläste ...«. Es war nur eine Frage der Zeit, bis diese tönernen Paläste in sich zusammenstürzen mußten.

Nach dem Zusammenbruch des Reiches, als das Land in Trümmern lag, setzte Schneider seine ganze »Hoffnung auf das christliche Abendland«, in geistiger Nähe zur Abendländischen Bewegung, in welcher unter anderem Otto von Habsburg, Lorenz Kardinal Jaeger, Hans-Joachim von Merkatz, Emil Franzel, Heinrich Hellwege, Wilhelm Stählin und Freund Werner Bergengruen (seit 1953 per »Du«) präsent waren. Als publizistische Plattform diente die Zeitschrift *Neues Abendland,* herausgegeben von Johann Wilhelm Naumann (dessen Verlag heute noch existiert und seit 1948 die katholische *Tagespost* herausbringt). Als Schneider aber Kritik an der Wiederbewaffnung anmeldete (und dazu auch DDR-Publikationen nutzte), setzten sich die abendländischen und kirchlichen Kreise teilweise schroff von ihm ab. Schneiders Ideale der Nachkriegsjahre waren somit schon bald mit der Realpolitik zusammengestoßen, mit seiner radikalen Betonung des christlichen Anspruchs stand er angesichts des wirkmächtigen Säkularismus in Gestalt der West-Bindung, der Wiederbewaffnung und des Wirtschaftswunders auf verlorenem Posten, einmal mehr desillusioniert.

Zwischen 1945 und 1958 entstanden mindestens 130 Essays, Vorträge, Gedichtbände, Erzählungen ... und auch acht Dramen. In Schneiders Werkgeschichte findet sich das Drama als Gattung erst in der Nachkriegszeit, die bekanntesten sind *Der große Verzicht* (1950) und *Innozenz und Franziskus* (1952). Fundamentale, dramatische Konflikte auf dem Theater zu gestalten, lag fraglos nahe, man wird aber sofort verstehen, daß das Publikum seine Schwierigkeiten hatte, die komplexen historischen Themen, die Schneider wählte, auf die Gegenwart zu beziehen, etwa den Amtsverzicht bzw. die Ab-

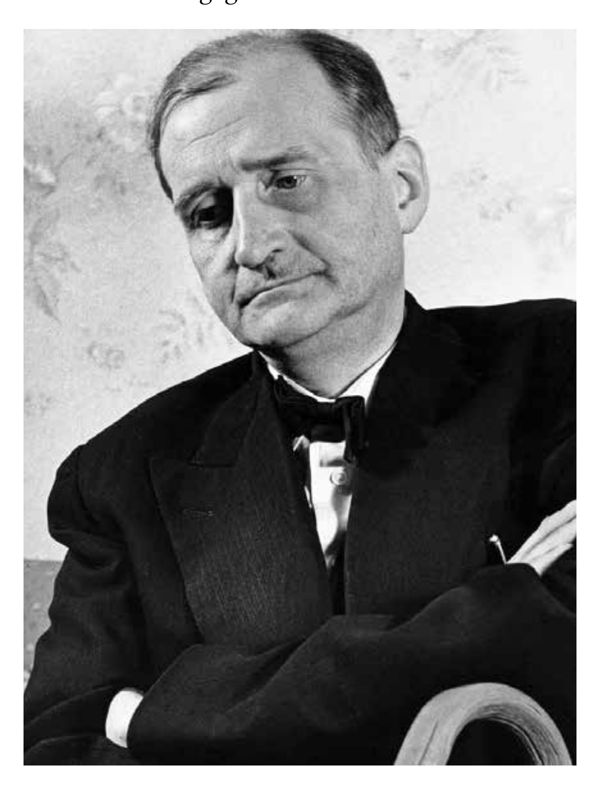


dankung von Papst Coelestin V. im Jahr 1294, denn mit Borchert, Dürrenmatt oder gar Bekkett hatte das alles doch sehr wenig bis nichts zu tun. Nichtsdestoweniger darf die von Heinz Dieter Kenter inszenierte Essener Uraufführung von *Innozenz und Franziskus* 1954 als literarisch-gesellschaftliches Ereignis ersten Ranges betrachtet werden: Vor der umjubelten Premiere hielt Werner Bergengruen einen Vortrag, im Anschluß gab der anwesende Bundespräsident Theodor Heuss einen Empfang.

Der Innozenz-Stoff war bei Schneider schon seit 1931 präsent: Das in diesem Jahr abgeschlossene Manuskript *Innozenz III.* blieb zwar

unveröffentlicht (es erschien erst posthum 1960), hat den Autor aber »zwanzig Jahre nicht losgelassen«, bis das Thema 1952 wieder im Drama *Innozenz und Franziskus* aufgetaucht ist.

Es liegt darin kein Antagonismus zwischen Krone und Tiara vor, zwischen weltlicher und geistlicher Macht: Das Stück bezieht sich auf eine innerkirchliche Thematik, die hier aber auch nur in komprimierter Form angedeutet werden kann. Papst Innozenz III. repräsentiert die Kirche als Institution, ihre Macht; Franziskus hingegen – und so hatte Schneider



es bereits 1946 in seinem Aufsatz »St. Franziskus und das Abendland« betont – steht für die *Imitatio Christi* bzw. für die *Imitatio vitae pauperis Christi,* also für die christliche Nachfolge eines der Armut geweihten Lebens. Innozenz muß die falschen Lehren der Katharer verfolgen und sich mit den Streitigkeiten um den deutschen Thronfolger herumschlagen, er ist also vielfach verwickelt in machtpolitische Fragen, deren längerfristige Konsequenzen aber noch gar nicht abzusehen sind. Hier wird ein typisches Schneider-Thema angeschlagen: die unausweichliche Verstrickung von Herrschaft in Sünde und in Schuld. Als der Heilige Franziskus an Innozenz' Sterbebett erscheint, bekennt der Papst voller Selbstkritik: »Du bist das Reich. Du allein.« Dieses Reich, das Gottesreich, kann nur verwirklicht werden in der entsagenden, so schwierigen Nachfolge des Evangeliums, in der Nachfolge Christi. In den »geheiligten Leben« allein, wie eben in jenem des Heiligen Franziskus, scheinen die Wahrheit und die ersehnte Rettung für die Kirche auf. Mag das Thema auch nicht eben *en vogue* gewesen sein, in Variationen wird es bis heute diskutiert (Stichwort »arme Kirche«). Und der Autor wurde vor dem Essener Premierenpublikum auf die Bühne gebeten: »Heuss klatschte unentwegt, ich konnte Kenter und den Künstlern auf offener Bühne danken, und es ist wohl auf über zwanzig Vorhänge gekommen.«

Reinhold Schneider war einer der größten Schriftsteller, den Deutschland zu bieten hatte. Er war ein mutiger Mann, ein konsequenter Denker, ein weltoffener Mensch, er trug in sich Potsdam und Portugal, Norden und Süden, tiefste Skepsis, innigsten Glauben und kämpferischen Sinn. Was aber alles noch keinen großen Autor gemacht hätte, wäre er nicht auch ein Stilist ersten Ranges gewesen, was vielleicht am besten an den Skizzen in *Schicksal und Landschaft* oder auch an seinen Sonetten abgelesen werden kann, eine Form, die er meisterlich beherrscht hat. »Doch wird den Bann zerbrechend ungeheuer / Das Jenseits vor getäuschten Augen klaffen / In seinem Gluthauch welkt, was wir geschaffen / Und brennt wie Korn in blitzgetroffner Scheuer. // Die Seele nur und, was der Seele teuer / Wird sich der Werke Untergang entraffen / Indes die Kronen schmelzen wie die Waffen / Da Licht von oben kommt, von unten Feuer. // Groß ist der Toten Welt. An ihrem Saume / Ist unsres Wirrsals flüchtige Stadt gegründet / Aus der das Feuer läutert, was erlesen. // Die Edlen thronen in verklärtem Raume / Hochsinn und Liebe walten treu verbündet / Und Recht ist, was von Anfang Recht gewesen.«

Nicht zuletzt war Reinhold Schneider der Wächter der Krone in einer vollkommen »unköniglichen Zeit«. Seine Tragik lag darin, daß das Notwendige längst unmöglich geworden war. »Ich habe«, so schrieb Schneider rückblikkend in *Verhüllter Tag* (1954), »einen großen Teil meiner Lebensarbeit auf die Krone gerichtet in der Absicht, an ihrer inneren Wiederherstellung mitzuarbeiten, die geistigen und religiösen Voraussetzungen zu schaffen, ohne die sie nie erhoben werden kann und darf. Aber über den abgründigen Bruch geschichtlichen Lebens, der im Jahre 33 aufzuklaffen begann und nach zwölf Jahren vollzogen war, habe ich nur meine Gesinnung getragen, nicht meine Hoffnung und Absichten. Lieben kann ich nur die Krone, die ins Metaphysische weisende Ordnung, und eben weil ich sie liebe als verpflichtendes Bild und Gleichnis, als Symbol des Opfers und seiner Herrschaft, als Weihe der Macht und Einheit von Macht und Liebe, kann ich nicht wünschen, daß sie in dem Klima, in dem wir atmen müssen und wahrscheinlich untergehn, getragen werde.«

Seine Rede zur Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels (1956) liegt als CD vor. Drei, vier Buchtitel werden wie der *Las Casas* weiterhin aufgelegt, alles weitere findet man nur noch im Antiquariat. Die Reinhold Schneider-Gesellschaft löste sich 2011 auf; der Versuch, mit den *Reinhold Schneider Blättern – Neue Folge* ein Periodikum zu installieren, das sich seinem Werk widmet, endete leider 2017 nach nur drei Heften wegen mangelnden Interesses. Christliche und geschichtsbewußte Literatur steht nicht eben hoch im Kurs in unseren unchristlichen, geschichtsvergessenen Zeiten. ■

»Philosophy is not dead, it just smells funny«

von Roswitha Solonzo

Es steht heutzutage nicht gut um die Philosophie. Da hat sich die einstige *ancilla theologiae* mühsam von ihrer alten Herrin, der Theologie, emanzipiert und sich einem neuen, vermeintlich besseren Herrn, der Naturwissenschaft, angedient und muß sich aus der Feder seines derzeit bekanntesten Würdenträgers zum Dank dafür totsagen lassen. Schlimm daran ist, daß Stephen Hawking mit seinem Diktum, daß die Philosophie infolge ihrer Unfähigkeit, die großen Fragen zu beantworten, tot sei, nicht einmal ganz falsch liegt. Zumal, wenn man einen Blick auf die ideologischen Tollheiten wirft, mit denen sich die offizielle Berufsphilosophie oft abgibt. Für das persönliche Vorankommen in den Institutionen der westlichen Welt mag es heute geboten sein, nach allen Regeln der Kunst zu konstruieren und zu dekonstruieren, trendige Luftschlösser zu bauen und opportune Ismen zu betreiben, die ewigen Menschheitsfragen aber berührt man damit nicht im geringsten, da hat Hawking völlig recht.

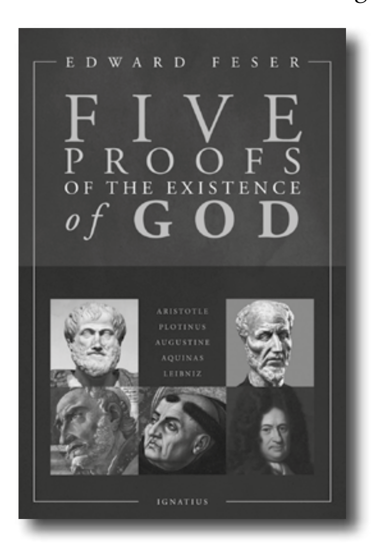
Unrecht hat der amtierende Physikpapst insofern, als es sehr wohl Philosophen gibt, die heute noch den Fragen nach den Grundlagen des Daseins nachgehen, doch solche Leute machen in keinem Betrieb eine steile Karriere, noch erreichen sie ein verzücktes Millionenpublikum. Wer bräuchte noch so etwas überholtes, ja abwegiges wie Metaphysik (d.h. die Lehre von den Dingen hinter den Dingen)? Höchstens jemand, den die Antworten der Naturwissenschaft und ihrer Magd, der modernen Philosophie, auf die großen Fragen nicht mehr zu überzeugen vermögen.

Ein Abweichler dieser Art ist der amerikanische, in Pasadena lehrende Philosoph Edward Feser (*1968), der zu Beginn seines Philosophenlebens als Atheist die üblichen Grundannahmen der modernen Lehre teilte und felsenfest überzeugt davon war, daß sich alles Seiende zur Genüge aus seinen materiellen Bestandteilen erklären läßt. Die metaphysischen Lehren der großen Denker von einst seien daher allenfalls von historischem Interesse. Einer ersten Irritation begegnete Feser mit einer eigenen Arbeit zum Leib-Seele-Problem (Feser: *Philosophy of Mind,* 2006), doch die kartesianische Position, die er damit vertrat, befriedigte ihn nicht wirklich. Erst als er im Rahmen einer Lehrveranstaltung zur Religionsphilosophie seinen Studenten einen Eindruck der klassischen Gottesbeweise vermitteln sollte, begann sich Feser eingehender mit den Argumenten der abendländischen Metaphysiker zu beschäftigen. Er war es leid, seine Veranstaltung damit zu bestreiten, die üblichen argumentativen Pappkameraden aus den gängigen Handbüchern aufzustellen, um sie dann niedermachen zu lassen. Denker wie Aristoteles oder Thomas von Aquin sind erwiesenermaßen keine Dummköpfe gewesen und haben allein deshalb Achtung verdient. So begann Feser die metaphysischen Schriften der Klassiker gründlich zu studieren, um ihren Argumenten gerecht zu werden und seinen Unterricht etwas niveauvoller zu gestalten: weg von den Reflexen, hin zur Reflexion. Im Laufe dieses Quellenstudiums mußte er feststellen, daß die Argumente dieser Metaphysiker stimmig sind und wenig mit den Karikaturen gemein haben, auf die neuzeitliche Philosophen wie Descartes, Hume oder Russell ihre Kritik richten. Die vielbeschworene Widerlegung der überlieferten Lehren über, aristotelisch ausgedrückt, »das Sein als solches« durch den unerbittlichen Fortschritt der modernen Wissenschaft erwies sich, wohlwollend betrachtet, als das Produkt peinlicher Uninformiertheit oder, uncharmanter gedeutet, als ein höchst tendenziöser Mythos wie ihn gerade der sogenannte Neue Atheismus geräuschvoll propagiert. Der Widerlegung dieser angeblichen Widerlegung des Alten Denkens durch die schöne neue Wissenschaftlichkeit widmete Feser 2008 sein bisher bekanntestes Buch *The Last Superstition*. Darin entfaltet er sein virtuoses Talent, hochabstrakte Sachverhalte in klarer Sprache verständlich zu machen. Auch seine beherzte Parteilichkeit – Feser hat eine deutliche und wohlbegründete Meinung über die intellektuelle Redlichkeit der Neuen Atheisten – macht die Lektüre dieses Buches zu einem besonderen Vergnügen.

Das Buch fängt praktisch an, nämlich mit dem Blick auf den Zerrüttungsgrad des Westens. Fesers Einschätzung nach ist die gegenwärtige Dysfunktionalität Einzelner wie ganzer Gemeinschaften die zwingende Folge falscher Prämissen. Als man im westlichen Denken den

Blick auf den rein materiellen Aspekt der Dinge zu verengen begann, begab man sich in eine geistige Sackgasse. Die Abkehr von jenem realitätsgerechten Tiefenblick, der Antike und Mittelalter kennzeichnet und der in den einzigartigen Leistungen der abendländischen Kultur resultierte, ist also kein folgenloses Geschmacksurteil, sondern ein schwerer Irrtum. Wer sein Denken und Urteilen auf eine solche Eindimensionalität beschränkt, ist weit davon entfernt, ein korrektes Bild von der Welt zu haben. Feser demonstriert dies, indem er seinen Leser nach der Beschreibung des Problems »Neuer Atheismus« auf einen Gang durch die Ideengeschichte der klassischen abendländischen Philosophie mitnimmt. Allein wegen seiner anschaulichen wie schlüssigen Darstellung der philosophischen Ausgangsfragen, der jeweiligen Überlegungen und Problemlösungen einzelner Philosophen von den Vorsokratikern bis zu den Scholastikern lohnt sich die Lektüre dieses Buches. Anhand dieses Abrisses begreift auch der untrainierte Laie die Motive und recht abstrakten Argumente der antiken und mittelalterlichen Geistesgrößen auf Anhieb. Die letzten Kapitel, die sich an diese glänzende Darlegung anschließen, widmet Feser der Beschreibung der neuzeitlichen Fehlentwicklung in der Philosophie. Er zeigt hier genau, wo und wie die Kritik moderner Denker am klassischen Lehrgebäude zur Metaphysik wegen mangelnder Quellenkenntnisse in die Irre geht. Und in manchen Fällen war es nicht nur Uninformiertheit, die zu Fehlschlüssen führte, sondern auch eine offenkundige Voreingenommenheit manches Kritikers. Dabei führt Feser unter anderem vor, daß die Ablehnung der metaphysischen Weltsicht nicht etwa bessere Antworten auf alte Fragen gibt, sondern vielmehr neue Probleme wie den modernen Leib-Seele-Dualismus gebiert, der in der nüchternen Antike völlig unbekannt wie unnötig war. Außerdem zerstört die moderne typische Leugnung von Kausal-, Form- und Zweckursachen die Grundlage jeder Art von Wissenschaft. Daran ändert auch der verräterische Umstand nichts, daß gemäßigte wie radikale Leugner aller Prinzipien die eigene Position immer stillschweigend aus ihrem ideologischen Kahlschlag aussparen (diese Form inkonsequenten wie unredlichen Denkens kannte die Alte Welt ebenfalls nicht). Fesers Auseinandersetzung mit dem Neuen Atheismus, dem besonders bornierten Vertreter neuzeitlicher Denkverbote, macht deutlich, daß auch die Philosophie ohne Grundlagenforschung, also Metaphysik, nicht betrieben werden kann, jedenfalls nicht, wenn jemand von Argumenten ein Mindestmaß an logischer Kohärenz erwartet.

Wie ein Blick auf seine jüngeren Veröffentlichungen (*Aquinas,* 2009; *Aristotle on Methods and Metaphysics,* 2013; *Scholastic Metaphysics: A Contemporary Introduction,* 2014; *Neoscolastic Essays,* 2015) zeigt, ist die Grundlagenforschung in der Philosophie und ihre öffentliche Rehabilitierung zu Fesers Hauptanliegen geworden. In seinem jüngsten Buch *Five Proofs of the Existence of God* (2017) greift er die Argumente der klassischen Metaphysiker in aller Ausführlichkeit auf. Anders als der Titel es suggeriert, widmet sich Feser hier nicht den berühmten fünf Gottesbeweisen des Aquinaten, sondern zeichnet fünf verschiedene Beweisketten namhafter Denker wie Aristoteles, Plotin und Leibnitz detailliert nach. Er beginnt dabei mit je einer banal anmutenden Alltagsbeobachtung und verfolgt dieses Phänomen in kleinen analytischen Schritten bis zu ihrem äußersten, nicht weiter zergliederbaren Grund. Dort laufen die fünf verschiedenen Beweiswege schließ-



lich zusammen. Eine Auseinandersetzung mit den häufigsten Einwänden schließt dann jedes dieser Wegekapitel ab. Nachdem also die Existenz eines Urgrundes, der als Überstruktur alles in sich enthält, bewiesen wurde, untersucht Feser das Wesen dieses Urgrundes. Mit diskursiven Argumenten weist er bestimmte notwendige Eigenschaften des Urgrundes – etwa Allwissenheit, Unveränderlichkeit und Güte – nach und rundet diese erschöpfende Untersuchung mit einem Schlußkapitel ab, in dem er alle gängigen (auch die dümmlichen) Einwände gegen diese Naturtheologie aufgreift und widerlegt. Feser bleibt in seinen *Five Proofs* wahrlich keine Antwort schuldig. Als einzige Möglichkeit angesichts dieser Fülle von sauber herausgearbeiteten Argumenten, dennoch an einem bequemen Atheismus oder Agnostizismus festzuhalten, bliebe einem überzeugten Gegenwartsmaterialisten nur, den Blick abzuwenden und ein persönliches Desinteresse an der gesamten Fragestellung zu bekunden, da der Weg der Vernunft, der intellektuellen Redlichkeit und Wahrheitsliebe ja in eine unerwünschte Richtung führt. Es sind also subjektive Bedürfnisse und gedankliche Schludereien und nicht etwa nackte Tatsachen oder gar die ehernen Gesetze der Logik, die den oft bemühten modernen Menschen von jenem umfassenden Blick auf sämtliche Realitätsschichten, der für seine Ahnen in Antike und Mittelalter selbstverständlich war, abhält.

Wie Feser mit diesem Buch beeindruckend demonstriert, ist die Philosophie keineswegs tot, weil es entgegen der Performance heutiger Starintellektueller sehr wohl noch Philosophen gibt, die sich meisterlich den großen Fragen stellen. ■

Die finstere Schönheit der Zerstörung

Alexander Schimmelbusch: *Hochdeutschland, Roman,* Stuttgart: Tropen 2018. 214 S., 20 €

Autor Schimmelbusch, (*1975), Typus genialischer Fetzenschädel, gut beleumundet in der Region »Indie-Belletristik«, hat sich früher als Investmentbanker verdingt. Victor (klar!), Protagonist in *Hochdeutschland,* übt diesen Beruf höchst erfolgreich aus. Er ist folglich a) schwerreich, b) cool, c) dekadent, d) ein Menschenkenner. Ist er, der schon begütert zu Welt kam und dem Blowjobs geradezu angedient werden, auch ein Zyniker? Von außen erscheint er abgebrüht. Er – Meister über seine wandelbare, stets maßgeschneiderte *persona,* Meister darin, sich zu analysieren – zelebriert diesen Anschein auch. Mal aus Laune einen Wein zu 2400 Euro ordern, sich vor der Taunusvilla einen Pool ins Gestein bohren lassen – für Victor zählt das zum Standardrepertoire seiner sozioökonomischen Klasse, die sich ohnehin nicht leugnen lasse. Es sage nichts über ihn aus. Von Stalin, Mao und Hitler kennen wir das Phänomen des dichtenden Despoten. Victor dichtet nicht nur (an einem Roman), er hat zudem andere echte Leidenschaften: seine kleine Tochter, Scheidungskind Victoria – und den Zustand des deutschen Volkes. Manchmal packt ihn die Melancholie. Etwa, wenn er die ernsthaft abgebrühten, blaunarbigen Arme eines Imbißkochs sieht; wenn er von der noblen Frankfurter Schillerstraße weiter auf die Zeil flaniert und seine Mitmenschen im »Banglastyle« shoppen sieht. Die Modemarke gilt als demokratisches Konsumgut: Für einen Euro pro Stück kann das abgehängte Prekariat seine Bedürfnisse stillen. Victor versucht, sich in die Köpfe dieser Volksgenossen zu arbeiten: »Die Gehäuse der Mehrheit enthielten keine digitalisierten Bibliotheken, keine Reflexionstreiber, keine analytischen Prozessoren sowie nur rudimentäre Texterfassungssysteme. All diese Menschen, obwohl sie dieselbe Luft wie er atmeten, existierten auf einer völlig anderen Wahrnehmungsebene.« Sein Entschluß: Es brauche ein radikales Projekt, um das Volk zu einen. »Es würde darum gehen müssen, die nationalen Ressourcen in ein kognitives Upgrade umzuleiten, um das Land vor seiner Irrelevanz zu bewahren. Deutschland war ein Land der Dichter und Denker und kein Land der Milliardäre.« Das »Land seiner Kindheit«, wo war es? Seit Jahren hatte sich das politische Koordinatensystem nach links verschoben. Nur: »Wo waren die roten Fahnen, die Mistgabeln? Warum ölte niemand eine Guillotine?« Victors Job ist es, Pitches zu verfassen, Akquisen. Kaum jemand kann das besser als er. Der deutsche Finanzminister, ein Emporkömmling mit notdürftig erlerntem Savoir-vivre, sitzt ihm zu Füßen. Victor nächtigt nun in einer seiner Berliner Immobilien und bestaunt die »finstere Schönheit der Verwüstung«, die angloamerikanische Bomber erschaffen hatten, als eine »Variation über die inneren Trümmerlandschaften der Deutschen«. Er verfaßt in dieser Nacht ein Manifest zur Rettung Deutschlands. »Wir stehen vor einer Phase der unerbittlichen intellektuellen Kampfhandlungen, an deren Ende ein historischer Sieg stehen wird – oder unser Niedergang, liebe Freunde.« Ein Schelm, dem dieser Duktus bekannt vorkommt! Kern: Deutschland soll unternehmerisch geführt werden. Die ohnehin florierende Exportwirtschaft soll gestärkt, die Außengrenzen gesichert, das Leistungsprinzip (Altenpfleger versus Wertpapierhändler!) umdefiniert, das Bildungssystem professionalisiert werden. Es wird eine Vermögensobergrenze geben, die bei 25 Millionen liegen soll – das klingt phantastisch, würde die Superreichen aber hart treffen und Luxus für alle ermöglichen. Jede Moscheebaugenehmigung werde im Herkunftsland der Muslime ein »gewichtiges Zeichen der Toleranz für unsere individualistische Zivilreligion« voraussetzen. Zeitsprung: Victors Pamphlet wurde von seinem Freund, dem Ex-Grünen Ali Osman, modifiziert und zum Wahlprogramm einer neuen Partei umfunktioniert. Am Ende des Buches ist Osman Kanzler. Das ist hübsch ausgedacht und auf weiten Strecken mit formidabler Stilsicherheit formuliert. Wie der Finanzminister mit der selbstetikettierten »italienischen Seele« und der «rattengleichen Resilienz eines kleinwüchsigen Beamten« »frischerworbene Gesten« ausprobiert«! Wie Markenfetischismus als Individualitätsanker dechiffriert wird; wie es Schimmelbusch gelingt, einen Typus der modernen Frau (»Kunst-und-Kultur-Kurzhaarfrisur«) rasch zu skizzieren! Aber, ach: Viel Licht, viel Schatten. Bekanntlich interessieren Kacka-Fixiertheiten kleiner Kinder und deren falsche Weil-Sätze nur die eigenen Eltern. Hier werden die Dialoge mit Klein-Victoria endlos ausgewalzt. Hinzu kommt als Parallelhandlung der Roman, an dem Victor schreibt. Einmal trifft er seine Lektorin, die ihn kritisiert: »Die Abschnitte wirkten wie Bruchteile, die in einem unbegrenzten Möglichkeitsraum schwebten.« Sie habe den Verdacht, »der beachtliche Stilwille solle eine eklatante Plotarmut verschleiern.« Eine kluge Lektorin!

Ellen Kositza

Eisbär sein, im kalten Polar

Norbert Gstrein: *Die kommenden Jahre. Roman,* München: Hanser 2018. 287 S. 22 €

Diese Geschichte des vielfach preisgekrönten Romanciers Norbert Gstrein (*1961 in Tirol, wohnhaft in Hamburg, studierter Mathematiker – damit so ziemlich der Konstellation des Protagonisten Richard entsprechend) liest sich in einem Rutsch, es ist beinahe leichte Lektüre. Aber sie hat es in sich.
Alles, was hier geschieht, passiert auf der Fläche eines Spiegels, und zwar in vielfacher Hinsicht: vom romantischen Doppelgängermotiv bis zur semantischen und symbolischen Ebene.
Richard ist Experte für Tropengletscher. Er ist kein Intellektueller, er liebt die Kälte, das Abenteuer, aber auch die Vernunft. Seine schöne Frau Natascha reüssiert als Schriftstellerin und Publizistin. Jüngst hat das in Hamburg ansässige Paar (sie haben eine zehnjährige Tochter; die Ehe steht auf tönernen Füßen) einige mediale Aufmerksamkeit auf sich gezogen, weil sie in ihrem Wochenendhaus in Nordwestmecklenburg eine (vermutlich) syrische Flüchtlingsfamilie untergebracht haben. Richard hat sich dem Spektakel gefügt, die Initiative ging von Natascha aus, die dem Medienhunger ordentlich Futter gab und nun mit Herrn Fahri, diesem undurchsichtigen Typ mit dem Raubvogelblick, der vielleicht doch ein Palästinenser ist oder ein desertierter Offizier der Assad-Armee, ein eigenes Buch plant über dessen Fluchterfahrungen. Natascha nennt Herrn Fahri längst vertraulich »Bassam«, und es ist nicht recht klar, ob seine Geschichten von ertrinkenden Mitflüchtenden aus erster, zweiter oder dritter Hand stammen. Seine beiden pubertierenden Söhne jedenfalls weiß er mit harter Hand zu züchtigen, und die alten, jungen, im Zweifel allemal sinistren Weggenossen aus dem Flüchtlingsheim (die stark, nämlich nach echtem Schweiß, riechen, sich anscheinend als Stricher verdingen und überhaupt für Geld leicht zu haben sind) hat er unter seiner Knute. Natascha jedenfalls schwelgt in der Leidensgeschichte der Fahris. Tagtäglich bemuttert sie die Familie mit Einkäufen, Hausaufgabennachhilfe und Obsorgegesprächen. Das Tragen der Grillschürze, die Natascha Richard geschenkt hatte, hatte der Gatte verweigert. Nun grillt Herr Fahri beschürzt Fleisch nach Hausherrenart. Einmal wird es Richard zu bunt. Auf einem der von Natascha erzwungenen binationalen Familientreffen bietet er Herrn Fahri zynisch an, er möge gern den »deutschen Teil« seines Lebens übernehmen: seine, Richards, Steuererklärung abgeben, seine Vorlesungen halten, die dummen Gespräche mit den Nachbarn führen, eine blöde Rentenversicherung abschließen.
Seine ausländischen Kollegen lachen längst über das urkomisch-peinliche Deutschland: Wie er es noch aushalte in diesem Land? Nun teilt der Verlachte aus! Als Natascha erfährt, daß ihre Musterflüchtlinge »heimlich« zum Christentum konvertieren, ist dies nur eine kurze Bruchsequenz. Natascha haßt nicht das Religiöse an sich (bezüglich des Islams ist sie wohlinformiert und durchaus geneigt), sie verabscheut diese Prägung ihres Mannes. Der war streng katholisch sozialisiert, für sie ist er deshalb in doppelter Hinsicht der »Eismann«, der Gefühlsamputierte.
Nun befindet sich Richard aufgrund einer Einladung seines Freundes Tim in den USA, um dort über Gletscher zu referieren. Tim selbst hat es in akademischer Hinsicht nicht leicht. Er hält »die Mär von der Erderwärmung für eine Geschichte für Schwächlinge«; später wird sein Ruf vollends ruiniert, als er sich mit scharfem Spott über einen Vortrag über »feministische Glaziologie« geäußert hatte. Man dürfe sich den Gletschern nicht mit männlichen Methoden und »Bohr-Penetrationen« nähern, hatte es – in universitären Gefilden! – geheißen, sondern emotional. Tim hatte gehöhnt, daß hier wohl statt eines Hirns ein Uterus am Werk sei: »Bevor ich mir die Gletscher gendern lasse, sprenge ich sie lieber. Wenn jetzt auch das Eis Gefühle haben soll, dann gibt es für mich keinen Ort mehr auf der Welt.« Tims Karriere dürfte damit beendet sein, in der Presse gilt er nun als »alter, weißer Mann«, ein Auslaufmodell, das am besten in einem Reservat zu verwahren wäre.
Auch Richard fühlt sich längst heimatlos. Fluchtpunkt wäre Kanada, möglichst nahe am Polarkreis. Doch, Moment: Wieviele berühmte US-Amerikaner hatten lauthals angekündigt, ebenfalls auszuwandern, meist auch nach Kanada, für den Fall, das Trump die Wahl gewönne? Wer hat es wahr gemacht? Wann flieht wer? Richard ist ein Zauderer, ein Ausweicher par excellence. Über Skype kommuniziert er mit der garstig-hysterisierten Natascha, dieser »pathetischen Figur«, die die Fahris »insgeheim belächelten oder vielleicht sogar auslachten.« Am Asyl der Fahris, dieser Heiligen der letzten Tage, bahnt sich nämlich in Richards Abwesenheit Unheil an. Finstere Gestalten bedrohen das prominentgewordene Haus. Es sind nicht wirklich Neonazis, das könnte man nur mutmaßen, es sind … »Untote« (in Wahrheit ist es ein Pastor) und »Bedrohliche« (in Wahrheit Jugendliche aus dem dörflichen Umfeld, die sich einen Heidenspaß machen). Am Ende dieses nur an der Oberfläche leichtfüßig daherkommenden Romans wird einer blankziehen.

Ellen Kositza

Hausarrest!

Amor Towles: *Ein Gentleman in Moskau. Roman,* Berlin: List 2017. 560 S., 22 €

Als Graf Alexander Rostov am 21. Juni 1922 als Vertreter des vorrevolutionären Adels in Moskau vor Gericht gestellt wird, retten ihn einige sozialkritische Verse aus dem Jahr 1913 vor der Erschießung. Seine Strafe wird abgemildert in einen lebenslangen Hausarrest, und das Haus, daß Rostov nie wieder verlassen darf, ist das Moskauer Hotel »Metropol«, mithin »die Verlängerung der Stadt ins Gebäude«, wie Rostov es ausdrückt. Diese Ausgangssituation ist natürlich ein radikales Gleichnis für das bedingte, in einen sehr engen Rahmen gefaßte Leben an sich: Man kann in jeder Festlegung, jeder Grenzsetzung eine Verhinderung der Freiheit sehen, man kann aber auch akzeptieren, daß dies nun der Lebensrahmen sei, den man auszumalen habe, daß kein Jammern etwas daran ändern werde und man am besten gleich damit beginnen sollte, mit kräftigen Pinselstrichen eine Spur zu hinterlassen.
Vier Jahrzehnte verbringt Graf Rostov im »Metropol«, richtet sich ein, durchdringt das Gebäude, schafft sich seine Refugien und hilft zuletzt als Oberkellner seinen Freunden (dem Chefkoch und dem Empfangschef), das Hotel als Widerstandsort gegen die in allen Lebensaspekten (Umgangsformen, Küche, Wein, Musik, Gespräch, Kleidung, Bildung) einsetzende Einebnung zu verteidigen. Grandios ist die Szene, als der Graf bei einem neuen Kellner einen besonderen Wein bestellt, zur Auswahl aber nur noch »weiß« oder »rot« stehen. Ein Gang hinab in den weltberühmten Weinkeller des »Metropol« bringt Aufklärung: Die Bolschewisten haben von zehntausend Flaschen die Etiketten ablösen lassen, um der bourgeoisen Verfeinerung des Gaumens ein Ende zu bereiten – derlei ist für sich genommen vielleicht eine Verfallsschilderung von damals, beim Blick aber auf den Zustand der Geisteswissenschaften an deutschen Universitäten ein erschütterndes Gleichnis für heute.
Daß Graf Rostov sein Leben ganz anders würde geführt haben, wenn er nicht unter Hausarrest (und nicht an die Wand) gestellt worden wäre, durchzieht als Gewißheit den Roman, aber immer auch mit einem Schulterzucken: Es ist nicht zu ändern, und so treibt der Graf nun Dinge, die er andernfalls niemals getrieben hätte. Unter anderem erzieht er im Abstand von zwei Jahrzehnten zwei kleine Mädchen, die auf unterschiedliche Weise unter seine Fittiche geraten. Er versucht ihnen beizubringen, daß es immer einen *hortus conclusus* für diejenigen geben müsse, die in der Würdigung und in der Aneignung jahrhundertealten Erfahrungsschatzes sowie im vorsichtigen eigenen Beitrag dazu den Sinn ihres Daseins sähen. Genauso fein ist der Erziehungsstil. Wenn die kleine Nina fragt: »Braucht man bei einem Bankett wirklich einen Spargelheber?«, antwortet der Graf: »Braucht man in einem Orchester wirklich ein Fagott?« Man möchte die kulturpessimistischen Grundfragen hinterherschieben: Wem fällt es überhaupt noch auf, wenn hier das eine und dort das andere fehlt, und wer wäre noch dankbar dafür, daß beides einst erfunden wurde?
Den Hintergrund des Romans bildet die Konsolidierung der bolschewistischen Herrschaft, eine grauenhafte Zeit. Durch die schweren Brokatvorhänge des »Metropol« dringen die politischen Verwerfungen nur gedämpft ins Innere, denn »mochte der Sieg der Bolschewiken über die privilegierten Schichten zugunsten des Proletariats noch so klar gewesen sein, sie würden gewiß bald Bankette veranstalten.« Selbst der Zweite Weltkrieg, der dem Grafen die Freiheit hätte bringen können, bleibt im Schnee stecken, bevor er das Metropol erreicht, und Rostov wird einen der führenden Köpfe der Partei jahrelang in veredelten Umgangsformen, in französischer, englischer, amerikanischer Kultur unterrichten müssen – ein Umstand, der ihm wiederum den Kopf retten wird, als er aus einer Not heraus seinen Hausarrest bricht.
Das ist alles glänzend ineinander verwoben und füreinander vorbereitet, obwohl es nicht folgerichtig im Sinne einer Planbarkeit abläuft. Die kleine Nina wird später trotz Rostovs Erziehung als überzeugte Technokratin die Ertragssteigerung in der Ukraine mit ins Werk setzen wollen, deren Ergebnis vor allem in Millionen verhungerter Bauern besteht. Später wird Nina ihren deportierten Mann suchen und selbst verlorengehen. Die kleine Sofia hingegen, Ninas Tochter, bleibt im Hotel, bei Rostov, und sie ist mit ihrem dankbaren Gemüt und ihrem lauschenden Wesen empfänglicher für das, was der Graf zu lehren hat.
Was haben sie zu lehren, Rostov und dieser Roman? Auf die Frage, warum man darauf verzichten sollte, Dubai zu besuchen oder auf die Seychellen zu reisen, sollte man eine zugleich melancholische und stolze Antwort geben: Es gibt in unserem eigenen Land und überhaupt im »alten Europa« noch unendlich viel, was wir noch nicht besucht, aufgesogen, gekostet und gewürdigt haben. Wir haben dem, was uns umgibt und was durch die Jahrhunderte hin zu einer Hochkultur in allen Bereichen verfeinert wurde, unseren Dank noch nicht im gebührenden Maße abgestattet. Vielleicht müßte man uns zu unserem Besten unter Hausarrest stellen. Das Eigentliche – es käme zu uns.

Götz Kubitschek

Castingkonstellationen überall

Andreas Reckwitz: *Die Gesellschaft der Singularitäten,* Berlin: Suhrkamp 2017. 480 S., 28 €

Wir hören pausenlos von Inklusion, von Teilhabe, vom Riß, der durch die Gesellschaft gehe: Die da unten, die da oben. Der Staatsfunk präsentiert uns Nachrichten »in leichter Sprache«. Es wird kritisiert, daß zeitgenössische Theaterstücke kaum verständlich seien für eine/n, der nicht zehn Semester Komparatistik studiert habe. Es gäbe einen Elitendiskurs, der die Mehrheit außen vor lasse. Die Elite selbst ist es, die diese Kritik formuliert. Ein Teil dieser Elite findet sich in der Jury, die entscheidet, welches Sachbuch mit dem »Preis der Leipziger Buchmesse« honoriert wird. Für ein Land der Dichter und Denker ist es angemessen, daß auf der Auswahlliste keine Bücher erscheinen, die »Welcher Hubraum für welchen Mann?« oder »Vorgartenpflegen leichtgemacht« titeln. Es lebe die intellektuelle Leistungsgesellschaft! Nur, was tun wir vor diesem Hintergrund mit dem Buch des Kultursoziologen Andreas Reckwitz (*1970)?

Nicht nur von der illustren Jury, auch vom Großfeuilleton wird *Die Gesellschaft der Singularitäten* hochgelobt. Das Buch selbst widmet sich nicht zuletzt solchen Klassenkonflikten und gesellschaftlichen Spaltungen. Dabei ist seine Lesbarkeitsschwelle immanent: Ohne Master-Absolvenz in Geisteswissenschaften geht hier nichts. Lies: »Indem singuläre Einheiten affizieren, stellt sich in der Aneignung eine psychophysische Erringungsintensität ein, die nicht behaviouristisch als Reiz-Reaktion-Sequenz zu verstehen ist, sondern als eine interpretatorische Praxis.« Wer nicht weiß, was ein »kurzfristiger Matthäus-Effekt« ist, was »Keeping up with the Joneses« meint und was die Chiffren »doing generality«, »doing culture« und »doing rationality« genau bedeuten: Hier wird's nicht erklärt. Schämt euch, ihr Bildungsversager! Nun ist es so: Reckwitz' Stil ist irisierend. Das kommt *einerseits* daher, daß er viele, *sehr* viele Worte kursiviert, und zwar *keineswegs* nur *zentrale* Termini. Dadurch entsteht über Strecken eine Art *magnetischer,* personaler Vortragsstil. Diese Aufmerksamkeitsmarker vermitteln *Relevanz* und *Führung.*

Und, zum anderen, zur Hauptsache: Reckwitz ist natürlich ein hochbegabter Denker. Das ist kein akademisches Drauflosgeplaudere. Er verliert den Wald vor lauter Bäumen auch nicht aus dem Auge, nur: Muß a)jedes Blättchen b)zweimal umgewendet werden? Im Kern geht es darum: Seit den 1970er Jahren, und heute verstärkt, hat das Singuläre die Vorherrschaft gewonnen über das Allgemeine. Das Außeralltägliche, das Individuelle, das Originelle und Exklusive zählen, und zwar sowohl was Objekte und menschliche Subjekte als auch »Zeitlichkeiten« und »Räumlichkeiten« sowie Kollektive betrifft. Vorläufer darin, das Einzigartige (vor dem Hintergrund des »Normalen«) zu preisen, war die Romantik. Die Industrialisierung hingegen hat Formalisierung und Standardisierung vorangetrieben. Genau deren Motoren aber, die Ökonomisierung und Technologisierung, haben zur Werterhöhung des Singulären beigetragen. Heute reüssieren der spezielle Typ, das exzeptionelle Kunstwerk, die abgrenzbare Gruppe. Weil der Begriff der »Singulariät« also vielschichtig ist, trägt das altbekannte Konzept des »Individualismus« nichts mehr aus. Reckwitz unterfüttert seine Theorie bisweilen mit phänomenalen Gegenwartsbeobachtungen: wie grundhaft profane Lebensbereiche (das Wohnen und Einrichten, das Reisen, der Umgang mit dem Körper, mit den Kindern) heute eine derartige Aufladung und Aufwertung erfahren, daß sie geradezu sakralen Charakter haben.

Reckwitz arbeitet eine »neue Mittelklasse« heraus, für die Faktoren wie Work-Life-Balance, urbaner Lebensstil, Juvenilisierung, Umwälzung der Geschlechterrollen (man greift auf ein »Portfolio aus Gender-Accessoires« zurück) und Kosmopolitismus tragende Pfeiler bilden. Im Prozeß der Singularisierung gehen Selbstmodellierung (originelle Performance) und Fremdsteuerung (welche originelle Idee fügt sich als Wellenbrecher in den Mainstream?) Hand in Hand. Wenn derjenige erfolgreich ist und »valorisiert« wird, der als Entrepreneur seiner selbst (oder seiner Produkte) zu reüssieren vermag, wer bleibt dann auf der Strecke? Diejenigen, die von jenem Selbstentfaltungsanspruch überfordert sind. Generell die ohne »kreative Ader«, das in Millionen zählende Fußvolk, das nie irgend etwas mit den Namen »Reckwitz« verbinden wird. Einen weiteren Pferdefuß sieht der Autor darin, daß sich durch die Prämierung singulärer Kollektive (nehmen wir die »Identitären«) ein Aufstieg des dichotomen Denkens (Wir – und die anderen) ereignen könnte. Laut Reckwitz fordert der Rechtspopulismus »das Paradigma des apertistisch-differenziellen Liberalismus in dessen links- *und* wirtschaftsliberaler Spielart heraus.« Dieser »starke Cleavage basiert auf dem Gegensatz zwischen einer kommunitaristischen Politik der soziokulturellen Gemeinschaft des Volkes auf der einen und auf der kosmopolitischen Öffnung der Identitäten auf der anderen Seite.«

So geht Singularitätsperformance!

Ellen Kositza

Was heißt hier »Bürgertum«?

Nikolai A. Berdiajew: *Im Herzen die Freiheit. Das Bürgertum zwischen Sinnsuche und Selbstgeißelung,* Bad Schmiedeberg: Renovamen 2018. 104 S., 12 €

Berdiajew zu lesen ist einfach und schwierig zugleich. Der russische Philosoph (1874–1948), der unter Neurechten und in Rußland eine Renaissance erlebt, bedient sich einer klaren Sprache ohne eigene literarische Prägung. Das macht ihn einfach zu lesen: Die These, daß das Christentum im Laufe seiner Geschichte immer verzerrt, verdorben und verweltlicht worden ist, und seine wahre Gestalt eben nicht von dieser Welt ist, man es also nicht verurteilen dürfe angesichts der vielen sündigen Christen, sondern beurteilen müsse im Blick auf seine ewige Wahrheit, ist zumindest christlichen Lesern unmittelbar verständlich.
Berdiajews zweite These dieses Buches, die der Verlag auch in Untertitel und Buchrückentext ins Zentrum der Aufmerksamkeit stellt, lebt von der Ausdehnung und Umdeutung des Begriffs des »Bürgerlichen«. Berdiajew sieht den »Bürger« nicht etwa als eine frühneuzeitliche Erfindung, die im 19. Jahrhundert zur Blüte gelangte und »bürgerliche Freiheitsrechte« verfassungsmäßig festschrieb, auch nicht wie Marxisten als Klasse der »Bourgeoisie«, sondern als metaphysische Größe. Von daher tragen Titel, Untertitel und die Einleitung von Pater Michael Weigel auch verwirrende Züge: Wer etwas über »das Bürgertum« im Sinne etwa der bürgerlichen Revolutionen von 1789 und 1848 erfahren will, muß diese Epoche als pars pro toto einer bestimmten falschen Welthaltung des Menschen hinzunehmen bereit sein.
Der vorliegende Text entstand 1931 und wurde 1936 in der Schweiz publiziert. Man kann ihn natürlich als prophetischen Text verwenden, etwa, wenn Weigel im Vorwort auf Feminismus, Islamisierung und den gegenwärtigen Papst verweist, Erscheinungen, die allesamt im berdiajewschen Sinne »bürgerlich« sind. »Ein Bürger glaubt, auch wenn er ein guter Katholik ist, nur an das Diesseits, nur an das Sachliche und Nützliche, und er ist unfähig, sich vom Glauben an andere Welten zu nähren. Seinem ganzen Leben gemäß nimmt er das Geheimnis von Golgatha nicht an. (…) es ist der Bürger gewesen, der Jesus Christus gekreuzigt hat.«
Ab diesem Punkt wird die Berdiajewlektüre schwierig. Der christliche Philosoph steht in einer Linie von den alexandrinischen Vätern über Hildegard von Bingen, Jakob Böhme, Friedrich Schelling bis zu seinen russischen Zeitgenossen Solowjow und Bulgakow, und im deutschen Sprachraum etwa Wilhelm Reich und Rudolf Steiner. Der vorliegende Text setzt also in Wirklichkeit einiges an mystischer, theosophischer und anthroposophischer Weltdeutung voraus. Berdiajew hat die Idee des »Mysteriums von Golgatha« vermutlich von Steiner übernommen, sie kannten einander und ihnen stand dasselbe metaphysische Problem vor Augen. Der »Bürger« ist für Berdiajew diejenige Sorte Mensch, die das Mysterium von Golgatha nie begreifen kann, die Christus in ihre Diesseitsbestrebungen passend einbaut und unfähig ist zu ahnen, daß sich da etwas abgespielt hat, das mehr ist als bloße Sündentilgung im menschlichen Interesse. Berdiajew sieht das Geheimnis wie Steiner von der göttlichen Seite: Es vereinigte sich ein Wesen, einzig in seiner Art, welches bis dahin nur kosmisch war, durch das Mysterium von Golgatha, durch den Tod des Christus, mit den Seelen der Menschen auf Erden. »Wie verhalten sich die Christen zu dieser Weltagonie?« fragt Berdiajew angesichts der »geistigen Situation der Zeit« (Karl Jaspers) der 30er Jahre. Seine technikkritischen, persönlichkeitspsychologischen und nihilismusfeindlichen Überlegungen locken heut nur mehr wenige hinterm Ofen hervor, wer ihn aber als Mystiker liest, gewinnt eine Welt.

Caroline Sommerfeld

Wir haben gemeinsame Ziele, sagte Himmler

David Motadel: *Für Prophet und Führer. Die islamische Welt und das Dritte Reich,* Stuttgart: Klett-Cotta 2017. 568 S., 30 €

Jahrzehntelang hat sich die etablierte Forschung in Deutschland kaum mit der Militärgeschichte des Dritten Reiches beschäftigt. Im Ausland war das anders. Der in London lehrende Historiker David Motadel befaßt sich in dem vorliegenden Werk mit Muslimen als potentiellen deutschen Verbündeten. Es ist in drei Abschnitte gegliedert, überschrieben mit »Muslime in der Kriegspolitik«, »Muslime in den Kriegsgebieten«, d. h. in Nordafrika, auf dem Balkan, auf der Krim und im Kaukasusgebiet sowie »Muslime in der Armee«, d. h. in Heer und Waffen-SS. Ein Epilog gibt einen kurzen Ausblick auf die Entwicklung im Kalten Krieg. Nach einem kurzen Exkurs in die Zeit des Kaiserreiches widmet Motadel sich der NS-Politik. Der Autor macht es sich dabei zu einfach, wenn er eine stringente deutsche Politik hin zu einer Massenmobilisierung von Muslimen konstatiert. Er übersieht die polykratische Struktur des Dritten Reiches. Unter dem Diktator konkurrierten verschiedene Institutionen um Macht und Einfluß. Hitler hatte kategorisch eine Bewaffnung Fremdvölkischer verboten, vor allem aus der besetzten Sowjetunion. Wenn das Ostheer zur eigenen Entlastung aus Gefangenen und Überläufern Hilfstrup-

pen aufstellte, geschah das bis 1943 in Eigeninitiative. Lediglich die Bildung von »Legionen« aus Angehörigen sowjetischer Völker zur Sicherung rückwärtiger Gebiete war erlaubt. Nach Stalingrad genehmigte Hitler dann offiziell die Bildung von nichtdeutschen Verbänden für den Fronteinsatz. Himmler hatte hingegen seit 1940 im engen Rahmen der NS-Rassenideologie einen größeren Spielraum.
Angehörige »germanischer Völker« – vor allem aus Skandinavien, Holland, Belgien und der Schweiz – durften für die Waffen-SS angeworben werden. Ab 1943 spielten rassenideologische Kriterien dann bei der Aufnahme in die Waffen-SS keine Rolle mehr. Aber selbst bei verringerten Rekrutierungsstandards mußten viele Bewerber abgewiesen werden. Motadel kennt die militärhistorische Fachliteratur nicht, sonst wüßte er, daß die Kampfkraft der muslimischen Verbände weit unter den deutschen Erwartungen blieb. So war zwar die Aufstellung der SS-Division »Handschar« aus bosnischen Muslimen unter Mitwirkung des Großmuftis von Jerusalem Mohammed Amin al-Husseini ein Propagandacoup, militärisch kam ihr Einsatz einem Desaster gleich. Zur Ausbildung nach Frankreich verlegt, meuterten Teile der Soldaten. Im Antipartisaneneinsatz in Kroatien fiel die Truppe durch Gewaltexzesse auf, zahlreiche Soldaten desertierten zu den Tito-Kämpfern. Im Oktober 1944 war sie nicht mehr verwendbar, im Dezember wurde die Division aufgelöst. Noch schlimmer verhielt es sich mit der aus albanischen Muslimen bestehenden SS-Division »Skanderbeg«. Ihr deutscher Kommandeur Schmidhuber charakterisierte sie »lediglich nach ihrer äußeren Uniformierung« als ein militärähnliches Gebilde. Disziplinlosigkeit werde liebevoll gepflegt. Der Heldenmut des Albaners gehöre in das Reich der Sage, und er sei nur am Plündern und Stehlen interessiert.
Motadel schildert den enormen verwaltungs- und werbetechnischen Aufwand um die wenigen muslimischen Verbände, der in keinem Verhältnis zu ihrem militärischen Nutzen steht. Auch die propagandistische Wirkung war vergleichsweise gering. Hier fragt sich der Leser, ob die knappen Ressourcen von deutscher Seite nicht sinnvoller hätten verwendet werden können.
Der Verfasser sieht – anknüpfend an Edward Saids »Orientalismus«-Theorie – in den Muslimen lediglich Objekte okzidentaler Herrschaftsgelüste. Der Islam werde für politische Zwecke »instrumentalisiert«, schreibt er mehrfach. Daß sich Muslime ganz gezielt den Deutschen angedient haben könnten, weil sie – ähnlich wie Balten oder Ukrainer – etwa die staatliche Autonomie anstrebten, kommt ihm nicht in den Sinn. Es fehlt ein Verzeichnis der verwendeten Literatur. Diese muß man mühsam im Anmerkungsapparat suchen, der fast ein Drittel des Gesamtumfangs des Buches einnimmt.

Olaf Haselhorst

Oi wie Oikos

Thierry Baudet: *Oikophobie. Der Hass auf das Eigene und seine zerstörerischen Folgen,* Graz: Ares Verlag 2017. 192 S., 18 €

Was für ein kraftvoller und selbstbewußter Titel! Das weckt Vorfreuden. Man erwartet Analyse nebst Prognose eines der Zentralprobleme der Jetztzeit, des Verlustes und der »Verteidigung des Eigenen«. Zudem wird uns Thierry Baudet, der Autor, als »konservatives Wunderkind« vorgestellt – da hätte man schon skeptisch werden sollen.
Es braucht wenige Seiten, um zu begreifen, daß hier kein aus einem Stück gegossener Fundamentalessay vorliegt, sondern ein aus kleinen Einzelessays zusammengestückeltes Puzzle mit Passepartout. Letzteres soll der wohlklingende Begriff »Oikophobie« – der Oikos, das Eigene – darstellen, der im ganzen Text keine Rolle findet, im Vor- und im Nachwort allerdings passendgeklopft wird.
Dabei beginnt Baudet recht vital, zieht mit satten Farben Verbindungen zwischen Staat, Volk, Historie, Kunst und Moderne, findet griffige Formeln: »Hierbei geht es nicht um eine Ideologie – es geht um Pathologie«, um freilich schnell einzugestehen: »Auf die Fragen, was die Ursache der Oikophobie ist, habe ich keine Lösung gefunden.«
Warum dann ein Buch schreiben? Will er sich auf die Analyse, die Rahmenbedingungen beschränken? Auch das wäre eine lobenswerte Aufgabe.
Die erfüllt er im ersten größeren Kapitel, das sich dem »europäischen Projekt« widmet, noch ansatzweise. Baudet, der 2016 die Partei Forum voor Democratie gegründet hat, gewährt dem Leser manchen Einblick in die große Maschine EU mit ihren überbordenden Institutionen, dem Lobbyismus, den ideologischen Grundlegungen. Eine gewisse Neigung zur Vereinfachung und zur Entdifferenzierung ist allerdings nicht zu übersehen. Man bekommt immer stärker den Eindruck, daß Baudet nicht erklären, sondern verkünden will – und zwar sein eigenes Verständnis und Programm.
Die EU mündet für ihn über den Supranationalismus zwangsläufig in den Föderalismus, muß eine unüberwindbare, sich selbst replizierende tausendarmige Krake an Institutionen schaffen, die an der »Übertragung der Souveränität und der Schaffung eines neuen Staates, nämlich den Vereinigten Staaten von Europa« arbeite, was aus allerlei Gründen nie und nimmer funktionieren könne und daher letztlich über den »Abbau des Regel-

werkes«, die »Auflösung des Europäischen Parlaments«, die Schaffung einer »kleinen Kommission, die lediglich den Freihandel koordiniert«, den Abbau der »Außen- und Sicherheitspolitik« und die Abschaffung des Euro ins Reich der Geschichte geschickt werden müsse. Später verweist er noch auf die Aporien, die sich aus Superbehörden wie der WTO oder dem Internationalen Strafgerichtshof ergeben. Hier scheint der studierte Juristen durch.

Danach verliert sich der rote Faden vollends. Es werden noch Einwanderung und Islam bedacht, dann wird der erste Prozeß gegen Geert Wilders rekapituliert, um sich schließlich im extensiven Mittelteil in innenpolitische Tageserscheinungen der Niederlande zu verlieren, denen zu folgen dem Nichtholländer schwer fällt. Griffig sind dann nur noch die vereinzelten Forderungen und Verkündigungen: »Die Paragraphen über Beleidigung und Anstachelung zum Hass müssen gestrichen werden« oder: »Das Leugnen historischer Tatsachen muss möglich sein« oder »Wo die Tyrannei der Mehrheit die Achillesferse der Demokratie ist, ist die Tyrannei der Minderheiten die Achillesferse des Rechtsstaates« …

Um seinen Rundumschlag zu vollenden und vielleicht auch, um die Seitenzahl 200 zu erreichen, werden noch moderne Kunst, Klimaerwärmung, die Freuden der Entenjagd, die Kunst, eine Zigarre zu rauchen, die zivilisationszersetzende Macht des Vibrators und ein, zwei Dinge, die ich nicht verstehe, angeführt.

Das alles wird mit einem Nachwort, in dem der schöne Begriff »Oikophobie« endlich wieder auftaucht, zusammengeleimt. Davon abgesehen krankt das Buch an einem Geburtsfehler: Es stammt im Original aus dem Jahre 2013, behandelt die Geschichte des frühen Jahrzehnts und weiß noch nichts vom Brexit, ISIS, neuen Terror, Köln, vom Schicksalsjahr 2015.

Jörg Seidel

Das hörende Herz Salomons

John Lawrence Hill: *Nach dem Naturrecht. Wie die klassische Weltsicht unsere modernen moralischen und politischen Werte fördert.* Übersetzung aus dem Amerikanischen von Rafael Hüntelmann, Neunkirchen-Seelscheid: editiones scholasticae 2018. 324 S., 27.90 €

Daß die Debatte über das Naturrecht in den letzten Jahren einen leichten Aufschwung erfuhr, hängt zum einen mit der aufsehenerregenden Rede des früheren Papstes Benedikt XVI. 2011 im Bundestag zusammen; zum anderen ist es exzellenten Gelehrten wie dem österreichischen Juristen Wolfgang Waldstein zu verdanken, daß diese Frucht abendländischen Denkens wieder verstärkt zur Kenntnis genommen wird.

Der amerikanische Rechtswissenschaftler John L. Hill fügt der reichhaltigen Literatur über die Vorstellung einer objektiven Rechts- und Moralordnung in der Welt, die qua Vernunft zu erkennen ist, ein weiteres Werk hinzu. In weiten Bögen zeigt er, wie die klassische Philosophie von Platon über Aristoteles bis ins späte Mittelalter ein objektives Telos in der Natur als selbstverständlich erachtet. Moralische Wahrheiten sind demnach im Sein verankert. Ab der frühen Neuzeit zerfallen diese Wahrheiten. Als Natur wird, von Hobbes bis Darwin, nur noch der faktische Kampf ums Dasein bezeichnet. Hill zeichnet diesen Niedergang nach. Im 20. Jahrhundert, etwa in der emotivistischen Moralphilosophie, ist man sich gar uneins darüber, ob Moralbegründung überhaupt mittels Vernunft zu erreichen ist und nicht eher auf Gefühlen beruht. Am Ende scheint (neben dem Rechtspositivismus) der Nihilismus zu triumphieren. Hill stimmt am Ende der Darstellung den Kritikern des Naturrechts zu, indem er die zentrale Bedeutung der Existenz Gottes für entsprechende Annahmen hervorhebt. Die Studie mit ihrer Skepsis gegenüber neuzeitlich-anthropozentrischer Hybris ist verdienstvoll. In der Tendenz ist sie der bahnbrechenden Abhandlung Alasdair MacIntyres (*After Virtue,* 2013) verwandt, die die rationalistische Moralbegründung der Aufklärung für fehlgeschlagen hält. Viel Neues hat Hill dem jedoch nicht hinzuzufügen.

Felix Dirsch

Öffentlichkeit als Vorhof zur Macht

Thor v. Waldstein: *Macht und Öffentlichkeit,* Schnellroda: Verlag Antaios 2018. 88 S.,8,50 €

Die Behauptung, der beste Teil eines Buches seien die Literaturangaben ist, sofern es sich nicht um die Gattung der Bibliographie handelt, ein vollständiger Verriß. Für Thor v. Waldsteins neu erschienenen Kaplakenband *Macht und Öffentlichkeit* muß eine Ausnahme gemacht werden. Die einem 67 kleinformatige Seiten umfassenden Text zugeordneten 143 Endnoten stellen dabei keine Bibliographie des Themas dar. Sie bilden keinen Forschungsstand ab, sondern verweisen gezielt auf jene Werke, die einer bürgerlichen Aufklärung über diesen weitschweifigen Stoff dienlich sind. Dies erst ermöglicht eine glaubwürdige wie auch verdauliche Einführung in das breite Thema »Macht und Öffentlichkeit«, die den Leser im Rahmen der je eigenen zeitlichen und geistigen Möglichkeiten zum Selbststudium einlädt. Damit schließt v. Waldstein keine wissenschaftliche, doch eine klaffende publizistische Lücke. Denn aufgrund

Buchmesse Leipzig



Camille Paglia

Frauen beiben, Männer werden

Sex, Gender, Feminismus

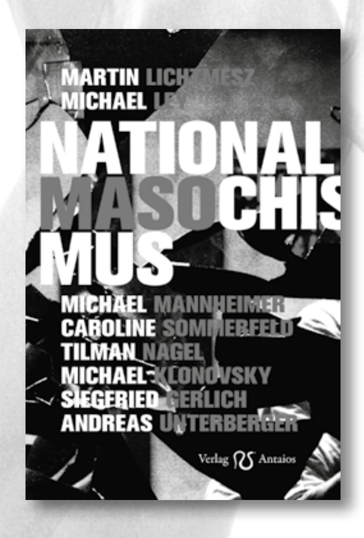
280 S., Broschur, 24 €
Schnellroda 2018
ISBN 978-3-944422-87-9

Die US-Amerikanerin Camille Paglia ist seit 35 Jahren eine kompromißlose Feminismuskritikerin. Sie stellt ihr Ja zur Gleichberechtigung der Geschlechter gegen ihr Nein zur Leugnung der männlichen und weiblichen Natur. Vierunddreißig Aufsätze und Interviews aus den Jahren 1990 bis 2016 bündeln, was zu den Themenkreisen Frauenrollen, Männerphantasien, Sex und Gender zu sagen ist.

Martin Lichtmesz, Michael Ley (Hrsg.)

Nationalmasochismus

248 S., kart., 19 €
Schnellroda 2018
ISBN 978-3-944422-86-2



Michael Ley und Martin Lichtmesz haben Klonovsky, Sommerfeld, Gerlich und andere namhafte Autoren für einen Sammelband gewonnen: Die Deutschen müssen sich von ihrer Selbstinfragestellung befreien. Denn in der Politik wird Selbstgeißelung nicht honoriert, sondern ausgenutzt. Internetbuchhändler Amazon hat über den Band nach drei Tagen einen Boykott verhängt – **Antaios indes druckt nach zwei Wochen bereits die 2. Auflage!**

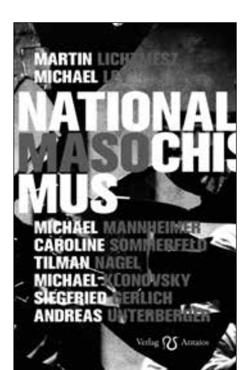
Verlag Antaios

Rittergut Schnellroda · 06268 Steigra
Tel: (034632) 90 43 96 · Fax: (034632) 90 43 97 · e-Post: vertrieb@antaios.de
www.antaios.de

des außergewöhnlichen Umfangs und des thematischen und disziplinären Facettenreichtums der beiden Fragen, wie Öffentlichkeit eigentlich zustande kommt und was sie bewirkt, werden diese fast stets auf eine von zwei Arten angegangen: Entweder verfaßt ein Medienwissenschaftler oder Soziologieprofessor eines jener fünfhundertseitigen Lehrbücher, die von Erstsemestern ohnehin nicht gelesen werden. Oder ein Journalist versucht sich an einer wahlweise essayistischen, wahlweise investigativen Abrechnung mit der Lügen-, Lücken- und Lumpenpresse, die bei aller Erheiterung doch nichts als sporadische Einsichten enthält. Thor v. Waldstein hingegen gelingt es in 21 kurzen, sprachlich farbenfroh gestalteten Kapiteln, die verschiedenen Teilgebiete seiner Thematik nicht einfach nur anzureißen, sondern in sie hineinzugreifen und den Kern der jeweiligen Problematiken herauszureißen. Dabei geht es um die Herkunft der heutigen Öffentlichkeit aus dem Widerspruch des aufstrebenden und zunehmend aufklärerischer empfindenden Bürgertums gegen die Arkanpolitik fürstlicher Kabinette, in der sich die öffentliche Meinung als Gegenmacht zur Staatsgewalt herauskristallisierte; um den anthropologisch/soziologischen Mechanismus, der sich jeder unverfälschten Öffentlichkeitsbildung entgegenstellt, oder um die Unberechenbarkeit des Mediums Internet, die darin begründet ist, daß weder die weitere technische Entwicklung vorhersehbar ist, noch die soziale Wirkungsweise des relativ neuen Mediums wirklich erforscht ist, und zahlreiche bekannte Effekte (wie etwa die »Echokammer«) von ihrer Eigenlogik her zu einander diametral entgegengesetzten Ergebnissen führen könnten.
Macht und Öffentlichkeit verleugnet dabei nicht, daß es einer spezifischen Lage entsprungen ist, die der Autor mit den Worten beschreibt, »die Neue Rechte spräche am häufigsten von dem, was ihr fehlt«. Das rechte Dauertrauma der Machtlosigkeit aufgrund mangelnder oder feindlich gesteuerter Öffentlichkeit bleibt bestimmend, auch wenn Strategien zur Überwindung dieses unersprießlichen Zustandes grob skizziert werden.
Der Konzentration auf die konkrete Lage ist wohl auch die erstaunlichste Lücke dieses Buches geschuldet. Thor v. Waldstein stellt früh fest, »daß es echte Öffentlichkeit nicht gibt und nie gegeben hat«. Das ist ein Schluß, zu dem er ausgerechnet durch das Anlegen des habermasschen Maßstabes gelangt, wonach Öffentlichkeit nur dort besteht, wo keine angebbare Gruppe von ihr ausgeschlossen ist. Die Aussage, daß echte Öffentlichkeit nach allem Ermessen unmöglich ist, hat freilich außerordentliche demokratietheoretische Konsequenzen, die v. Waldstein kaum streift.
Johannes Konstantin Poensgen

Kein Sado ohne Maso

Michael Ley / Martin Lichtmesz (Hrsg.): *Nationalmasochismus,* Schnellroda: Verlag Antaios 2018. 248 S., 19 €



Daß Deutschland in den Jahrzehnten nach 1945 von der »Psychologie der Niederlage« (Thorsten Hinz) geprägt ist, bedarf keiner Diskussion. Trotz der omnipräsenten Prägekräfte der negativen »Germanozentrik« (Ernst Nolte) ist die Zahl der Publikationen über das alle westlichen Länder betreffende Phänomen des »Nationalmasochismus« überschaubar. Im vorliegenden Sammelband untersuchen nun acht Autoren (großteils rechtsintellektuelle Schwergewichte) Herd und Hüter dieses psychologischen Schwelbrandes.
Der Publizist Martin Lichtmesz gibt am Anfang des Bandes einen Überblick über einige Karrierestationen des deutschen Selbsthasses. Die Anfänge reichen weit hinter die Reedukation von 1945 und die Folgejahre zurück, und doch steht für Lichtmesz der Nationalmasochismus als psychopathisches Reaktionsschema in einem komplementären Verhältnis zum Nationalsozialismus. Die gesinnungsethisch-autosuizidal ausgerichteten Willkommensklatscher und das sogenannte »Zentrum für politische Schönheit« sind die vorerst letzten Etappen hypermoralistischer Selbstinszenierungsversuche.
Der Politologe und Mitherausgeber Michael Ley untersucht die Folgen dieser Kollektivbefindlichkeiten. Die rasch zunehmende Islamisierung bedeutet für ihn Selbstvernichtung Europas. Ley zeigt anhand einiger Beispiele, wie groß der Wunsch nach Unterwerfung unter die neuen Herren ist.
In die gleiche Kerbe schlägt der Islam-Kritiker Michael Mannheimer. Er zeigt, wie sehr die neue Urschuld, der Zivilisationsbruch des Holocaust, eine eigentümliche Art von neuem Rassismus zutage fördert. Eine Katharsis ist aufgrund der Schwere der Schuld von vornherein ausgeschlossen. Auch ein neues Böses ist vorhanden: diesmal in Form der Rechten.
Die Philosophin Caroline Sommerfeld berichtet von amüsanten Gesprächen aus ihrem sozialen Umfeld, die den verbreiteten Hang zur Selbstdestruktion im Alltag untermauern. Der Ethnomasochist ist scheinbar immer und überall – in Wirklichkeit aber weithin auf bestimmte Milieus beschränkt. Dialoge mit ihrem Gatten, dem Germanisten Helmut Lethen (»H.«), der andere Meinungen vertritt, stellen die »Lust am Untergang« (Friedrich Sieburg) noch aus einer anderen Warte dar.
Der Islamwissenschaftler Tilmann Nagel hat sich in der Vergangenheit den Ruf eines

realistischen Islam-Wahrnehmers erworben. Am Beispiel der Verhüllung der antiken Skulpturen vor den Kapitolinischen Museen anläßlich des Besuchs des iranischen Staatspräsidenten in Italien zeigt er symptomatisch die verbreitete »Verdeckung des Eigenen«. Siegfried Gerlich wandelt auf den Spuren des Publizisten Caspar von Schrenck-Notzing, wenn er die Charakterschwäche der Nation als Folge *und* Grund der Charakterwäsche thematisiert. Die Deutschen müssen büßen, so ein häufiges Diktum nach 1945. Die Erbschuld wird abgetragen in immer höheren Ablaßsummen – siehe etwa die Zahlungen für Griechenland –, sie versiegt aber nie. Die Einflüsse der Frankfurter Schule auf das deutsche Nachkriegsverhalten läßt der Autor nicht außer acht; ebenso berücksichtigt er das breite Spektrum der Freudo-Marxisten. Der Publizist Andreas Unterberger will Identität, Heimat und Nation gegen die linksliberalen Eliten verteidigen. Dabei erörtert er die weltweite Lage der Migration: wo und unter welchen Bedingungen gelingt Zuwanderung? Am Ende steht die Erkenntnis, daß ein Staat nicht auf Gewalt verzichten kann, will er sich nicht selbst aufgeben. Versagen die zentripetalen Kräfte, droht ein Zerfall à la Libanon. Das furiose Finale liefert Lichtmesz mit seinen Notizen über den US-Ethnomasochismus. Die Ereignisse von Charlottesville präsentierten letztes Jahr Anschauungsmaterial des Kampfes um die Erinnerung, der nicht selten blutig verläuft. Die ethnischen Konflikte dort werden in Zukunft anwachsen, das Rückzugsgefecht der WASP die US-Kultur nachhaltig beeinflussen. Lichtmesz belegt, wie sehr im »rassistisch«-antirassistischen Diskurs das »Mischungsverhältnis« künftiger Populationen eine Rolle spielt, quasi als äußerst mögliche Pervertierung der eigenen Ziele. Der Sammelband beleuchtet ein facettenreiches Grundthema. Dieses bestimmt die politische Kultur schon heute in hohem Maße. Nicht nur aus diesem Grund ist die vorliegende Veröffentlichung eine der wichtigsten, die im Verlag Antaios bisher erschienen ist.

Felix Dirsch

Tanz den Mussolini

Werner Bräuninger: *DUX. Mussolini oder Der Wille zur Macht,* Graz: Ares Verlag 2018. 458 S., 34.90 €

Noch eine Mussolini-Biographie: Nachdem Hans Woller sich gehörig an seinem Gegenstand verhob (vgl. *Sezession* 73) legt nun Werner Bräuninger eine Veröffentlichung vor. Mit *DUX. Mussolini oder Der Wille zur Macht* arbeitet sich der erwiesene Kenner des extremen 20. Jahrhunderts weiter durch ebendieses. Bräuningers Studie ist keine historisch-wissenschaftliche Abhandlung, sondern ein Großessay. Das hat Vor- und Nachteile. Ein entscheidender Vorteil: Das Buch liest sich wie aus einem Guß, es ist flott geschrieben, der Autor beherrscht schöne Überleitungen.

Ein zweiter Vorteil: Bräuninger verzichtet wie schon bei seinen beiden Hitlerbänden auf jedweden politpädagogischen Zeigefinger des Spätergeborenen. Sein Verdienst ist es, Gefühl, Verständnis und Bewußtsein für die konkreten Umstände der historischen Epoche zu vermitteln, in denen sein Protagonist zu wirken hatte. Bräuningers Blick auf die diffizile Situation Italiens nach dem Zweiten Weltkrieg bezieht verschiedene Akteure des Neofaschismus ein und bietet so einen gelungenen Einblick in das Italien-nach-Mussolini, in dem der »Duce« doch eigenartig präsent bleibt.

Ein Nachteil ist hingegen die fehlende wissenschaftliche Rückbindung, vor allem in bezug auf den Forschungsstand. Zeev Sternhells elementare Analysen zur ideenpolitischen Genese des Faschismus sind nicht einbezogen; Renzo De Felice, mehrbändiger Mussolini-Biograph, wird trotz seiner akribischen Untersuchungen lediglich einmal erwähnt; bei vielen Einzelaspekten – etwa den »universalfaschistischen« CAUR-Versuchen – fehlen (durchaus leicht zugängliche) Literaturverweise. Dabei hätte es teilweise schon ausgereicht, Publikationen des die eigene Studie veröffentlichenden Ares-Verlags zu konsultieren.

Ein zusätzliches Plus hingegen stellt der vortreffliche opulente Bildteil dar, der darüber hinwegtrösten kann, daß auf ein Literaturverzeichnis verzichtet wurde.

Benedikt Kaiser

Wo bleibt denn die Weltinstanz?

Rolf Peter Sieferle: *Epochenwechsel. Die Deutschen an der Schwelle zum 21. Jahrhundert* (= Werkausgabe Bd. 1), Berlin: Landtverlag 2017. 504 S., 34 €

Der 2016 freiwillig aus dem Leben geschiedene Historiker Rolf Peter Sieferle ist nicht erst posthum aufgrund einiger nachgelassener Reflexionen, die unter dem Titel *Finis Germania* (2017) erschienen sind, in Ungnade gefallen. Als sein Werk *Epochenwechsel* 1994 in Erstauflage publiziert worden war, ließ die *FAZ* das Buch von der Journalistin (und später gescheiterten SPD-Politikerin) Susanne Gaschke verreißen. Sie vermutete wohl mit Recht, daß sich hinter (auf die Shoa bezogenen) Sätzen wie: »die my-



thische Präsenz in der Erinnerung« mahne »zur Einhaltung des Gebots des Humanitarismus und der Menschenwürde«, Sprengstoff verbirgt. Knapp ein Vierteljahrhundert später ist die Bestandsaufnahme Sieferles mehr denn je studierenswert: Er beschreibt die Tradition der Bundesrepublik als ein relativ unpolitisches, fast ausschließlich auf Innenpolitik und ökonomische Saturierung ausgerichtetes Gebilde. Vor diesem Hintergrund skizziert er die Metamorphosen der wichtigsten Ideologiekreise von Liberalismus und Sozialismus auf der einen Seite und dem Nationalismus auf der anderen. Diese Doktrinen stehen sich nach wie vor als Universalismus und Partikularismus gegenüber.

Dem Prozeß der Globalisierung (mit der partiellen Depotenzierung des Nationalstaates im Gefolge) wird gebührende Aufmerksamkeit zugeschrieben, die sich langsam ankündigende Kommunikationsrevolution des elektronischen Netzes noch nicht gesehen. Somit wirken die Darlegungen über Technik aus heutiger Sicht eher wie ein Rückblick auf frühere Debatten. Nach der Darstellung des umweltpolitischen Themas, eines von Sieferles Spezialgebieten, folgen Überlegungen zu den Grenzen des Universalismus. Diese Ausführungen sind teilweise aktueller als vor 25 Jahren! Sieferle stellte damals schon das Problem des Bürgers von Bangladesch heraus, der auf dem Territorium der Bundesrepublik wie der Einheimische ärztlich versorgt wird, die Behandlung aber nicht zahlen kann. Der von dem Historiker hervorgehobene Zusammenhang von National- und Sozialstaat ist erst in den letzten Jahren stärker ins öffentliche Bewußtsein gerückt.

Die von Sieferle konstatierte post-politische Situation scheint spätestens seit 2015 passé. Sein Hinweis, daß unter den gegebenen Umständen eine Stabilisierungsleistung der Herrschenden unter Berücksichtigung tradierter Ordnungsmodell wie des »preußischen Sozialismus« nötig sei, mutet hingegen so aktuell wie möglich an. Aus manchen theoretischen Erörterungen ist mittlerweile längst bitterer Ernst geworden. Für die tonangebende Schicht kein Grund umzukehren, sondern auf den Verstorbenen um so heftiger einzuschlagen!

Felix Dirsch

Hypermoral als Neo-Religion

Alexander Grau: *Hypermoral. Die neue Lust an der Empörung,* München: Claudius 2017. 128 S., 12 €

Der von Arnold Gehlen geprägte Begriff der »Hypermoral« hat spätestens seit dem triumphalen Sommer der Fremdenliebe des Jahres 2015 wieder enorm an Aktualität gewonnen. Der 1968 geborene Philosoph und *Cicero*-Kolumnist Alexander Grau hält sich in seinem schmalen, aber gehaltvollen Büchlein jedoch gar nicht erst damit auf, die Naivitäten der »Gutmenschen« und Helldeutschen mitsamt ihren manichäischen Vorstellungen zu attakkieren, nicht zuletzt, weil er sich gegen jegliche Form der »Emotionalisierung« und »Empörung« , diesen Modi »der spätmodernen Massengesellschaft« wendet. Vielmehr gilt es, die tieferen Ursachen der Dominanz und Anziehungskraft des »Hypermoralismus« zu untersuchen. Trotz seiner Beteuerung, daß man diese »Leitideologie unserer Zeit« in guter Philosophenmanier »nicht wertend« »anzuerkennen« habe, gerät Grau erfreulicherweise rasch in scharf polemisches Fahrwasser, was wohl in der Natur der Sache selbst liegt: »Hypermoral« ist nun mal eine empörende Sache, nicht zuletzt von einem moralischen Standpunkt aus betrachtet. Und eine gefährliche: Denn eine Zivilisation, die eine derartige Hypertrophie eines Teilbereiches zuläßt und einen »andauernden Krieg gegen die eigene Vergangenheit und Herkunft« führt, begibt sich auf den Kurs der Selbstzerstörung. »Hypermoralismus«, zu dem auch die »politische Korrektheit« gehört, ist nicht bloß Naivität oder Dummheit, sondern eine veritable Religion, eine »endzeitliche, quasi eschatologische«, aber säkulare Lehre, die eine eminent politische Bedeutung hat: Als »intellektueller Überbau zur wirtschaftlichen Globalisierung« ist der Hypermoralismus (oder »humanitäre Universalismus«, wie Rolf Peter Sieferle es nannte) »ein wesentlicher Teil der Globalisierungsideologie«. Wie Christopher Lasch und Samuel Huntington schon in den neunziger Jahren beschrieben haben, wird diese sich alternativlos dünkende Ideologie von internationalistisch-kosmopolitischen Eliten getragen, die gleichzeitig zumindest nach außen hin keine Eliten sein wollen und stattdessen egalitäre Ideale propagieren, die mit »hedonistischen Selbstentwürfen« und narzißtischen »Emanzipationsbedürfnissen« einhergehen. Dabei entwickeln sie paradoxerweise einen missionarischen, »jakobinischen« Eifer und einen »Zug ins Autoritäre«, der in ein »Diktat zur Offenheit« mündet. Der »Hypermoralismus« ist somit »Habitus« (Pierre Bourdieu) einer herrschenden Klasse, und wer deren Glaubensvorstellungen mitsamt ihrem »Jargon der Weltoffenheit« (Frank Böckelmann) übernimmt, eignet sich beträchtliches soziales Kapital an, zeigt, daß er zu den »Diversen«, »Bunten«, »Flexiblen«, und sonstigen Angehängten gehört oder gehören will. Man könnte endlos aus diesem fulminanten Büchlein zitieren, in dem jeder Satz ein Volltreffer ist: »Um bunt zu bleiben, muß die bunte Gesellschaft farblos werden. Vielfalt wird zur Einheitsideologie.«

Martin Lichtmesz

Sezession

Programm und Redaktion

Sezession ist eine politisch konservative Zeitschrift. Sie wird von Rechtsintellektuellen gemacht, die Redaktion hat ihren Sitz auf dem Rittergut Schnellroda in Sachsen-Anhalt.

Sezession bündelt Gedanken, Argumente und Lösungsansätze sechs Mal im Jahr auf jeweils 72 Seiten – drei Mal thematisch gebunden, drei Mal in einem offenen Heft.

Sezession wird vom Institut für Staatspolitik (IfS) herausgegeben und erscheint 2018 im sechzehnten Jahrgang.

Presse über uns

- eine »kluge Zeitschrift« (*Die Welt*)
- die »Pflichtlektüre der neurechten Intelligenz« (*Tagesspiegel*)
- »unverzichtbar für jeden Konservativen, der mitdenken will« (*Junge Freiheit*)

Ihr Abonnement

Ein Jahresabonnement (sechs Hefte) kostet inklusive Porto:

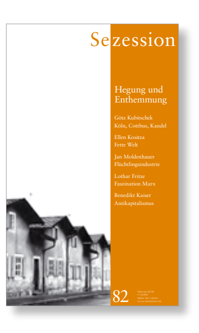
- 50 € im Normalbezug,
- 35 € ermäßigt für junge Leser in Ausbildung,
- 75 € im Förderabonnement,
- 60 € für Auslands-Abonnenten.

Ihre Prämie 2018

Neuabonnenten erhalten als Prämie zwei Studien des Instituts für Staatspolitik (IfS) portofrei geliefert.

Sezession
Rittergut Schnellroda
06268 Steigra

Überblick 2018, 16. Jahrgang



Heft 82 / Februar / 11 €
Thema: »Hegung«
72 Seiten, Beiträge u. a.:

Götz Kubitschek
Köln, Cottbus, Kandel

Ellen Kositza
Fette Welt

Jan Moldenhauer
Flüchtlingsindustrie

Lothar Fritze
Faszination Marx



Heft 85 / August / 11 €
offenes Heft
72 Seiten, Beiträge u. a.:

Nils Wegner
40 Jahre RAF

Konrad Weiß
Alternativgeschichte

Martin Lichtmesz
Blaue Projekte

Götz Kubitschek
Sommerliche Reise



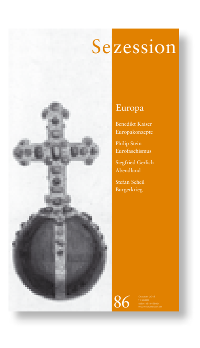
Heft 83 / April / 11 €
offenes Heft
72 Seiten, Beiträge u. a.:

Autorenporträt
Robert Hepp

Stefan Scheil
Offensive 18

Konrad Weiß
Österreich 38

Interview mit
Camille Paglia



Heft 86 / Oktober / 11 €
Thema: »Europa«
72 Seiten, Beiträge u. a.:

Benedikt Kaiser
Europakonzepte

Philip Stein
Eurofaschismus

Siegfried Gerlich
Abendland

Stefan Scheil
Bürgerkrieg



Heft 84 / Juni / 11 €
Thema: »1968«
72 Seiten, Beiträge u. a.:

Autorenporträt
Gerd Koenen

Erik Lehnert
Ideengeber 68

Caroline Sommerfeld
Protestbewegungen

Martin Sellner
Aktionsformen



Heft 87 / Dezember / 11 €
offenes Heft
72 Seiten, Beiträge u. a.:

Caroline Sommerfeld
Pädagogik

Wiggo Mann
Ein Jahr Bundestag

Götz Kubitschek
Theoriearbeit

Ellen Kositza
Das war's

MORITAT vom ATTENTAT aufs KRITERIUM

Arndt Adolf brachte es um!

Zubehör: Mannshohe Fotos von Talcott Parsons, Raymond Aron, Herbert Marcuse und Adolf Arndt im Hintergrund Köpfe von Jürgen Habermas usw.
Musik: à la Weill – Instrumente der Heilsarmee

BÄNKELSÄNGER:

In Heidelberg stritten
Drei Philosemiten
Wer Max Weber war.
War er Faschismus,
Positivismus,
Habermus, Grießmus,
Star oder Zar?

Da sagte der Vierte,
Der sich nicht genierte:
»Jeder ist Weber;
Ihr seid es Selbdritt
Strebende Schweber!«

Wir hielten nicht Schritt?
Drum baten wir dumm
Ums Kriterium:
Wieso und warum?

Da zog er vom Leder:
Max Weber sei jeder,
Er sei denn Carl Schmitt.
Und da – (Pauke)
Endlich – (Pauke)
kamen wir mit!

CHOR (flehend):

Schmitt, bleibe bei uns,
einziger Mann!
Was fingen wir ohne
Kriterium an?

(Hommage Robert Hepps an Carl Schmitt im Stil des frühneuzeitlichen Bänkelsangs, verfaßt an Pfingsten 1964 unter dem Eindruck des 15. Deutschen Soziologentags vom 28. bis 30. April in Heidelberg)